Gerstenmaier: Es ist nur sehr schwer, die Berlin-Angelegenheit in einem Satz eindrucksvoll und sozusagen hieb- und stichfest zusammenzufassen. Das ist uns vorhin nicht gelungen; wir haben es versucht.

Kraske: Setzen wir es doch an den Anfang: „... bekennt sich zur Außenpolitik der Bundesregierung, insbesondere ihrer Berlin-Politik".

Adenauer: Das ist nicht richtig. Die Außenpolitik ist in diesem Kommuniqué auf den Deutschlandvertrag gestützt.

Stingl: Machen wir einen besonderen Punkt: Jeder Angriff auf den derzeitigen Status Berlins wird im Verein mit den Alliierten zurückgewiesen werden.

Gerstenmaier: Das heißt Eulen nach Athen tragen. Wir müssen etwas sagen, was attraktiv ist. Das ist nicht attraktiv.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß wir noch einmal für einen kurzen Augenblick die Sitzung unterbrechen. Während dieser Zeit können die Herren in Ruhe eine Formulierung für diesen Satz ausarbeiten.

Pause

Gerstenmaier: Wir sind zu folgender Formulierung gekommen: „Zusammen mit unseren Verbündeten widersetzen wir uns jeder Bedrohung Berlins und jeder Einschränkung seiner Rechte. Wir bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk." *(Zustimmung.)*

Adenauer: Damit können wir die Sitzung schließen.

22

Bonn, 25. August 1961

Sprecher: Adenauer, [Bach], Barzel, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Fricke, Gradl, [Gurk], von Hassel, [Heck], Frau Jochmus, Johnen, Kraske, Krone, Krüger, Lorenz, Meyers, Scheufelen, Schröder, Strauß, Süsterhenn, Frau Weber.

Politische Lage und Wahlkampf nach dem Mauerbau vom 13. August 1961.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 15.35 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Wir hielten es doch für richtig, drei Wochen vor der Wahl und nachdem die Dinge

in Berlin sich ereignet haben, noch einmal zusammenzukommen, um gemeinsam die ganze Situation zu überprüfen und unseren Rednern gewisse Linien zu einer übereinstimmenden Propaganda während dieser drei Wochen zu geben.

In einer Vorbesprechung gestern abend waren wir dahin übereingekommen, daß wir heute einen nicht zu großen, aber inhaltsreichen Beschluß fassen sollten; dieser Vorstandsbeschluß würde nämlich von der Presse vollständig abgedruckt werden. Ich höre soeben von Herrn Kraske, daß der Entwurf etwas zu lang ausgefallen sei. Wir werden uns wohl dazu entschließen müssen, nach Eintritt in die Beratung einige Herren damit zu betrauen, einen Entwurf fertigzustellen bzw. den schon vorhandenen Entwurf durchzusehen und zu kürzen. Die Presse wünscht, möglichst bis 12 Uhr einen Beschluß zu haben; denn dann besteht die Garantie, daß er wirklich ungekürzt abgedruckt wird. Wir wollen uns aber dadurch nicht übermäßig bedrängen lassen und unsere Verhandlungen nicht unnötig abkürzen; wir wollen sie natürlich auch nicht unnötig verlängern. Ich glaube, daß wir gegen Mittag fertig sein werden. Wir sind ja gegenwärtig alle in der Zeit sehr bedrängt.

Darf ich vielleicht einige Worte zur Einleitung sagen. Ich war vorgestern in Mannheim und in Darmstadt. Das waren die Anfangs- bzw. Endorte. Dazwischen war ich noch in einer Reihe von Orten an der Bergstraße in dem Wahlkreis des Herrn von Brentano. Ich habe gefunden – Herr Gurk wird mir das auch bestätigen –, daß die Teilnahme und die Aufnahme des Publikums in Mannheim ganz überwältigend groß waren. Die Kundgebung in Mannheim fand auf dem Marktplatz statt. Wenn man von dem, was sich dann später in Darmstadt ereignet hat, schätzt, wie viele Leute in Mannheim versammelt waren, dann überschätzt man wohl nicht, wenn man die Menge, die in Mannheim versammelt war, auf mindestens 40.000 Menschen veranschlagt. Wir waren dann weiter in den verschiedenen kleineren Orten, wo die Teilnahme der Bevölkerung – Herr von Brentano bestätigt das immer wieder – ebenfalls ungewöhnlich groß war. Zum Schluß fand dann die Hauptversammlung in Darmstadt in einer Eisenbahnhalle statt. Der große, uns zur Verfügung stehende Raum war bis zum letzten Platz gefüllt. Es waren nur wenige Stuhlreihen da; im allgemeinen mußten die Leute stehen. Hier konnte man wirklich schätzen – die Schätzung ist von der Polizei nachher bestätigt worden –, wieviel Leute da waren. Es waren in Darmstadt in dieser Eisenbahnhalle gut und gerne 20.000 Menschen. (*Burgbacher:* Für Darmstadt enorm!) Ja! Auf den Straßen – sowohl in Darmstadt wie auch in Mannheim und unterwegs – war das gleich große Interesse der Bevölkerung wie bei den Versammlungen vorhanden. Am vergangenen Montag war ich dann noch in Niedersachsen. Die Herren aus Niedersachsen werden mir bestätigen, daß auch dort die Teilnahme der Bevölkerung an den verschiedenen Veranstaltungen ungewöhnlich groß und lebhaft war.

Bei dem Stichwort Niedersachsen kann ich gleich etwas vorwegnehmen. Soviel wir wissen, geht die Gesamtdeutsche Partei darauf aus, drei Wahlkreise in Niedersachsen in direkter Wahl zu bekommen, weil ihr dann ihre ganzen Stimmen angerechnet werden. Sie wissen, daß sie aufs Ganze gesehen die 5%-Grenze nicht erreichen wird; deswegen konzentriert sie sich auf drei Wahlkreise in Niedersachsen. Nach dem, was ich von den dortigen Herren gehört habe, waren diese ebenfalls der Ansicht, daß die drei Wahlkreise der Gesamtdeutschen Partei doch wohl nicht anheimfallen werden.[1]

Am Dienstag[2] war ich in Berlin, und damit komme ich zu akuteren Fragen. Ich kann Ihnen nur sagen: Was die westdeutsche Presse über meine Aufnahme in Berlin gesagt hat, war einfach gelogen. Ich bin in Berlin, obgleich meine Ankunft der Bevölkerung nicht genau mitgeteilt worden war – Herr Krone und noch andere Herren waren mit dabei, sie werden das sicher bestätigen –, von der gesamten Bevölkerung glänzend aufgenommen worden. Alles andere, was unsere westdeutsche Presse gesagt hat, ist einfach eine Lüge. Wenn Sie die Berliner Presse durchsehen, dann werden Sie etwas ganz anderes als das finden, was in der westdeutschen Presse stand.

Damit komme ich auf die Presse überhaupt zu sprechen. Meine Damen und Herren, es ist geradezu ein Jammer! Aber wir haben es in den zwölf Jahren – woran es liegt, weiß ich nicht – nicht erreicht, daß wir von der Presse richtig gewürdigt werden. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wenn ich „die Presse" sage, dann meine ich namentlich die verbreitete Presse und nicht die Heimatblätter. Die Heimatblätter sind, soweit ich das überschaue, gut. Ich meine die Presse, an der Herren tätig sind, die sich zu den Intellektuellen glauben rechnen zu müssen. Ich sage nicht, daß sie sich dazu rechnen sollen; aber sie glauben, sie müßten sich dazu rechnen. Sie suchen ihre Zugehörigkeit zu der intellektuellen Schicht dadurch zu beweisen, daß sie möglichst wenig über uns sagen und wenn, dann etwas Unrichtiges. Über die Opposition berichten sie ganz anders.

Gerade heute morgen wird wieder ein treffendes Beispiel geliefert. Ich habe hier die „Kölnische Rundschau". Die „Kölnische Rundschau", sollte man sagen, rechnet sich zu uns. Da hat nun Herr Wendt[3] einen Artikel geschrieben. Herr Wendt ist ein Mann, der zweifellos zu uns gehört. Was schreibt er nun in einem Artikel mit der Hauptüberschrift „Chruschtschows Krise und der Wahlkampf"? Da schreibt er unter der Zwischenüberschrift „Selbstsichere CDU"[4]:

„Die CDU, lange allzu selbstsicher," – meine Damen und Herren, das ist schon eine Unverschämtheit; jeder von uns hat auf jeder Wahlversammlung gesagt: bis zum letzten Tag arbeiten – „scheint unterschätzt zu haben, daß die Bevölkerung zwar für

1 Bei der Bundestagswahl 1961 erhielt die GDP in Niedersachsen 6,3 % der Erststimmen und 6,1 % der Zweitstimmen (FISCHER 2 S. 688).

2 Am 22. August 1961 (TERMINKALENDER).

3 Hans Wendt (geb. 1903), ab 1956 Korrespondent der „Kölnischen Rundschau". Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 951 Anm. 66.

4 „Kölnische Rundschau" vom 25. August 1961.

scharfe sachliche Auseinandersetzung Verständnis aufbringt, persönliche aber ablehnt. Zwar hat Brandt mit seinem Wort aus dem Vorjahr vom „Rosenzüchten in Rhöndorf, während wir in Berlin den Buckel hinhalten", das er neuerlich gegen die „Politik westlich des Rheins" abwandelte, den Anfang gemacht. Manche Schärfe der andere Seite war nur Replik. Aber viele erwarten gerade von Adenauer, daß er auf die sachlichen Argumente vertraut. Die CDU hat ferner beim Fernsehen mehrfach schlecht abgeschnitten. Sie beruft sich zu sehr auf die bisherigen – unbestreitbaren – Verdienste. Aber die äußere Gefahr rückt Fragen nach der Zukunft in den Vordergrund."

Das, meine Damen und Herren, heute ein Artikel von Herrn Wendt mit Namen gekennzeichnet, eines Mannes, für den wir gesorgt haben und der sich zweifellos zu uns rechnet, der aber glaubt, seine intellektuelle Zugehörigkeit hier irgendwie beweisen zu müssen. Ich weiß nicht, wie man das in der Kürze ändern soll. (*Meyers:* Der gehört doch nicht zu den Intellektuellen!) Ich habe ja nicht gesagt, daß er dazugehört.

Ich möchte nun etwas über Herrn Brandt und mich sagen. Ich habe gar nicht alle die Beschimpfungen mitgebracht, die er unserer Partei und mir persönlich an den Kopf geworfen hat. In zwei Fällen habe ich mich dagegen gewehrt, sonst nicht. Das war einmal, als er gesagt hat, er wünsche mir mehr Liebe zum deutschen Volk und weniger Gerissenheit. Was habe ich darauf gesagt? Ich habe in einer Versammlung gesagt: „Ich, ich habe immer Liebe zum deutschen Volk gehabt", und das hat die ganze Versammlung verstanden. Und was die Gerissenheit angeht, so muß man die von Zeit zu Zeit haben. Wer sie nicht hat, der hat ein Manko. *(Heiterkeit.)*

Was hier steht von dem „Rosenzüchten in Rhöndorf", das weiß ich gar nicht, ob er es so gesagt hat. Was hat er aber gesagt? Er hat gesagt: „Seinen Buckel hinhalten ist schwerer als vom linken Rheinufer aus eine neue Spaltung vorbereiten." Das hat er gesagt. Und was macht hier dieses CDU-Blatt, der Herr Wendt, daraus?

Ich habe Herrn Brandt darauf entsprechend geantwortet. Ich möchte das auch hier sehr nachdrücklich sagen, damit auch Sie Bescheid wissen. Er hat am 12. August in Nürnberg unsere Partei derartig besudelt[5], daß ich, als ich am Montag in Regensburg sprach, etwas gesagt habe, was bis weit in die ausländische Presse gegangen ist. Ich habe nicht gesagt: „Wer ein uneheliches Kind ist ..."; da kann der Mann doch nichts für! Ich habe gesagt: „Brandt-Frahm", um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß wir unter Umständen in seine politische Vergangenheit reingehen müssen. Das war

5 Gemeint ist Brandts Rede auf dem Nürnberger Deutschlandtreffen der SPD am 11. und 12. August 1961. Druck: SPD, Pressemitteilungen und Informationen o.D. S. 1–13. Presseecho: „Vorwärts" vom 16. August 1961 (Das war Nürnberg; „Wir sind in der Offensive"; Weil wir Vertrauen haben); „Bonner Rundschau" vom 13. August 1961 („SPD bläst zum letzten Gefecht"); „Die Welt" vom 14. August 1961 („Die SPD kündigt scharfen Wahlkampf für die letzten 35 Tage an; Brandt für Volksabstimmung in ganz Deutschland"); „Oberfränkische Volkszeitung" vom 15. August 1961 („10.000 beim Deutschland-Treffen der SPD"). Vgl. auch Anm. 25.

dann eine himmelschreiende Sünde, Todsünde ist schon viel zuwenig. Die Katholiken wissen, daß es läßliche Sünden, Todsünden und himmelschreiende Sünden gibt; das war also eine himmelschreiende Sünde.

Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß – soweit ich das beurteilen kann, meine ich, daß es so ist – die Situation in den verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik ganz verschieden liegt. Herr Krone hat das gestern auch gehört. In manchen Teilen der Bundesrepublik möchte man gar nicht mehr viel von Berlin hören, während man in anderen Teilen die Sache mit Recht natürlich sehr ernst nimmt. Wir wissen noch nicht – dazu können vielleicht die Herren aus Nordrhein-Westfalen ein Wort sagen –, wie die Stimmung nach dem 13. August in Nordrhein-Westfalen ist. In Nordrhein-Westfalen sind die meisten Wähler, und die Stimmung hier ist ausschlaggebend für den Erfolg. Dazu, wie es in Bayern ist, wird Herr Kollege Strauß vielleicht ein paar Worte sagen. Ich freue mich, daß er hiersein kann und begrüße ihn als Vertreter der CSU.

Ich meine, wir sollten, ohne viel Zeit zu verlieren, einmal feststellen, wie die Stimmung ist und was man tun soll. Da würde ich zunächst vorschlagen, daß Herr Kraske oder Herr Bach – ich weiß nicht, wie sich die Herren abgesprochen haben – uns einiges berichtet. Sie haben doch mehr oder weniger einen Überblick über das Ganze.

Kraske: Meine Damen und Herren! Nach den Berichten, die wir in den letzten Tagen aus dem Lande über die Beobachtung der öffentlichen Meinung bekommen haben, haben die Ereignisse in Berlin zweifellos überall einen tiefen Eindruck hinterlassen, und sie haben das Wahlkampfklima verändert. Das Wahlkampfklima ist nach diesen Beobachtungen ernster geworden, das politische Interesse ist größer geworden, und der Versammlungsbesuch hat zugenommen. Trotzdem meinen wir nach dem bisherigen Stand, daß es ein Fehler wäre, wenn man glaubte, daß jetzt jede Wahlkampfäußerung, jede Rede, jedes Werbemittel sich auf Berlin beziehen müßte.

Selbstverständlich müssen wir aus dieser Situation positiv geeignete Konsequenzen ziehen: Die Außenpolitik hat im Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stehen. Das hat sich 1953 bewährt, es hat sich 1957 bewährt. Alle Meinungsumfragen, die wir in den letzten 18 Monaten zur Vorbereitung der Wahl durchführen ließen, zeigen, daß in der Bevölkerung auch bezüglich der Innenpolitik – insbesondere der Wirtschaftspolitik – das Zutrauen zur CDU größer ist als zur SPD, daß aber die Differenz zwischen dem Vertrauen zur CDU und dem Vertrauen zur SPD nirgends größer ist als auf dem Gebiet der Außenpolitik. Wir haben in einer unserer vorbereiteten Umfragen einmal, als die Ereignisse von Berlin noch nicht da waren, folgende Frage gestellt: Wem würden Sie in einem Augenblick einer ernsten Krise eher zutrauen, daß er dieser Krise gewachsen wäre? Da war das Ergebnis für die CDU und gegen die SPD eindeutiger und die Differenz zahlenmäßig noch größer als bei allen anderen Alternativfragen nach diesen beiden Parteien. Also, die Außenpolitik muß im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen.

Dabei glauben wir jedoch, daß die gegenwärtige Berlin-Krise nicht das einzige

Thema sein darf, sondern daß – ausgehend von der Berlin-Krise – die ganze außenpolitische Entwicklung seit zwölf Jahren diesen Wahlkampf beherrschen muß.

Das wichtigste dabei ist folgendes – und hier glaube ich, daß manche unserer Redner, nicht aus diesem Kreise, aber manche Sprecher draußen in den Kreisverbänden, noch dringend eine Aufmunterung brauchen –: Die Auseinandersetzung muß offensiv geführt werden. Es darf auch nicht der leiseste Ton einer Defensive hineinkommen. Die Auseinandersetzung muß nach unserer Überzeugung davon ausgehen, daß – Herr Dr. Krone hat das im Bundestag gesagt[6] – ohne unsere Sicherheitspolitik, ohne unsere Politik zur Stärkung der freien Welt in den zurückliegenden Jahren die roten Panzer nicht am Brandenburger Tor haltgemacht hätten, wenn überhaupt noch Gelegenheit zu einer Berlin-Krise wäre und Berlin nicht schon längst verloren wäre.

Wir müssen in den Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung mit der SPD die Feststellung rücken, daß ausgerechnet diejenigen, die sich jahrelang mit Disengagement-, Rapacki- und Deutschlandplänen beschäftigt haben, es jetzt wagen, der Bundesregierung – und damit der CDU – vorzuwerfen, sie ergreife dem Osten gegenüber nicht die nötigen Maßnahmen und sie lasse es in dieser Situation an Festigkeit fehlen. Nach dem, was ich selber bei den Reden des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Minister Erhard draußen im Lande auf eine solche offensive Vertretung unserer Außenpolitik gehört habe, kann ich sagen, daß das verstanden wird. Es wird nicht nur verstanden, es kommt sehr gut an, und die Leute warten im Grunde nur darauf, daß die CDU ihre Politik so vertritt, und zwar jetzt mehr denn je, statt sich etwa aus Angst irgendwie hinter der Krise zu verstecken oder womöglich gar irgendwelche Schuldgefühle zu haben.

Neben der Außenpolitik müssen die gleichen Themen in diesem Wahlkampf behandelt werden, die nach unserem ursprünglichen Konzept in diesem Wahlkampf stehen sollten. Das heißt also, auch die innenpolitische Auseinandersetzung mit der SPD. Ich würde es für verhängnisvoll halten, wenn wir uns vom Gegner oder von der Situation unser Konzept für unseren Wahlkampf vorschreiben oder stören ließen. Ich glaube, daß wir, die wir uns nun sozusagen aus erster Hand mit der Politik beschäftigen, auch nach den jüngsten Ereignissen die breite Masse der Wähler draußen im Lande falsch einschätzten, wenn wir etwa glaubten, daß die Menschen heute nicht genauso viel Angst vor einer Inflation durch das SPD-Programm oder vor irgendwelchen anderen innenpolitischen Veränderungen haben, wie sie sie vor 14 Tagen oder drei Wochen gehabt haben.

Nun zu unseren Werbemitteln! Ich glaube sagen zu können – mir ist das auch bestätigt worden, insbesondere hier in Bonn von Journalisten –, daß unsere Plakatierung und vor allem unsere Slogans so sind, daß sie nicht nur in diese Situation hineinpassen, sondern daß mancher, der jetzt an ihnen vorbeigeht, geradezu glaubt, wir hätten sie für diese Situation gemacht. Wenn man unsere Slogans „Auch morgen in Freiheit leben", „Auch morgen in Frieden leben" noch dazu mit dem Symbol des

6 Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9777–9779.

Brandenburger Tores sieht und daneben die Plakate der SPD – sie hat sie inzwischen aus dem Verkehr zu ziehen versucht – „Frohe Ferien", dann kann man wohl sagen, daß wir sehr viel unmittelbarer in dieser Situation stehen als die SPD.

Eine für uns ernste Überlegung haben wir bezüglich unseres Programms für die Fernsehsendungen angestellt. Wir sind dabei von folgendem Gedanken ausgegangen: Bei diesen Fernsehsendungen hat man mehr als bei jeder anderen Gelegenheit ein sehr großes und – wenn man es richtig anspricht und es zu interessieren versteht – auch sehr aufmerksames Publikum vor sich. Wir wollten hier einen Überblick geben – was Herr Wendt kritisieren zu müssen glaubt – über die Leistungen der Bundesregierung auf den einzelnen Gebieten unserer Politik in den zurückliegenden vier und in den zurückliegenden zwölf Jahren. Diese Sendungen setzen sich deutlich von denen der SPD ab, ohne daß sie polemisch sind. Sie sind eine positive souveräne instruktive Selbstdarstellung. Ich glaube, daß wir dabei bleiben und uns jetzt nicht durch das irritieren lassen sollten, was eventuell andere Parteien machen, die glauben, jeden Abend einen beschwörenden Appell zur gegenwärtigen Situation an die Wähler richten zu sollen. Ich glaube, daß die Menschen auf eine solche Darstellung, wie wir sie geben, warten und daß sie auch in diesem Wahlkampf sehen und wissen wollen, was geleistet worden ist.

Ganz abgesehen davon handelt es sich auch um eine technische Frage. Diese Fernsehsendungen sind vorproduziert in ihrem Realteil, in ihrem graphischen Teil und in dem Teil, wo unsere Minister selber etwas zu ihrer Politik sagen. In der Zeit, die uns jetzt noch zur Verfügung steht, könnten wir keine neuen Sendungen mehr produzieren. Wir könnten bestenfalls jeden einzelnen ins Studio setzen und Life-Sendungen machen, und das halte ich bei der Bedeutung dieser Fernsehzeit für sehr gefährlich und sehr riskant. Da kann durch eine Indisponiertheit eine ganze Sendung praktisch kaputtgehen und wirkungslos werden.

Etwas Ähnliches gilt vom Technischen her für unser Filmprogramm, soweit es in den Mobilwerbungswagen und mit Hilfe der Einsatzgeräte in den Wahlkreisen abläuft. Jetzt noch Filme zu produzieren, ist technisch ebenfalls nicht mehr möglich. Eine Ausnahme kann ich allerdings erwähnen: Wir werden, wie ich hoffe, im Laufe der nächsten Woche einen etwa zehn Minuten langen Film bekommen über den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Berlin[7] und insbesondere über seine Fahrt entlang der Sektorengrenze. Das halte ich für sehr wirksam. Dieser Film wird, sobald wir ihn haben, in der größtmöglichen Zahl von Kopien in den Wahlkreisen verbreitet. Darüber hinaus aber unser anderes Filmprogramm auf die gegenwärtige Situation umzustellen, ist technisch nicht mehr möglich.

Ich bin darauf angesprochen worden, daß unsere sehr scharfen und – wie es in der Natur der Sache liegt – etwas munteren Trickfilme stellenweise in dieser Situation nicht ankämen. Von anderen Stellen habe ich allerdings etwas anderes gehört, nämlich, daß sie nach wie vor gut laufen. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden: Wie könnt

7 Vgl. Anm. 2.

ihr in dieser Situation den Herrn Brandt in einem Trickfilm angreifen? Dazu kann ich nur sagen: Die Herstellung eines Trickfilmes erfordert zwei bis drei Monate. Diese Trickfilme sind selbstverständlich nicht auf diese Situation hin gemacht worden. Es muß einfach im Ermessen der Landesverbände, der einzelnen Kreisverbände und der Kandidaten liegen, von Situation zu Situation – das ist regional sehr unterschiedlich – eben zunächst mal einige Dinge mehr in den Vordergrund zu stellen und andere etwas mehr zurückzuhalten.

Ein letztes Wort zu dem einzigen wirklich aktuellen Medium in der Werbung, der Insertion. Hier können wir, im Gegensatz zur Plakatierung, sehr kurzfristig auf bestimmte Situationen eingehen. Die Anzeigen, die zur langfristigen Vorbereitung des Wahlkampfes durch die illustrierte Presse gegangen sind – sozusagen als erste Welle der Werbung –, sind ohnehin abgeschlossen und laufen aus. Was bevorsteht, das sind die Anzeigen für die Tagespresse, die in der letzten Woche erscheinen sollen. Die Entwürfe dafür liegen den Kreisverbänden vor, Sie kennen sie. Sie sollen noch einmal in einer optisch gut sichtbaren und schnell erfaßbaren Form unsere Hauptslogans in Erinnerung rufen. Die Anzeigen sollen einen hohen Aufmerksamkeitswert haben und mit möglichst wenig Text arbeiten.

Hier haben wir uns allerdings überlegt, wieweit es möglich ist, etwas Zusätzliches zu tun, etwas, was sich unmittelbar auf die Situation bezieht. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß zwar normalerweise Anzeigen mit viel Text einen geringen Aufmerksamkeitswert haben, daß aber in dieser Situation eine Anzeige, die einen Text des Herrn Bundeskanzlers enthält und mit dessen faksimilierter Unterschrift versehen ist, nach aller Voraussicht einen sehr großen Aufmerksamkeitswert hat. Hier ist also die Möglichkeit gegeben, in der ganzen Presse aller Schattierungen, aller Größenordnungen noch einmal in einer Kolumne oder in zwei Spalten einen Text von etwa – nach unserer bisherigen Planung – eineinhalb Schreibmaschinenseiten zu verbreiten; er wird augenblicklich vorbereitet. Das ist ein in unserer ursprünglichen Planung nicht vorgesehenes neues Werbemittel, das wir jetzt ganz situationsbezogen einsetzen wollen.

Außerdem sind zwei neue Plakate bzw. ein neues Plakat mit zwei verschiedenen Slogans – „Setzt Deutschland nicht aufs Spiel" und „Wir brauchen eine starke Regierung" – in Vorbereitung. Sie zeigen in einer sehr leicht faßbaren, eigentlich nur angedeuteten graphischen Darstellung auf der einen Seite das Gebiet der Bundesrepublik und auf der anderen Seite rot, mit einem Stacheldraht drüber, das Gebiet der Zone. Diese Plakate sollen diese Slogans zum Schluß noch einmal einprägen.

Das eigentliche elastische Medium dieses Wahlkampfes, jedes Wahlkampfes, sind natürlich die unzähligen großen und vor allem auch kleinen Versammlungen, die draußen im Lande jeden Abend stattfinden. Die Besucherzahl beweist, daß alle Prognosen unrichtig waren, die behaupteten, die Versammlungstätigkeit sei doch ein alter Zopf, auf den man im Zeitalter des Fernsehens endlich verzichten sollte. Hier findet wirklich eine wesentliche Vorbereitung der Wahlentscheidung statt.

Wir haben, wie Sie wissen, schon in der vergangenen Woche einen neuen Rednerdienst zur Information über die neue Situation herausgegeben, und zwar sowohl unter außenpolitischen Gesichtspunkten wie aber auch unter wahlpolitischen Gesichtspunkten der Auseinandersetzung mit der SPD.[8] Mir ist gesagt worden, daß dieser Dienst zu lang sei und daß ihn die Leute nicht lesen würden. Das ist sicher richtig. Wir glaubten jedoch, eine grundlegende Darstellung geben zu müssen. Wir bereiten für die allernächsten Tage eine Kurzfassung nicht nur dieses Dienstes, sondern überhaupt der Thesen vor, die jetzt im Wahlkampf besonders herausgestellt werden müssen und auf diese Weise in den Versammlungen in den Mittelpunkt zu stellen sind.

Adenauer: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, ehe ich das Wort weitergebe, eine Zwischenbemerkung machen. Nachdem die Einladung zu der heutigen Tagung rausgegangen war, hat Herr Blumenfeld den Antrag gestellt, die Sitzung nach Berlin einzuberufen. Wir hatten hier in Bonn vorher diesen Gedanken auch ventiliert. Aber, meine Damen und Herren, eine Tagung in Berlin würde keine Arbeitstagung sein. Wenn wir nach Berlin gegangen wären, hätten wir an der Sektorengrenze vorbeifahren müssen. Wir hätten uns in Berlin zeigen müssen. Darüber wären Stunden vergangen, und eine Arbeitstagung wäre das nicht geworden. Darum habe ich auch Herrn Blumenfeld mitgeteilt, daß das nicht in Frage kommt.

Jetzt möchte ich vorschlagen, daß uns die Landesvorsitzenden von Nordrhein und Westfalen – Herr Johnen und Herr Dufhues – einmal über die Situation in Nordrhein-Westfalen und Herr Strauß über die Lage in Bayern berichten.

Johnen: An sich war die Stimmung vor der Berliner Geschichte und vor allem vor der Diskussion um den Kanzlerbesuch in Berlin glänzend. Sie hat einen Knacks bekommen durch die Angelegenheit Adenauer–Brandt. Brandt konnte sich bei dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten[9] sechs Stunden lang im Fernsehen zeigen. Das hat auf die Bevölkerung mehr gewirkt als drei, vier, fünf Versammlungen von Brandt.

Dann hat auch die Diskussion um den angeblich zu späten Besuch des Bundeskanzlers der Stimmung einen Knacks gegeben. Ich behaupte allerdings, daß der Tiefstand der Stimmung schon wieder überwunden ist. Durch die jüngsten Ereignisse, durch die Androhung, die Luftkorridore zu schließen, kommen die Leute zu der Überzeugung: Der Kanzler hat doch recht gehabt. Die Stimmung geht wieder nach oben.

Wir müssen aber etwas tun. Wir müssen in den Versammlungen begründen, warum der Kanzler „so spät" – in Anführungsstrichen – nach Berlin gefahren ist und warum der Kanzler nicht wenigstens gesagt hat: Ich fahre nächste Woche oder zu gegebener

8 CDU (Hrsg.), Rednerdienst 10/61 vom August 1961: Setzt Deutschland nicht aufs Spiel! (24 S.).

9 Johnson war am 19. August in Bonn und am 20. August 1961 als persönlicher Vertreter Präsident Kennedys in Berlin. Vgl. AdG 1961 S. 9296; BULLETIN vom 22. August 1961 S. 1494–1497.

Zeit nach Berlin. Diese Frage wird bei uns im Rheinland – wie es in Westfalen ist, Herr Dufhues, kann ich nicht beurteilen – sehr heftig diskutiert. Wir müssen dazu Stellung nehmen.

In allen Einzelgesprächen, die ich in den letzten Tagen geführt habe, tauchte immer wieder die Sorge auf: Wie geht die Wahl aus? Wird jetzt die CDU noch die absolute Mehrheit erlangen? Profitiert nicht letzten Endes die FDP von diesen Vorgängen?

Ich wiederhole: Der Tiefstand der Stimmung, die größte Mißstimmung ist schon wieder vorbei. Wir müssen aber etwas tun. Ich bin überzeugt, daß wir das bis zum 17. September wieder aufholen können.

Adenauer: Darf ich, da sich vielleicht auch die anderen Herren mit dem Thema beschäftigen werden, einmal über das „zu spät" sprechen.

Herr Gerstenmaier hat ohne jede vorherige Rücksprache mit mir in Mannheim nach meiner Meinung sehr treffende Worte gesagt.[10] Er hat gesagt: In diesem Augenblick, in den Tagen großer Gefahr, gehört Herr Brandt nach Berlin und Herr Dr. Adenauer nach Bonn. Und das ist richtig! (*Weber:* Goldrichtig!) Wir haben von hier aus doch ganz andere Möglichkeiten, für Berlin etwas zu tun, als wenn ich in Berlin an der Sektorengrenze vorbeifahre.

Wir haben diese Zeit redlich genutzt. Am Montag nach dem 13. August hat Herr Brentano die drei Botschafter zu sich gebeten, mit denen die ganze Situation eingehend besprochen worden ist. Dann haben Herr Brentano, Herr Erhard und ich die ganze Situation besprochen. Wir haben das Kabinett zusammengerufen. Das Kabinett hat doch ein Recht darauf, in solchen kritischen Situationen gehört zu werden und zu hören, was nun eigentlich ist. Am Mittwoch war das Kabinett ebenfalls zusammen. Dann war am Freitag die Bundestagssitzung[11], die sehr wichtig war. Dazu mußte die Regierungserklärung vorbereitet werden; das war auch eine zeitraubende Arbeit. Dann meldete sich Herr Johnson an. Er war Samstag hier und am Sonntag in Berlin.[12]

Ich möchte hier sagen, daß die amerikanische Regierung die Frage, ob ich mit Johnson in Berlin anwesend sein sollte, in Washington überlegt hatte und daß sie zu der Überzeugung gekommen war, es sei besser, wenn ich nicht gleichzeitig mit Johnson in Berlin sei, damit dieser Akt als eine rein amerikanische Angelegenheit erscheine. (*Burgbacher:* Schutzmacht! – *Zuruf:* Brandt bekam dadurch die sechsstündige Schau!) Da kann ich doch nichts für! Bitte, hören Sie mich doch einmal an. Ich habe Herrn Johnson auf der Fahrt von Wahn nach hier gesagt: Ich möchte gern mit Ihnen nach Berlin fahren. Daraufhin hat Johnson weder ja noch nein gesagt. Dann haben die Amerikaner im Hause eine Beratung abgehalten und haben Herrn von

10 Am 20. August 1961 (Rede in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION). Vgl. dazu UiD Nr. 34 vom 24. August 1961 („Die SPD und ihre Irrtümer"); Auszüge der Rede Gerstenmaiers in „Deutsches Monatsblatt" vom September 1961.

11 Am 18. August 1961. Einziger Tagesordnungspunkt: Entgegennahme einer Erklärung der Bundesregierung zur politischen Lage und Beratung über die Lage Berlins (Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9769–9789).

12 Vgl. Anm. 9.

Brentano gesagt, sie bäten, daß ich nicht mitführe. Da kann ich doch nicht hinfahren, wenn die Amerikaner sagen: Bitte, fahren Sie nicht dahin. Davon können Sie ruhig Gebrauch machen. *(Zuruf.)* Nein! Meine Damen und Herren, ich muß nachträglich den Amerikanern – ich habe das auch sofort getan – recht geben. Zum Teufel noch mal, Berlin ist doch nicht eine reine Propagandavorstellung. Macht man sich denn nicht klar, was auf dem Spiel steht und was aus Berlin und aus der Zone und aus uns allen wird, wenn wir die Amerikaner vergrämen? Die Amerikaner müssen doch ganz vornan stehen. Das allein macht doch auf Chruschtschow Eindruck. Es ist lächerlich zu meinen, daß es auf Chruschtschow irgendwelchen Eindruck macht, wenn ich nach Berlin gehe. Gar keinen, im Gegenteil!

Dann will ich Ihnen sagen, was noch eine Rolle gespielt hat. Wir hatten hier Angst, daß in der Zone ein Aufstand ausbrechen würde. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Man konnte annehmen, daß meine Anwesenheit in Berlin in den Tagen der Erregung den Bestrebungen helfen würde, einen Aufstand zu entflammen. 14 Tage vorher hat mir ein sehr hochstehender Deutscher gesagt: Wir müssen damit rechnen, daß in der Zone ein Aufstand ausbricht. Er hat hinzugefügt: Dann können wir nicht dabeistehen, dann müssen wir handeln, und dann müssen wir losmarschieren. So war die Situation. Sehen Sie, meine Damen und Herren, die Dinge doch ganz vernünftig, und sehen Sie sie so, wie sie in Wirklichkeit waren. Wenn wir in die Zone einmarschierten, weil dort ein Aufstand ist, dann wäre das die Auslösung des dritten Weltkrieges. Wir setzten unser ganzes Bündnis mit den drei anderen aufs Spiel.

Ich freue mich, Ihnen mal sagen zu können, wie die Tage hier wirklich gewesen sind. In Berlin rumlaufen, das kann schließlich jeder; aber hier an Ort und Stelle sitzen und dafür sorgen, daß die Sache gut verläuft, das ist doch die Hauptaufgabe.

Im übrigen möchte ich sehr nachdrücklich nochmals unterstreichen, was ich soeben gesagt habe, daß die Berliner – abgesehen von einigen Ultras – es doch in keiner Weise übelgenommen haben. Fragen Sie Herrn Krone! Ich bin namentlich in der Bernauer Straße und im Wedding, wo noch bis vor kurzem fast 40 % kommunistische Stimmen abgegeben worden sind, geradezu großartig begrüßt und aufgenommen worden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch folgendes sagen: Gestern kam der britische Botschafter und überbrachte mir ein persönliches Schreiben von Herrn Macmillan.[13] In diesem persönlichen Brief sagte mir Herr Macmillan, daß er in diesen Tagen viel an mich gedacht habe und daß er mich beglückwünsche und froh sei über meine Zurückhaltung. Er fügte hinzu, sicher würden uns schwere Wochen und Monate bevorstehen, (*Zuruf:* England auch!) aber wir würden die Gefahren überwinden, wenn wir einig blieben, und wir seien ja einig. Meine Damen und Herren, das hat Herr

13 Sir Christopher Eden Steel. Vgl. Nr. 7 Anm. 22. Zu seinem Termin am 24. August 1924 bei Adenauer vgl. TERMINKALENDER. – Schreiben Macmillan an Adenauer als Abschrift o.D. in StBKAH III.5, der Brief wurde gekürzt veröffentlicht (dpa-Meldung vom 25. August 1961); vgl. auch MACMILLAN S. 400.

Macmillan gesagt, der sehr zurückhaltend ist. Er hat aus sich heraus mir gestern einen solchen Brief überreichen lassen, in dem er seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß ich diese Zurückhaltung bewahrt hätte. Das war für mich wirklich die Bestätigung dafür, daß ich richtig gehandelt habe.

In solch schwierigen Fällen, in einer solchen Situation, muß man sich darüber klar sein, daß wir kein Theater spielen, wie Herr Brandt das ständig tut. Es geht wahrhaftig um ernste Überlegungen und ernste Dinge. Das werden hoffentlich auch die Rheinländer mal einsehen, Herr Johnen. Die Leute in Mannheim und in Darmstadt haben das eingesehen.

Johnen: Ich sagte: Der Tiefstand ist überwunden. Aber es geht mir darum, daß wir für die Wahl vorbereitet sind.

Dufhues: In Westfalen war die Stimmung bis zum 13. August ungewöhnlich gut. Wer an der Kundgebung in der Westfalenhalle teilgenommen hat[14], wird bestätigen, daß wir nie eine solche von innerer Anteilnahme und Begeisterung getragene Eröffnungskundgebung für den Wahlkampf gehabt haben wie an diesem Tag. Nach dem 13. August stellte man in Westfalen, wie wahrscheinlich in allen übrigen Gebieten, eine tiefe Besorgnis fest, die aber m.E. unter dem Gesichtspunkt, den wir hier besprechen – Ausgang der Wahl für die CDU – keineswegs negativ zu werten ist.

Herr Bundeskanzler, die Frage Ihrer Reise nach Berlin bzw. Ihres Bleibens in Bonn ist in der Öffentlichkeit vielfach erörtert worden. Dabei haben wir auch in Westfalen das feststellen müssen, was für andere Landesteile festgestellt werden muß, daß unsere Presse – ganz abgesehen von der Presse der SPD – und weitgehend auch Rundfunk und Fernsehen eine Haltung eingenommen haben, die völlig unverständlich ist. Was z.B. die Journalisten beim Internationalen Frühschoppen am 13. August sich geleistet haben[15], ist zum Teil ein Skandal. Denken wir nur an die Forderung von Jens Feddersen[16], die doch eine Aufputschung der Bevölkerung zu aktiven Maßnahmen darstellt, die nicht zu verantworten ist.

Nach ernster Prüfung beurteile ich die Stimmung folgendermaßen: Die Vorgänge vom 13. August und den Tagen danach haben in der Bevölkerung den Eindruck hervorgerufen, daß wir auf dem Grat zwischen Krieg und Frieden gewandelt sind. Nun verstärkt sich aber in der Bevölkerung der Eindruck, daß die Bundesregierung mit ihrer Zurückhaltung und ihrer Festigkeit wesentlich dazu beigetragen hat, den Frieden zu erhalten. Dieser Wunsch – ich spreche jetzt immer unter dem Gesichtspunkt der Wahl – ist für die Bevölkerung sehr viel entscheidender als die große Schau, als pathetische Erklärungen oder ähnliches. Es ist sehr begrüßt worden, daß gerade

14 Wahlkampferöffnungskundgebung am 16. Juli 1961. Vgl. Nr. 21 Anm. 76.

15 Nach Auskunft des WDR (Bibliothek und Archive) vom 18. Juli 1991 ist ein Nachweis nicht mehr möglich.

16 Jens Feddersen (geb. 1928), Journalist; ab 1954 bei der Neuen Ruhr Zeitung (NRZ) (bis 1961 Leiter des Ressorts Politik, ab 1961 Chefredakteur).

der Verteidigungsminister Strauß in diesen entscheidenden Tagen zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hat.

Insgesamt habe ich also den Eindruck, daß sich die Vorgänge und die Haltung der Bundesregierung positiv auswirken werden, allerdings unter einer Voraussetzung, daß wir die Dinge überzeugender darstellen, als es in der Vergangenheit geschehen ist. Hier liegen Versäumnisse, auch Versäumnisse der CDU, vor. Warum haben die Redner draußen im Lande nicht bereits am 14. und 15. August Informationen erhalten, mit deren Hilfe die Bevölkerung darüber aufgeklärt werden konnte, a) in welcher Gefahr wir uns befanden und b) wo der Platz des Bundeskanzlers und der Bundesregierung ist? Warum konnten Leitartikel, die bis in die CDU-Presse hineingingen, nicht anders und so beeinflußt werden, daß sie sehr viel positiver zu den Dingen Stellung nahmen?

Ich möchte meinen, daß wir auch jetzt noch ganz Entscheidendes tun müssen, um die Bevölkerung in diesem Sinne aufzuklären. Der Wahlkampf sollte noch entscheidender als in der Vergangenheit nicht unter dem Gesichtspunkt Berlin allein und nicht unter dem Gesichtspunkt Zonenprobleme allein stehen, sondern er sollte auf die große Auseinandersetzung West–Ost abgestellt werden. Das versteht die Bevölkerung. In diesem Zusammenhang, Herr Bundeskanzler, sollte noch härter, noch klarer und noch eindeutiger die Ausrüstung auch der Bundeswehr mit modernsten Waffen herausgestellt werden. Das nimmt Ihnen die Bevölkerung in Niedersachsen wie in Westfalen wie im Rheinland und in Hessen in einer solch überzeugenden Weise ab, daß Sie geradezu Stürme des Beifalls haben, wenn Sie das verlangen.

Und dann in diesem Zusammenhang und in anderen Zusammenhängen eine ganz klare und harte Auseinandersetzung nicht nur mit der SPD, sondern auch mit Herrn Brandt. Mir hat ein Bauer in Niedersachsen gesagt: „Wissen Sie, das mit dem „alias" habe ich nicht ganz verstanden[17], aber wer Herr Brandt ist, das müssen Sie uns sagen!" *(Heiterkeit.)*

In diesem Zusammenhang, Herr Bundeskanzler, eine Anregung für Ihre nächsten Reden. In der Öffentlichkeit ist es noch gar nicht angekommen, daß die SPD ihren Wahlkampf mit norwegischen Parolen treibt. Sie schreibt doch auf ihre Plakate: „Vorwärts SPD". „Vorwärts" heißt auf norwegisch „fram". *(Heiterkeit.)* Sie können dieses Bonmot ein wenig auswerten, es macht sich ganz nett. Jedenfalls das mit dem „alias" ist nicht angekommen. *(Erneute Heiterkeit.)*

Für Westfalen und für Rheinland ist noch etwas anderes von Bedeutung: die Erklärungen, die Herr Mende in den letzten Monaten über die Möglichkeit einer Koalition bzw. einer großen Koalition abgegeben hat. Die Erklärungen, die er gestern

17 Adenauer hatte am 14. August 1961 auf einer Großkundgebung in Regensburg von Brandt alias Frahm gesprochen (ADENAUER: Reden 1917–1967 S. 417; vgl. auch Anm. 28). Willy Brandt hieß ursprünglich: Herbert Ernst Karl Frahm, änderte Anfang der dreißiger Jahre aufgrund seiner politischen Tätigkeit als Kommunist seinen Namen, den er auch nach dem Zweiten Weltkrieg beibehielt.

in Hannover abgegeben hat[18], haben in den Kreisen, die durchaus bereit waren, die FDP zu unterstützen, noch einige Besorgnis ausgelöst. Wir sollten diese Besorgnis verstärken.

Im übrigen meine ich, daß wir in der Auseinandersetzung mit den anderen politischen Parteien auf alle Fälle das Schwergewicht auf die Tatsache legen sollten, daß die Entscheidung zwischen der SPD und der CDU fällt. Dabei sollten wir die übrigen Parteien nur am Rande erwähnen. Die Besorgnis, die sich in der Bevölkerung breitmacht, führt dazu, daß die Menschen bereit sind, sich zwischen den verschiedenen großen Blöcken zu entscheiden, bei denen jeder auf seine Art Schutz sucht. Wir haben also sehr gute psychologische Voraussetzungen dafür, bei diesen Bundestagswahlen das Zweiparteiensystem – und auf diese Weise den Einfluß der Christlich-Demokratischen Union – noch zu stärken. Ich möchte meinen, daß wir in der Propaganda diesem Gesichtspunkt Rechnung tragen sollten. Im Ergebnis wird dann die tiefe Besorgnis, die durch die ganze Bevölkerung geht, die Sorge vor allem der Frauen und der jungen Menschen um die Erhaltung des Friedens letztlich der CDU zugute kommen, wenn wir noch sehr aktiv und fleißig arbeiten.

Strauß: Meine Damen und Herren! Wir stellen in Bayern fest, daß eine ungewöhnliche Bewegung – und zwar schon vor dem 13. August, aber seit dem 13. August in besonderem Maße – durch das Land geht und daß unsere Versammlungen voller sind denn je. Natürlich hängt das zum Teil von den Rednern ab. Aber der ganze Pegelstand ist höher als jemals zuvor, als 1953 oder 1957. Grob gesprochen, kann man sagen, daß die Leute von zwei Dingen bewegt werden: einem ungewöhnlichen Interesse und einer gewissen Angst, dem Gefühl, daß etwas Unheimliches auf uns zukommen könnte. Man hat das Gefühl, als wenn man wieder an der Jahreswende 1938/39 wäre.

Die Ereignisse des 13. August haben zwar eine gewaltige Bewegung hervorgerufen; die Maßnahmen des Herrn Ulbricht haben aber unsere Wahlaussichten in keiner Weise vermindert, sondern im Gegenteil eher verstärkt. Nach dem 20. August mit dieser unglücklichen Johnson-Geschichte war es etwas anderes. Ich habe da am 21. August in zwei großen Versammlungen von jeweils 3.000 und 5.000 Menschen aus den eigenen Reihen Dinge zu hören bekommen, die ich vorher noch nicht zu hören bekommen habe. Wenn am 21. August gewählt worden wäre, hätten wir in Bayern die absolute Mehrheit nicht mehr bekommen. Die Gefühle gehen einmal hoch, und dann gehen sie wieder runter. Ich habe dasselbe festgestellt wie Herr Johnen, daß der Tiefpunkt bereits wieder überwunden ist.

Herr Bundeskanzler, ich bin in der Sache völlig mit Ihnen einig, daß Ihre Anwesenheit in Berlin an der effektiven Lage Berlins überhaupt nichts ändert, im Gegenteil, daß Ihre Anwesenheit genauso wie die Abhaltung demonstrativer Sitzungen unter Umständen den Ablauf der Ereignisse so beschleunigt, daß unser

18 Am 25. August 1961 bei einem Wahlkongreß der FDP. Manuskript des Mende-Referats in: AdL A1-186 (Bundesparteitage).

eigener Kalender der Gegenmaßnahmen nicht mehr mitkommt. Wir spielen auf Zeitgewinn und auf Verhandlungen und müssen jede dramatische Zuspitzung der Situation vermeiden. Sie können sich hierbei auf diese unsere gemeinsame und meine persönliche Einstellung hundertprozentig verlassen.

In diesem Zusammenhang muß ich jedoch einmal folgendes sagen: Ich habe das ungute Gefühl, daß zwischen der Umgebung von Herrn Brandt und der Umgebung von Herrn Kennedy irgendein Faden läuft, (*Zuruf:* Sehr richtig!) daß da eine Verbindung besteht – man kann sich die Namen ungefähr vorstellen – und daß diese ganze Johnson-Geschichte einschließlich der 1.500 Mann[19] als Wahlhilfe für Herrn Brandt in irgendeiner Form eingefädelt war. Ich sehe nur nicht recht klar, vielleicht komme ich noch dahinter. Nehmen wir doch den Brief von Brandt an Kennedy![20] Er ist in der Zeitung erschienen, damit man sah: Brandt ist der starke Mann, er führt eine starke Sprache. Dann kam die Ankündigung, Kennedy sei verärgert, er werde darauf überhaupt nicht antworten. Vor dem Fernsehen überreicht Johnson dann in pathetischer Weise die persönliche Botschaft des Präsidenten. Da sitzen sechs Millionen Lieschen und Hänschen Müller vor dem Fernsehschirm und sehen sich das an!

Dazu kommt dann noch die verhängnisvolle Wirkung der Axel-Springer-Presse, die nur noch in emotioneller Aufwallung und Aufputschung der Gefühle macht, und zwar ausgerechnet – das ist geradezu paradox, man kann das nur als einen Narrentanz der Gegenwart oder als Dekadenzgesänge bezeichnen – ausgerechnet diejenigen, die uns sechs Jahre lang jede Form der Aufrüstung, insbesondere jede wirksame Aufrüstung zerschlagen wollten. Sie rufen jetzt nach explosiver und emotioneller Reaktion. Sie haben vorher Herrn Feddersen zitiert. Er hat uns jahrelang beschimpft und uns als militaristisch, größenwahnsinnig und deutschnational hingestellt. Das Gefährliche ist diese Diskrepanz zwischen Gefühl und Realität, diese zunehmende, man könnte sagen „Von-Hitler-zu-Hamlet-Entwicklung", die bei uns stattgefunden hat.

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß die Zumutung der Amerikaner Ihnen gegenüber unerhört war. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das darf ein amerikanischer Vizepräsident nicht sagen. Wenn er das mit der Lage Berlins begründet, mag das noch eine gewisse Berechtigung haben. Dann muß er sich aber darüber im klaren sein, daß sein gemeinsames Auftreten mit Brandt in Berlin, verbunden mit dem die Lage Berlins in keiner Weise bessernden Einrücken von Truppen, eine Wahlhilfe für Brandt war und nichts anderes. An der Lage Berlins hat dieses ganze Theater vom 20. August gar nichts geändert. Im Gegenteil! Ich bin überzeugt, daß der Ablauf der Ereignisse, die

19 Die Berliner Garnison der US-Streitkräfte war am 18. August um 1.500 Mann verstärkt worden, die über die Interzonenautobahn nach Berlin einrückten. Vgl. AdG 1961 S. 9296.

20 Brief vom 16. August 1961. Druck zuerst in FAZ vom 19. August 1961 („Brandt fordert einen Drei-Mächte-Status für West-Berlin"). – Die deutsche Übersetzung des Antwortschreibens Kennedys vom 18. August 1961 in AdsD Dep. Willy Brandt, Berlin 1947–1966, Mappe 30. Vgl. Diethelm Prowe: Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961. In: VfZ 2 (1985) S. 373–383.

folgenden Maßnahmen, durch dieses Theater vom 20. August eher noch beschleunigt worden ist. Hätten die Amerikaner genauso ruhig reagiert wie Sie und nicht Wahlhilfe, Schützenhilfe für Herrn Brandt geleistet, dann wäre der Terminkalender drüben nicht vorgestellt worden; er ist offensichtlich wieder vorgestellt worden.

Das geht so nicht weiter. Ich traue der amerikanischen Botschaft in Bonn nicht mehr über den Weg. Ich habe eine Reihe von Indizien. Es laufen Fäden hin und her, die darauf schließen lassen, daß es einigen amerikanischen Kreisen, einer gewissen Harvard-Gruppe, lieber wäre, sie hätten es mit sozialdemokratischen Politikern zu tun statt mit uns.

Wenn hier gesagt wird, wir dürften sie nicht vergrämen, dann kann man dazu nur auf folgendes hinweisen: Die Sozialdemokraten haben die Amerikaner zehn Jahre lang nicht nur vergrämt, sondern in mancher Weise öffentlich beleidigt. Und jetzt soll der Bundeskanzler, der die deutsche Politik im Sinne einer historischen Wendung an die Seite der amerikanischen gebracht hat, nicht mit dem amerikanischen Vizepräsidenten auftreten dürfen. Das glaube ich nicht. Da stimmt etwas nicht, da geht etwas vor sich.

Wir müssen befürchten, daß wir aus diesem Theater einen Stimmenverlust von 3 bis 4 % erleiden. Diese 3 oder 4 % wären uninteressant gewesen, wenn es sich um die Frage 41, 44 oder 38 % handelte. Angesichts der Eigenartigkeit der FDP brauchen wir aber die absolute Mehrheit, und da wiegen 2 oder 3 % wesentlich schwerer als sonst.

Ich bin aber derselben Überzeugung wie die Vorredner, daß sich das aufholen läßt, wenn wir uns nicht von der SPD den pathetischen Berlin-Stil als Wahlkampfmethode aufzwingen lassen. Ich habe selber seit diesen Vorgängen zehn Versammlungen mit steigender Teilnehmerzahl gehabt. In Worms waren es etwa 10.000 Menschen, 7.000 bis 8.000 standen auf dem Marktplatz, der schwarz war. Die Kommunisten sind gleich rausgeflogen, und die Sozialdemokraten haben nach fünf Minuten geschwiegen. Da habe ich einmal ordentlich mit den Herren abgerechnet, und zwar einschließlich des Herrn Brandt.

Ich kann nichts mehr unterstützen als die Äußerung von Herrn Dufhues: Wir müssen das Ganze hineinstellen in die Gesamtstrategie und in unsere Arbeit; wir müssen es als einen Teil in dem großen Ost-West-Kampf darstellen, der jetzt weder in der Explosion eines Krieges oder in schlichter Kapitulation enden darf, sondern bei dem es um langfristige politische Entwicklungen geht. Hier haben wir die Grundlagen für die Politik gelegt, und hier geben wir allein die Garantie dafür, daß es weder Krieg noch Kapitulation noch sonst etwas gibt.

In diesem Zusammenhang kann man die Sozialdemokraten sehr scharf angreifen, mehr noch, als wenn wir nur auf Berlin abstellen; das letzte wäre falsch. Dann kann man auch noch die Tatsache erwähnen, daß die Sozialdemokraten am letzten Donnerstag im Parlament das Bundesleistungsgesetz wieder abgelehnt haben.[21] Das

21 22. August 1961 Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9796f.

ist viel zu wenig herausgestellt worden. In Berlin stellt sich Herr Brandt hin und verlangt energische Maßnahmen. Im Parlament lehnen sie ein Minimalgesetz der Landesverteidigung ab. (*Dufhues:* Senator Klein[22] aus Berlin hat es auch im Vermittlungsausschuß abgelehnt!) Zuerst wollen sie den Spannungsfall durch den Bundesrat proklamieren lassen[23], und dann lehnen sie das Gesetz ab.

Diese 3 oder 4 % Stimmenverlust, die wir bis jetzt zu befürchten haben, können aufgeholt werden, wenn wir in den nächsten drei Wochen nicht persönlich diffamieren, aber in der Sache schärfer als jetzt den wirklichen Zusammenhang herauskristallisieren. Ich sage immer: Jede Versammlung hat einen Anspruch darauf, nicht belogen zu werden, sondern wirklich die politischen Fronten zu sehen; deshalb bin ich hier. Das kommt an. Man muß den Wahlkampf in einer solchen Schärfe aufbauen, daß am Schluß die Fronten klarliegen. Das muß von der CDU und der CSU aus in den nächsten drei Wochen geschehen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob vielleicht einmal dieser oder jener Leitartikler vergrämt schreibt.

Unsere Presse wird ja von einer Instinktlosigkeit beherrscht, die wirklich kaum mehr überboten werden kann. Über diese unflätigen Diffamierungen wurde ausführlich berichtet; sie haben doch dann den Grund für den sogenannten „alias" abgegeben. Wenn Sie die Sache mit dem „alias" zitieren, dann zitieren Sie vorher die Reden der SPD; sie geben eine gute Rechtfertigung dafür. Diese Reden waren der Angriff, und das andere war die bescheidene Antwort. Diese Antwort war wahrlich bescheidener, als wir sie eigentlich geben sollten. Wenn man es so darstellt, dann sehen die Leute den Zusammenhang mit dem „alias" ganz anders.

Ich weiß nicht, ob Herr Gerstenmaier da ist. Die Fernsehsendung mit ihm und Carlo Schmid hat mir nicht gefallen.[24] Gut haben mir seine Worte von Mannheim gefallen, die Sie, Herr Bundeskanzler, zitiert haben. Gerstenmaier hat in der Fernsehsendung mit Carlo Schmid den Stil und die Verunglimpfungen bedauert. Da hätte Herr Gerstenmaier Herrn Carlo Schmid besser die Reden der SPD in Nürnberg entgegenhalten und ihn fragen sollen: Was sagen Sie zu Knoeringen, Ollenhauer und Brandt?[25] Darauf sind doch dann diese Antworten erfolgt. Diese Reden der SPD waren wirklich kein würdiger und repräsentativer Stil.

Wir sollten in diesen Tagen etwas weniger in Gemeinsamkeit machen. Wir haben jetzt weniger Grund zur Gemeinsamkeit denn je, denn sonst werden wir die Grundlagen unserer Politik verspielen.

---

22 Dr. Günter Robert Paul Klein. Vgl. Nr. 7 Anm. 106.

23 Vgl. 14. Juli 1961 Sten.Ber. (BR) S. 192-196; BR-Drs. 124/60 (Beschluß).

24 Fernsehsendung zum Thema Macht und Ohnmacht des Parlaments in Form eines Gesprächs zwischen Eugen Gerstenmaier, Carlo Schmid, Hermann Proebst und Josef Müller-Marein im Saarländischen Rundfunk am 16. August 1961. Mitschrift in ACDP I-210-086/1.

25 Vgl. Anm. 5 zur Rede Brandts; Druck der Rede von Knoeringens: SPD, Pressemitteilungen und Informationen o.D. (3 S.); Druck der Rede Ollenhauers: ebd. (6 S.). Außerdem Bericht im „Vorwärts" vom 16. August 1961 (Wir sind in der Offensive).

Ich bin überzeugt, daß wir in Bayern wieder die absolute Mehrheit bekommen, wenn wir danach verfahren. Was in meinen Kräften liegt, werde ich dafür tun.

Adenauer: Wir müssen alles tun, um im zukünftigen Bundestag wieder die absolute Mehrheit zu bekommen. Wenn wir auf die FDP angewiesen sein sollten, dann gnade uns Gott. Ich will Ihnen sagen, warum. In der FDP ist ein Drittel absolut für den Anschluß mit der SPD, ein Drittel ist absolut dagegen, und das dazwischenliegende Drittel weiß noch nicht, was es will. Die Entscheidung hängt also von diesem Drittel oder vielmehr von der Hälfte dieses Drittels ab; ich habe nicht ein genaues Drittel gemeint, sondern eben nur einen dritten Teil.

Ich wiederhole nochmals: Allein die absolute Mehrheit der CDU kann – das ist meine feste Überzeugung – Deutschland retten. Deswegen begrüße ich auch so sehr, was einige der Vorredner gesagt haben, daß wir den ganzen Wahlkampf in die große Sicht stellen müssen. Wir müssen herausstellen, daß der Kampf von Sowjetrußland nicht nur Berlin gilt, sondern uns, unserem Gesamtdeutschland, der Bundesrepublik gilt. Deswegen müssen wir gegenüber der Sozialdemokratie mit allen Mitteln, die erlaubt sind, kämpfen; wir müssen uns nicht verteidigen, wir müssen sie bekämpfen.

Ich möchte dann noch ein paar Fragen, die unter anderem angeschnitten worden sind, berühren. Zunächst die konfessionelle Frage! Wir haben in Darmstadt geredet[26]; der Beifall für Herrn von Brentano und mich war sehr groß. Ich habe Sie dann gefragt – nehmen Sie es mir bitte nicht übel –, ob ich die konfessionelle Frage anschneiden soll. Sie meinten, es sei nicht nötig. Ich habe sie trotzdem angeschnitten, weil wir gerade in der Gegend von Herrn Niemöller waren. Geradezu tosender Beifall! Weder Herr von Brentano noch ich haben bei irgendeiner Ausführung einen solchen Beifall bekommen wie bei meiner Bemerkung, daß wir die beiden christlichen Konfessionen nicht mehr auseinanderbringen lassen. Ich glaube, daß wird man auch beim Wahlkampf noch berücksichtigen müssen.

Dann Herr Springer! Ich habe mit Herrn Springer hier im Hause eine sehr harte Auseinandersetzung gehabt.[27] Was daraus wird, weiß ich nicht. Man merkt jetzt in der Springer-Presse hier und da eine gewisse Wendung. Aber die Auseinandersetzung mit Herrn Springer war sehr entschieden und sehr hart; ich kann ihm nicht helfen. (*Zuruf:* Er will uns nicht helfen!)

Brandt! Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, wenn ich Brandt öffentlich nicht gern angreife, weil das beim deutschen Publikum aus irgendeiner übertriebenen Empfindlichkeit und einem Noblessegefühl schlecht ankommt. Lassen Sie mich zu dem Wort „Frahm" etwas sagen. Herr Brandt hat sich noch jahrelang in Deutschland „Brandt-Frahm" genannt. (*Zuruf:* Wer hat das Buch[28] schreiben lassen?)

---

26 Am 23. August 1961 (TERMINKALENDER).

27 Am 17. August 1961 (TERMINKALENDER).

28 Gemeint ist die Broschüre „Wer ist Willy Brandt. Lebenslauf, persönliche Entwicklung und politische Ansichten des Kanzlerkandidaten der SPD in seinen Selbstzeugnissen". In: CDU (Hrsg.), Rednerdienst/Sonderausgabe Januar, 1961.

Er. Alles das geht aus seiner Autobiographie hervor.[29] Das war sein politischer Name. So habe ich es auch gemeint. Die Kommunisten neigen ja dazu, einen anderen Namen anzunehmen. Der frühere Oberbürgermeister von Berlin, Reuter – turmhoch über Brandt stehend –, war ja Kommunist. Als Kommunist hat er einen anderen Namen geführt. Ich habe bei Herrn Brandt andeuten wollen, daß wir einmal in seiner politischen Vergangenheit nachlesen müssen.

Johnson! Ob und welche Verbindungen da zu Kennedy bestehen – ich weiß es nicht. Ich habe auch einen gewissen Verdacht, das muß ich auch sagen. (*Zuruf:* Brandt als erster Besucher!) Diese Verbindung würde dann wahrscheinlich hier über die Botschaft hergestellt. Ich weiß es nicht.

Aber der Brief von Herrn Brandt! An sich unerhört! Er schreibt den Brief an Kennedy, ohne daß wir davon wissen.[30] Herr von Brentano hat über unseren Botschafter Grewe in Washington Nachricht bekommen, daß dieser Brief geschrieben sei.

Von Brentano: „Es soll ein Brief von Brandt vorliegen."

Adenauer: Das ist auch eine unmögliche Sache seitens der Amerikaner. Und jetzt – das darf ich wohl sagen – hat Herr Kollege von Brentano gehört, daß der Herr Brandt auch an Nehru[31] einen Brief geschrieben habe.

Von Brentano: Nicht gehört! Am letzten Dienstag hatten wir die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Dort haben wir Herrn Brandt sehr hart kritisiert. Es wurde auch die Tatsache kritisiert, daß er den Brief geschrieben hat, ohne die Bundesregierung zu informieren, und daß er darin den Vorschlag gemacht hat, den Viermächtestatus durch einen Dreimächtestatus zu ersetzen. Ich möchte feststellen, daß kein Mensch im Ausschuß versucht hat, ihn zu verteidigen. Am Schluß der Sitzung kommt mein persönlicher Referent[32] rein und bringt mir einen Brief vom 22. August des Senators Klein: „Im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters übersende ich als Anlage Abschrift des Briefes, den Herr Brandt an den Ministerpräsidenten Nehru gerichtet hat." Dieser Brief war am 17. herausgegangen. Am 22. wird die Bundesregierung davon verständigt. Inzwischen hat Nehru Brandt schon geantwortet.

Adenauer: Brandt macht außenpolitisch einen Fehler nach dem anderen. Ich glaube, unsere Redner sollten ihm das vorhalten.

---

29 Über Brandts Namenswechsel vgl. Willy BRANDT: Mein Weg nach Berlin, München 1960 S. 227-231; DERS: Draußen. Hrsg. von Günter Struve, Berlin, Bonn 2. Aufl. 1976 S. 335.

30 Vgl. Anm. 20.

31 Jawaharlal Nehru (1889–1964), indischer Politiker; seit 1919 im Vorstand der Indischen Kongreßpartei (INC) (1923–1925, 1927–1929 Generalsekretär, 1929–1936 Präsident), 1947–1964 Ministerpräsident Indiens und Außenminister; führender Repräsentant der Blockfreien Staaten. – Brief vom 17. August 1961. Englische maschinenschriftliche Fassung in AdsD Dep. Willy Brandt, Berlin 1947–1966, Mappe 30.

32 Peter Limbourg (geb. 1915), 1955–1961 pers. Referent von Brentanos, 1969–1972 Botschafter in Athen, 1973–1980 in Brüssel.

Erstens sein Vorschlag mit der Konferenz der 52 Feindstaaten![33] In Berlin hat mich der Vorsitzende der Handelskammer gefragt: Warum sind Sie denn dagegen? Darauf habe ich dann gesagt, ich möchte eine Frage stellen: Nach welchem Schlüssel soll da abgestimmt werden? Ich bekam zur Antwort: Jeder eine Stimme. *(Heiterkeit.)* Stellen Sie sich eine solch kapitale Dummheit vor. Da stehen wir als armer Sünder vor 52 Leuten, von denen jeder eine Stimme hat.

Herr Brandt hat dann den Rapacki-Plan wiederholt. Sofort hat Polen eingehakt.

Dann der Brief an Kennedy mit dem Dreier-Status für Berlin. Das hat Kennedy nun abgelehnt. Dann hat er noch eine Dummheit gemacht, die Kennedy auch abgelehnt hat, die UNO anzurufen.

Dann der Brief an Nehru mit dieser gloriosen Antwort von Nehru.

Ich kann ihm das natürlich nicht sagen; aber andere können ihm das sagen, meine Herren. (*Weber:* Er tut so, als ob er Außenminister wäre!)

Die Diskrepanz bei uns zur Realität – das war ein sehr richtiges Wort – ist sehr bedrückend. Der britische Botschafter[34], der gestern bei mir war und mir den Brief Macmillans überbrachte, sagte dasselbe. Er sagte, er verstünde nicht, was die Berliner Bevölkerung jetzt auf einmal mache. Vorher sei sie im siebten Himmel gewesen – diesen Ausdruck hat er allerdings nicht gebraucht –, und auf einmal reagiere sie so, wo es sich doch um Maßnahmen handele, die jeder ruhig Denkende jeden Tag hätte erwarten können, nicht müssen. Das macht auch mir etwas Sorge. Man kann nichts dagegen tun. Es zeigt sich doch, daß unser gesamtes deutsches Volk durch all das, was vorangegangen ist, in seinen Grundfesten erschüttert worden ist. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wir müssen daher um so mehr bis zum Wahltag darauf hinwirken, daß die ganzen Dinge unter großen Gesichtspunkten gesehen werden. Es kommt selbstverständlich auch Berlin zugute, wenn wir das Ganze unter großen Gesichtspunkten sehen.

Von Brentano: Meine Damen und Herren! In jeder Diskussion kann man das gleiche erleben – was ich übrigens auch im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und des Bundesrates erlebt habe –, daß die Leute kommen und nach der Aktion verlangen. Wenn man die Gegenfrage stellt: „Welche? Ich wäre für Anregungen dankbar!" – dann schweigt jeder. Wenn die Leute die langsame Reaktion kritisieren, dann versuche ich, ihnen klarzumachen, daß es eine Groteske ist, den Stadtkommandanten in Berlin vorzuwerfen, daß sie 60 Stunden gewartet hätten. Sie werden bei jedem Menschen Verständnis dafür finden, daß es nicht die Aufgabe von drei Stadtkommandanten ist, etwa den Krieg zu erklären, sondern daß sie sich gefälligst zu verhalten haben, wie ihre Regierungen es ihnen sagen. Was hätten die Stadtkommandanten tun können? Hätten sie ihre Truppen vorrücken lassen sollen, um die Mauer abzubrechen und den ersten Schuß auszulösen?

---

33 Vgl. Nr. 21 Anm. 10. – Bericht über eine Pressekonferenz Brandts am 7. Juli 1961 in „Die Welt" vom 8. Juli 1961; vertraulicher Vermerk über die Sitzung des Berliner Senats mit dem Bundeskanzler am 12. Juli 1961 in AdsD Dep. Willy Brandt, Berlin 1947–1966, Mappe 71; Brief Brandts an Nehru vom 17. August 1961 (vgl. Anm. 31).

34 Walter C. Dowling (vgl. Anm. 61).

Die Menschen draußen verstehen das dann auch. Nur die deutsche Presse versteht es nicht. So ist doch heute wieder in der „Welt" zu lesen: „Möglicherweise fühlte sich Moskau durch die schwache Reaktion auf den 13. August zu weiterem Vorgehen ermuntert." Das ist heute noch in der „Welt" zu lesen.

Adenauer: Herr Kraske bittet, daß die Herren Schröder, Barzel und Heck sich mit ihm zurückziehen, um einen Entwurf für einen Beschluß fertigzustellen.

Schröder: Ich würde Herrn Dufhues für mich vorschlagen.

Dufhues: Nein, Herr Schröder, Sie machen das ausgezeichnet.

Adenauer: Gehen Sie beide, dann wird es noch schöner.

Blank: Ich spreche aus der Erfahrung von gut einem Dutzend Versammlungen. Dabei habe ich natürlich immer zu Anfang, wie das von meinem Amt her verständlich ist, die innenpolitischen, besonders die wirtschaftlichen und sozialen Fragen behandelt. Das haben die Leute ganz nett aufgenommen. Aber etwa zu glauben, daß damit viel Seide zu spinnen sei, wäre ein Irrtum. Die SPD kann jedoch mit ihren Dingen auf diesem Gebiet auch keine Seide spinnen. In einem der rötesten Arbeiterdörfer, in Wattenscheid, brauchte ich nur den Katalog der SPD vorzulesen, und schon haben die ältesten Bergarbeiter vor Vergnügen gequietscht.[35] Darin sehe ich also keine Gefahr.

Die Ereignisse von Berlin haben jedoch insofern etwas nachteilig für uns gewirkt, als sie den Parolen der SPD entgegenkamen: „Wir sind doch eine Familie – gemeinsame Politik!" Das ganze Emotionelle, die Tatsache, daß Brandt der Fernsehstar war, der Jung-Siegfried, das ist doch das Gefährliche. Dann diese dummen Redensarten von Herrn Zehrer[36], der Gut, Blut und Ehre einsetzen will. Wenn ich solche Töne lese, wird mir etwas merkwürdig.

Aber nun etwas von meinen Erfahrungen! Die Versammlungen, die ich abhalte, spielen sich vielfach so ab, daß es nicht nur eine reine Kundgebung ist, sondern daß auch eine Diskussion stattfindet. Daß man mich von der Parteileitung aus immer gern ein bißchen in Orte schickt, in denen es kompakte SPD-Mehrheiten gibt, ist bekannt und verständlich. Nun habe ich also folgendes erlebt: Ich habe das ganze Soziale im großen und ganzen beiseite gelassen; natürlich habe ich mit ein paar Worten auf die Erfolge hingewiesen. Hier war überhaupt kein Widerspruch festzustellen. Das nehmen die Leute alles an. Man darf also nicht glauben, daß man damit den Wahlkampf bestreiten könnte. Aber etwas anderes: Ich bin in die Geschichte mit der „gemeinsamen Politik" hineingestiegen. Was heißt gemeinsame Politik? Ich sage dann immer: Kann man dadurch, daß man etwas Richtiges und etwas Falsches in einen Pott wirft, etwas Gemeinsames schaffen? Wie soll man feststellen, was richtig und was falsch war? Dann versuche ich, diese Dinge mit Zitaten zu belegen, die allen bekannt sind, die unseren Rednerdienst haben. Dabei kann ich auch vieles aus meinem eigenen Erleben beisteuern. Sie glauben gar nicht, wie es wirkt, wenn man

35 Am 18. August 1961 sprach Blank auf einer Wahlkundgebung in Wattenscheid-Höntrop. Vgl. ACDP I-098-021.

36 Vgl. „Die Welt" vom 21. August 1961 („Sieben Tage").

den Diskussionsrednern sagt: „Hier habe ich das Bundestagsprotokoll; damals hat selbst Herr Brandt dagegen gestimmt."

Wenn diese Diskussionsredner auftreten, dann führe ich weiter folgendes an: Die Bundesregierung hat in der Erklärung vor dem Deutschen Bundestag gesagt, auch sie würde im Rahmen der NATO Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Bereitschaft ergreifen und die Anstrengungen der Verbündeten unterstützen. Herr Johnson, der, wie die SPD glaubt, auf Verdienst des Herrn Willy Brandt nach Berlin gekommen ist, hat folgendes gesagt: Kennedy ist erst ein halbes Jahr an der Regierung, er hat schon so und soviel Milliarden mehr verlangt. Darauf frage ich dann: „Meine Herren von der SPD, sind Sie bereit, ist die SPD bereit, jetzt in diesem Wahlkampf dem deutschen Volk zu sagen, daß sie ebenfalls diese militärischen Anstrengungen a) materiell und b) auch personell unterstützen? Sind Sie bereit, vor dem deutschen Volk zu erklären, daß auch die Bundeswehr waffenmäßig so ausgestattet werden muß, wie es notwendig ist?" Eisiges Schweigen! Keiner von den Leuten wagt jetzt, dazu ja zu sagen.

Ich habe den Eindruck gewonnen, wenn wir das auf diese Fragen zuspitzen und die SPD geradezu zwingen – vielleicht kann sie gar nicht ausweichen –, zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, verliert sie an ihren alten Genossen so viel, daß das einige Prozentchen dann wieder kompensiert.

Adenauer: Ich darf einen Satz hinzufügen. Wir müssen sagen: „Wir wollen stark sein, um den Frieden zu gewinnen."

Blank: Man muß es belegen. Wenn man sagt, seid ihr bereit, wenn es so käme, dann wagen die ältesten Genossen nicht, ja zu sagen. Sie sind sich ihrer Leute nicht sicher. Geht man ins Konkrete, dann können sie nicht ja sagen. Auf dem Punkt sollten wir sie stellen.

Von Brentano: Vielleicht kann der eine oder andere einmal darauf hinweisen, daß die Rede, die Herr Ollenhauer am 22. August im Bundestag gehalten hat, nicht identisch mit der war, die er verteilt hat.[37] In der Rede, die er gehalten hat, hat er davon gesprochen, daß die Verteidigungsanstrengungen verstärkt werden müssen. In dem Text, der an die Presse verteilt worden ist, sind diese Worte nicht zu finden. Im Bundestagsprotokoll soll es stehen, aber in der Presse darf es nicht stehen!

Adenauer: Wir wollen mal sehen, ob es im Bundestagsprotokoll steht.

Von Brentano: Da steht es wörtlich drin. In den Exemplaren, die an die Presse verteilt worden sind, ist davon kein Wort zu finden.

---

37 Ollenhauers Rede im Bundestag war bereits am 18. August 1961. Druck Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9779–9781: „... Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesregierung, daß sie unverzüglich und nachdrücklich über die Stärkung der Verteidigungsnotwendigkeiten hinaus gemeinsam mit unseren Verbündeten alle Maßnahmen prüft und durchführt, die geeignet sind, dieses Ziel der Aufhebung des Gewaltaktes vom 13. August zu erreichen." – Druck der Rede für die Presse in „Die SPD-Fraktion teilt mit" vom 18. August 1961: „... erwartet von der Bundesregierung, daß sie unverzüglich und nachdrücklich gemeinsam mit unseren Verbündeten alle Maßnahmen prüft und durchführt, ..."

Krone: Ich stimme völlig mit dem überein, was hier von verschiedenen Seiten gesagt worden ist. Ich würde meinen, wir sollten den Wahlkampf in der großen Linie so weiterführen, wie wir ihn angelegt haben. Wir müssen die Nuance Berlin in der Weise hineinbringen, daß wir sagen: Das ist eine Sorge für uns, eine Sorge um den Frieden; hier liegt ein erneuter Aufmarsch des Ostens gegen den Westen vor. Von daher ergibt sich die Bestätigung unserer Politik und die Notwendigkeit ihrer Fortsetzung. So sollten wir argumentieren.

Wir müssen darüber hinaus überlegen, wie wir in den kommenden 14 Tagen den heute noch sehr tief gehenden Eindruck kompensieren können, den das Fernsehen mit seinen Berichten über Johnson und Brandt hervorgerufen hat. (*Zuruf:* Richtig!) Er ist zum Teil durch den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Berlin kompensiert worden. Nach der ersten Viertelstunde war ich erlöst, als ich sah, wie Berlin reagierte. Es war ein Arbeitstag, aber die Menschen standen an den Straßen. Da war mir klar, daß man den Kanzler auch in Berlin verstanden hat und ihm zustimmt. Für die Presse war es ein bißchen schwer, so schnell ganz umzuschalten. Sie stand immer noch unter dem Eindruck, den der Besuch Johnsons in Berlin hervorgerufen hatte. Der Eindruck war sehr, sehr groß und wirkt m.E. immer noch nach.

Für die Wahlkampfleitung ist die Frage nicht die, wie man die Reden anlegt; da sind wir uns einig. Es geht vielmehr darum, mit welchen Mitteln wir es fertigbringen, dieses Vakuum, das noch da ist, auszugleichen. Wir sollten da nicht allzu zuversichtlich sein und annehmen, daß das schon geschehen sei. Die Peripetie ist erreicht, wir sind aber noch nicht so weit, daß es schon wieder reicht. Wir haben noch keine Unterlagen von demoskopischen Instituten, sie kommen erst in den nächsten Tagen. Aber hier ist noch ein kritischer Punkt. Wir müssen uns diese Dinge sehr genau überlegen.

Von Herrn Kraske ist der Vorschlag gemacht worden, daß der Kanzler mit seinem Namen noch einmal ganz breit in die Öffentlichkeit gehen soll. Ich hatte zuerst überlegt, ob nicht auch die Regierung etwas sagen sollte; vom Kollegen Martin ist dieser Vorschlag mal gemacht worden. Dagegen gibt es Bedenken. Aber notwendig ist, daß wir noch einmal ganz klar und massiv unsere Haltung und Stellung herausstellen müssen. Das muß so sein, daß die Menschen in ihren Sorgen wirklich angesprochen werden. Ich glaube, daß diese Sorgen und diese Unruhen die Motive sind, die sich bei der Wahlentscheidung für uns am besten auswirken. Wenn wir diese Dinge aber zu leicht nehmen würden, würden wir der Situation wohl nicht gerecht werden.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, aus der Sicht eines Mannes, der sehr weit herumgekommen ist, ein paar Gedanken vorzutragen. Ich stimme Herrn Dr. Krone völlig zu, daß es für uns sehr schwer ist, den Eindruck zu überwinden, den der Auftritt von Brandt und Johnson vor dem Fernsehen hervorgerufen hat. Wenn man aber in den Wahlreden darauf aufmerksam macht, warum der Kanzler nicht mit Johnson zusammen gefahren ist, dann kapieren das alle. Ich wäre dankbar, wenn diese Frage in dieser Form auch in den Rundfunkreden erörtert würde, die in den zweiten Programmen auf der Länderebene

ausgestrahlt werden. Es ist übrigens kürzlich eine Sendung vom Kollegen Lücke gelaufen[38], die m.E. in einer ganz ausgezeichneten Form die großen Dinge der Politik mit seinem Wohnungsanliegen zusammenmischte. Das geschah in einer rhetorisch so ausgezeichneten Art, daß jeder genau kapierte, wie das eine in das andere hineingestellt werden muß.

Nach 25 Veranstaltungen, die ich jetzt nach dem 13. August gesehen habe, kann ich sagen, daß in der Zwischenzeit das Vertrauen bei unseren Leuten ganz erheblich gewachsen ist. Die Lethargie der ersten zwei, drei Tage ist sicher überwunden. Da gab es auch bei uns Leute, die sagten, wir müssen umschalten auf Frieden zwischen den Parteien, sie lehnten einen weiteren Wahlkampf ab. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, daß wir einmal unter dem Eindruck der Ungarn-Krise einen Kommunalwahlkampf eingestellt haben mit dem Erfolg, daß die Wahlen haushoch in die Scheunen der Sozialdemokraten gegangen sind. Darum ist auch sofort am Montag und Dienstag ein Fernschreiben an alle Landesverbände gegangen, in dem unsere Auffassung zur Fortsetzung des Wahlkampfes enthalten war. Seit Mittwoch und Donnerstag der vergangenen Woche habe ich niemand mehr gefunden, der nicht der Meinung war, daß der Wahlkampf jetzt mit aller Deutlichkeit wiederaufgenommen werden muß.

Ein Wort zu der berühmten Brandt-Fernsehübertragung – nicht mit Johnson – vom vergangenen Mittwoch vor dem Schöneberger Rathaus.[39] Ich bin von den verschiedensten Leuten quer durch die Bundesrepublik darauf angesprochen worden, daß der Betrachter dieser Fernsehsendung den Eindruck hatte, als würde er an die Zeit der Nazis erinnert. Diese Mittwoch-Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus ist nicht zugunsten von Brandt gelaufen, wohl die vom Sonntag[40], wo er zusammen mit Johnson auftrat.

Dann darf ich auf folgendes hinweisen; vielleicht ist das auch eine kleine Anregung für eine Wahlversammlung: Die Sozialdemokraten plakatieren landauf, landab ausschließlich einen Mann, nämlich Brandt. Es läßt sich geradezu großartig in den Versammlungen darlegen, daß wir die ganze Mannschaft plakatieren, während die SPD nur Willy Brandt zeigt. Offenbar will er sämtliche Ressorts besetzen, sonst ist bei ihnen niemand drin.

Aber die Plakatierung der FDP und der Sozialdemokraten ist ungleich intensiver, ich möchte sagen, sie ist gepflegter. Sie sind offenbar jede Nacht zugange, um nachzukleben und auszubessern, was Wind und Wetter und böse Buben beseitigt haben. Das wird alles jede Nacht in Ordnung gebracht. Ich bitte dringendst, daß sich jeder Landesvorsitzende der Plakatierung annimmt. Dabei ist nach meinem Dafürhalten

38 Nicht zu ermitteln.

39 Am 16. August hatten sich 250.000 Berliner zum Protest gegen die Abriegelung des Ostteils der Stadt vor dem Schöneberger Rathaus versammelt. Vgl. „Bonner Rundschau" und „Die Welt" vom 17. August 1961.

40 Am 20. August 1961. Vgl. FAZ, „Die Welt" sowie „Bonner Rundschau" vom 21. August 1961.

das Plakat vom Brandenburger Tor, das wir in diesen Tagen herausbringen, für uns hervorragend geeignet. Man sollte es stärker in den Vordergrund stellen.

Jetzt möchte ich aber zwei Fragen stellen. Ich habe bisher nicht geglaubt, daß zur DFU mehr Leute kämen als ein paar alte Kommunisten und einige wenige hoffnungslose Spinner. Ich bin aber sehr überrascht – ich habe kreuz und quer durch das Land eine ganze Portion Gespräche über die DFU hören können –, daß junge Menschen von dem Programm der DFU angesprochen werden. Das Programm spricht von Verhandlungen, lehnt Atomkriege ab usw. (*Weber:* Vor allem die Frauen werden davon angesprochen!) Ich frage deshalb einmal folgendes, weil ich diese Frage selber nicht ohne weiteres beantworten kann: Sollen wir jetzt herausgehen und die DFU als das entlarven, was sie ist? (*Zurufe:* Nein!) Dann macht man sie nämlich nur bekannt! Wenn man sie aber nicht anspricht, dann habe ich die Befürchtung, daß ein Teil derjenigen, die im Grunde genommen ein bißchen verwirrt sind, von ihr angezogen werden könnten; die notorischen Spinner und religiösen Schwärmer kriegen wir nicht weg. (*Zuruf:* Die DFU zieht Leute von der SPD weg, aber nicht von uns!) Verzeihung, ich habe zum Teil überraschende Dinge gesehen. Ich habe gesehen, daß junge Leute – es könnten Ihre und unsere Kinder sein – in der Richtung votieren. Wir sind in dieser zweischneidigen Situation. Die DFU – mein Fahrer nennt sie Die Freunde Ulbrichts – zieht damit das Volk auf ihre Seite. Ich wollte also diese paar Gedanken einmal vortragen.

Was ist mit der FDP? Die FDP führt einen ausgesprochen schlechten, einen innerlich, charakterlich schlechten Wahlkampf. Die Frage ist nur, wie es jetzt nach dem 13. August aussieht. Vorher war sie fraglos in mittelständischen Kreisen, bei Intellektuellen und bei den Bauern im Kommen. Wie ist es nun nach dem 13. August?

Ich möchte sagen, was Herr Mende über die Außenpolitik verzapft, ist geradezu grotesk. Was kann hier von uns aus gemacht werden, ohne die FDP noch kräftiger aufzuwerten? Wir haben bisher versucht, die Situation immer so darzustellen: Hier sind die einen, und dort sind die anderen; alles andere ist gleichgültig. Reicht das, oder muß man sich noch stärker mit der FDP auseinandersetzen?

Das sage ich vor allem aus einem Grunde. Herr Mende hat auf einer Pressekonferenz erklärt: „Mit der SPD – nein!" Diese klare Erklärung „Mit der SPD – nein!" bringt ihnen fraglos Chancen ein. Ich bin der Meinung, wir sollten genauso grob sagen: Solange die FDP sich so benimmt, solange sie diese Thesen vertritt, sagt die CDU: „Mit der FDP – nein!" Aber ich wäre dankbar, wenn man sich zu diesen angeschnittenen Fragen äußerte.

Dufhues: Herr Krone hat die Frage aufgeworfen, wie wir die Werbewirkung auffangen können, die von der sehr umfassenden Fernsehsendung Brandt–Johnson ausgegangen ist. Darauf habe ich nur eine ganz klare Antwort: Herrn Brandt angreifen, (*Zuruf:* Sehr richtig!) nicht mit dem berühmten „alias", sondern ihn als den ewigen Neinsager in allen großen Entscheidungen in der Außen- und Verteidigungspolitik herausstellen.

Krone: Damals waren es zehn Millionen Zuschauer. Sie erreichen in Ihren Versammlungen vielleicht 50.000 Leute!

Von Hassel: Das muß man dann auch im Rundfunk und im Fernsehen tun!

Dufhues: Da liegt unsere Aufgabe. Jeder unserer Redner hat die Aufgabe, nicht nur das Nein der SPD zu erwähnen, sondern immer zu sagen: „Diese Entscheidung der SPD und des Herrn Brandt". Es kommt entscheidend darauf an, Herrn Brandt als Neinsager abzustempeln, und zwar in allen Presseartikeln und allen Reden und Veröffentlichungen von Rundfunk und Fernsehen. Das ewige Nein des Herrn Brandt muß ihn unglaubwürdig machen für die Führung der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik. Das scheint mir entscheidend wichtig zu sein.

Herr Bundeskanzler, ich glaube, Sie sollten noch einmal unterstreichen, daß wir unseren Wahlkampf wesentlich vereinfachen müssen; wir dürfen ihn nicht zu akzentuiert führen. Man muß sich nicht mit jedem Argument auseinandersetzen, sondern man muß sich auf die Schwerpunkte konzentrieren.

DFU! Herr von Hassel, Ihre Ausführungen erinnern mich ein wenig an Überlegungen, die wir vor mehreren Jahren hinsichtlich der GVP des Herrn Heinemann angestellt haben. Auch damals herrschte große Unruhe. In vielen Versammlungen waren junge Leute für die GVP aufgetreten. Wir glaubten, die GVP würde ein großer Erfolg werden. Sie blieb unter einem Prozent. Nach meinem Dafürhalten hat die DFU nicht im entferntesten die Chance, die 5 % zu erreichen. Sie wird nach meinem Gefühl vielleicht 3 % erreichen.[41] Wir sollten gegen die DFU nichts tun. Wir sollten sie nicht als kommunistisch verdächtigen, sondern wir sollten sie in Ruhe arbeiten lassen. Sie zieht einen großen Teil der unzufriedenen SPD-Leute ab. Das liegt durchaus in unserem Interesse. Deshalb sollten wir auf die DFU nicht eingehen. Ich sehe nicht die Gefahr, daß einige Abgeordnete für die DFU in den Bundestag einziehen und dort das Stimmenverhältnis beeinflussen.

Zur FDP! Ich wiederhole, was ich schon einmal angeregt habe. Die letzten Erklärungen des Herrn Mende geben uns durchaus die Möglichkeit, die FDP dahin zu verdächtigen, daß sie auch bereit ist, mit der SPD eine Koalition einzugehen. Herr Mende hat sogar die große Koalition verlangt. Mit diesem Argument haben wir seinerzeit die FDP in Nordrhein-Westfalen entscheidend geschwächt; wir haben sie von 25 auf 15 Mandate heruntergebracht. Dafür sind die Wähler sehr empfänglich. Wir sollten also sagen, daß die FDP durchaus bereit und gewillt ist, auch mit der SPD eine Koalition einzugehen.

Um das alles wirksam werden zu lassen, ist eine sehr viel intensivere Tätigkeit und eine viel bessere Vorbereitung der Versammlungen notwendig. Herr Fricke, was ich zum Teil in Niedersachsen erlebt habe, war keineswegs gut. (*Fricke:* Sagen Sie

41 Die DFU erreichte 1,8 % der Erst- und 1,9 % der Zweitstimmen. Vgl. FISCHER 1 S. 15f.

bitte Braunschweig[42]!) Gut! Außerdem ist die Zusammenarbeit mit der Presse bei diesen Versammlungen nicht hinreichend vorbereitet. Die Versammlungen erhalten ihren Wert vor allem durch die Presseveröffentlichungen. Hier ist manches versäumt worden.

Wir sollten auch versuchen, die Parolen der SPD gegen sie selber zu kehren. Ich weiß nicht, ob Sie diese denkwürdige Schrift gelesen haben, die einige „Intellektuelle" über die SPD anläßlich des Parteitages in Nürnberg verbreitet haben. Sie ist im Rowohlt-Verlag unter dem Titel erschienen: „Die Alternative oder brauchen wir eine neue Regierung?" Dort schreibt z.B. ein Schriftsteller Enzensberger[43]: „Sie" – die Opposition – „biedert sich bei ihren Feinden an, sie ist zahm, sie apportiert und macht Männchen. Ein Anblick, zugegeben, der nicht eben erhaben, ein Anblick, der salzlos, langweilig, medioker ist."[44] Trotzdem entscheidet er sich aber für die SPD! Warum bringen wir so etwas nicht vor unsere Wähler? Ein Schriftsteller, Peter Rühmkorf[45], schreibt in demselben Band: „Die" – auch wieder die SPD – „ihre neuerlich vornehmste Aufgabe in der Selbstaufgabe sieht, ihre besten außen- und innenpolitischen Programmpunkte über Bord gehen ließ, die Flinte ins Korn warf, dafür bereits nach Atomwaffen fingert und allen Ernstes glaubt, das Wahlvolk werde es ihr lohnen und weltanschaulichen Wackelpeter als Götterspeise preisen."

Mit solchen Äußerungen ihrer eigenen Veröffentlichungen sollten wir die SPD abwerten und sie lächerlich machen. Lächerlichmachen ist eine sehr gute Waffe. Unsere Presse- und Informationsdienste haben diese Waffe bisher ungenutzt gelassen.

Jochmus: Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß sich augenblicklich nur die SPD für Berlin einsetzte, sollten auch wir etwas Praktisches tun, wozu ich zwei Anregungen geben möchte.

Die Berliner haben jetzt für die Benutzung der Berliner Verkehrsbetriebe mehr zu zahlen als vorher auf der S-Bahn. Ich habe heute morgen wegen dieses Problems schon mit Frau Berger[46] telefoniert. In der heutigen Ausgabe der „B.Z." hat gestanden[47],

---

42 In Braunschweig hatten sich die CDU-Bundestagsabgeordneten aus den Regierungsbezirken Hildesheim und Lüneburg sowie aus dem Land Braunschweig den Fragen der örtlichen Presse gestellt. Initiiert worden war dies durch den CDU-Landesvorsitzenden Dr. Otto Fricke. Vgl. „Niedersachsen Zeitung" vom 31. August 1961.

43 Hans Magnus Enzensberger (geb. 1929), deutscher Schriftsteller; 1960–1961 Verlagslektor bei Suhrkamp in Frankfurt/M.

44 Zitat in Martin Walser (Hrsg.): Die Alternative oder brauchen wir eine neue Regierung? Hamburg 1961 S. 66.

45 Peter Rühmkorf (geb. 1929), deutscher Schriftsteller; 1958–1964 und 1966–1967 Lektor bei Rowohlt, seit 1964 freier Schriftsteller. – Zitat in Martin Walser (Anm. 44) S. 50.

46 Lieselotte Berger (1920–1989), 1958–1959 Referentin in der Landesgeschäftsstelle der Berliner CDU, 1959–1963 Referentin beim Bürgermeister von Berlin (Senatskanzlei; seit 1960 Persönliche Referentin), 1971–1989 MdB (CDU); 1987 Parl. Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin.

47 Wegen der Unterbrechung der S-Bahn-Verkehrs in Berlin durch die Absperrungsmaßnahmen an den Sektorengrenzen wurde das neue auf West-Berlin beschränkte geschlossene U-Bahn-

man habe ausgerechnet, daß die Bundesregierung 40 Millionen DM pro Jahr geben müßte, wenn man die Fahrten der Berliner Verkehrsbetriebe um 10 Pfennig verbilligen wollte. Könnte man das nicht tun, um den Berlinern so eine Unterstützung zu geben? Sie würden dadurch den Boykott der S-Bahn leichter aufrechterhalten können. Das wäre eine gute Sache.

Von dem Präsidenten der sowjetzonalen Reichsbahn, Arndt[48], ist gesagt worden, man solle mit diesem Boykott vorsichtig sein. Die Gleisanlagen der S-Bahn seien mit den Gleisanlagen für den Interzonenverkehr verknüpft. Frau Berger meint mit Recht, das treffe dann auch den Interzonenhandel; sie würden sich wohl hüten, auch den Interzonenhandel zu gefährden. Deshalb brauchte man darauf vielleicht nicht Rücksicht zu nehmen.

Die zweite Möglichkeit! Die Berliner Verkehrsbetriebe brauchen mehr Omnibusse, um den Verkehr bewältigen zu können. Von uns aus sollten entweder unsere Länder angeregt werden, welche zu stiften, oder man sollte an die Industrie herantreten. Auf diese Weise könnten Berlin vielleicht mehr Omnibusse zur Verfügung gestellt werden.

Wir hatten eigentlich auch vorschlagen wollen, schnellstens noch eine Vorstandssitzung der CDU in Berlin abzuhalten, nachdem die heutige dort nicht stattgefunden hat. Ich sehe aber ein, daß dadurch unter Umständen Ereignisse beschleunigt werden könnten, die wir nicht wünschen. Ich will deshalb diesen Vorschlag nicht so unbedingt aufrechterhalten. Aber die beiden anderen könnte man vielleicht doch erwägen.

Lorenz[49]*:* Als Berliner möchte ich auch einige Worte sagen. Die Diskussion im Vorstand dreht sich im wesentlichen um die Frage der Weiterführung des Wahlkampfes. Das Hauptthema ist nicht die Besprechung der Lage, um daraus politische Folgerungen zu ziehen. Ich will jetzt nicht eine Fülle von Ausführungen darüber machen, was sich aus unserer Sicht aus dieser Situation ergibt. Ich nehme an, daß darüber in Kürze wohl noch einmal gesprochen werden muß. Ich will mich nur auf einige wenige Bemerkungen beschränken.

Ich darf zunächst einmal unseren ersten Vorsitzenden Bürgermeister Amrehn entschuldigen, der bei der derzeitigen Situation in Berlin, wo jede Stunde etwas Neues passiert, nicht in der Lage ist, Berlin zu verlassen.

Netz vorzeitig Ende August in Betrieb genommen. Die Gelder für den Bau hatte der Bund zur Verfügung gestellt. Vgl. „Der Tag" vom 25. August 1961.

48 Otto Arndt (geb. 1920), 1951–1961 Vizepräsident der Reichsbahndirektion Dresden und Halle, 1961–1964 Präsident der Reichsbahndirektion Berlin, 1964–1970 Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen und erster Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, ab 1970 Minister für Verkehrswesen der DDR und Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn.

49 Dr. Peter Lorenz (1922–1987), 1946–1949 und ab 1958 im Vorstand der CDU Berlin, 1961–1965 und 1967–1969 stv. Landesvorsitzender, 1954–1976 und 1980–1987 MdA (CDU), 1975–1980 Präsident des Abgeordnetenhauses, 1976–1978 und 1980–1987 MdB, 1982–1987 Parl. Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Ich glaube, es ist wichtig, daß Sie wissen, wie die Stimmung der Berliner und der Berliner CDU nach diesen Ereignissen ist. Der Einschnitt des 13. August hat die tiefste psychologische Wirkung hervorgerufen, die seit 1945 – einschließlich des 17. Juni – in Berlin hervorgerufen werden konnte, und zwar aus zwei Gründen. Die Berliner sind nun praktisch – was während der Berliner Blockade und nach dem 17. Juni nicht der Fall war – absolut voneinander getrennt. Die Familien können sich nicht mehr besuchen, sie können sich nicht mehr sehen, nicht mehr miteinander telefonieren, sondern höchstens noch schreiben. Es ist eine Fülle von persönlichen Katastrophen passiert, die den Leuten deutlich vor Augen geführt hat, daß sie in einer Art Gefängnis sitzen, in einer ganz deutlich belagerten Festung. Dieser Schock hat psychologische Reaktionen hervorgerufen.

Das Zweite ist die Tatsache, daß nicht sichtbar reagiert werden konnte, will ich mal sagen. In mancher Beziehung ist das den Berlinern doch unter die Haut gegangen; ich muß das so sagen. Das ist auch heute noch nicht beendet. Die Berliner haben – Herr Bundesminister Strauß kann vielleicht mit Recht sagen, fälschlicherweise oder illusionärerweise – nach den ganzen Garantieversprechungen und nach den Erklärungen, wie man für Berlin und zu Berlin stehe und was man vorbereite, bisher immer angenommen, daß es den Alliierten möglich wäre, den Status von vor zwei Wochen bis zu einer endgültigen Klärung der deutschen Frage im wesentlichen aufrechtzuerhalten. Durch diese Situation haben sie gesehen, daß das den Alliierten nicht möglich ist. Die Berliner nehmen nun an, daß die Alliierten auf so etwas nicht vorbereitet waren oder daß unter den Alliierten keine Einigkeit herrscht bzw. man in einem solchen Falle keine echten Gegenmaßnahmen treffen würde. Die Berliner sahen sich als von der ganzen Welt verlassen an. Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone sind ja bisher nicht nur deshalb geflohen, weil sie Ulbrichts Machenschaften entgehen wollten oder die weiteren Konsequenzen von Chruschtschows Drohungen befürchteten. Sie haben mit der ungeheuren Steigerung der Flüchtlingszahlen ihr mangelndes Vertrauen in die Westmächte zum Ausdruck gebracht, das Tor offenzuhalten. Die haben das Vertrauen schon längst nicht mehr gehabt, während die Westberliner bis zum 13. August – vielleicht fälschlicherweise oder illusionärerweise – diese Vorstellung noch hatten.

Dieser Vertrauensschwund und die Tatsache des Auseinanderreißens der Familien hat zunächst zu einer sehr schlechten Stimmung geführt, die mit der Feststellung umrissen werden kann: „Wir sind von der Welt verlassen. Versprechungen nützen im Grunde genommen nichts. Wir können nicht auf uns allein gestellt weitermachen." Dazu kam dann, was in der westlichen Presse, insbesondere in der englischen Presse, geschrieben wurde. Man konnte dort fast eine Erleichterung darüber spüren: „Gott sei Dank, jetzt ist eine Mauer dazwischen. Irgendwelche wilden Geschichten zwischen den Deutschen können jetzt nicht mehr passieren. Die Kriegsgefahr ist beseitigt."

Das wesentliche nationale Anliegen unseres Volkes ist damit mehr oder weniger für unabsehbare Zeiten von unseren Verbündeten endgültig ad acta gelegt worden. Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen Artikel verweisen, der in diesen

Tagen in der „Times", glaube ich[50], stand. Darin wurde unter anderem gesagt, daß die westlichen Außenminister in absehbarer Zeit zusammenkommen würden und bestimmte Beschlüsse fassen müßten. Die westdeutsche Meinung solle das endgültige Verschwinden einiger der Illusionen mutig akzeptieren, die in den vergangenen Jahren sorgfältig genährt worden seien. Es folgen dann Bemerkungen bezüglich der Überwindung der Teilung Deutschlands. Alles das solle aber für unbestimmte Zeit akzeptiert werden. Zum Schluß meint man, daß man ein paar freundliche Gesten machen müßte.

Ich bitte, in diesem Zusammenhang eines nicht zu verkennen. Es mag sein, daß der Johnson-Besuch und die demonstrative Verlegung von 1.500 amerikanischen Soldaten nach Berlin faktisch an der Berliner Situation nichts geändert haben. Psychologisch waren sie für Berlin fast existentiell notwendig. Gefühle sind manchmal auch Realitäten. Der Johnson-Besuch und dieser Umzug der 1.500 amerikanischen Soldaten in Berlin haben einen Tiefpunkt der Stimmung in Berlin aufgefangen.

Geblieben ist ein gewisses, ich möchte nicht sagen Mißtrauen, aber doch mangelndes Vertrauen in mancher Beziehung, das man wiederherzustellen versuchen muß. Man hätte erwartet, daß eine gewisse Reaktion von seiten der Bundesregierung und der führenden Stellen des Bundes schneller erfolgte. Nun kann man darüber streiten, ob ein Erscheinen des Bundeskanzlers am Montag an der faktischen Situation etwas geändert hätte. Dort, wo die Berliner sich von den westlichen Schutzmächten im Stiche gelassen fühlten, erwarteten sie, daß in diese Lücke sozusagen die Bundesregierung hineinströmen würde und alles tun würde, um die Verbundenheit zu zeigen.

Nun will ich keine weiteren rückschauenden Betrachtungen anstellen. Ich meine jedoch, daß die Situation in Berlin noch nicht zu Ende ist. Es bedarf auch heute noch dringend des Zuspruchs und des dauernden Beweises der deutschen Zusammengehörigkeit. Das ist besonders deshalb notwendig, weil uns die Teilung doch immer wieder vor Augen führt, daß unser nationales Anliegen nicht zu verwirklichen ist; und dadurch werden tragische menschliche Konflikte und Situationen geschaffen.

Wir hätten es außerordentlich begrüßt, wenn diese Sitzung in Berlin hätte stattfinden können. Es sind einige Gegengründe angeführt worden. Wir würden es jedoch sehr begrüßen, wenn es doch noch möglich wäre, daß in nächster Zeit möglichst viele Repräsentanten unserer Partei und unseres Staates Gelegenheit nehmen würden, nach Berlin zu kommen. Das braucht nicht für lange Zeit zu sein. Es ist aber sehr instruktiv für jeden, der das noch nicht erlebt hat. Es sollte jeder einmal sehen und erleben, wie sich das praktisch auf die Menschen auswirkt. Damit helfen Sie den Berlinern, und Sie schaden nicht dem Wahlkampf. In dieser Situation wäre es ganz gut, wenn der deutschen Öffentlichkeit klar und deutlich gemacht würde, daß Berlin keine Domäne der SPD ist und daß Berlin nicht nur durch Herrn Brandt repräsentiert wird.

---

50 In der „Times" zwischen dem 19. und 25. August nicht eindeutig nachweisbar.

Die Berliner CDU hat sich der allgemeinen Enttäuschung der Masse der Berliner angeschlossen. Wir haben morgen eine Sitzung, von der wir hoffen, daß möglichst viele Bundestagsabgeordnete dabei sind, wo wir eine Aussprache über diese Fragen herbeiführen wollen. Ich kann nur dringend bitten, folgendes zu berücksichtigen: Die Berliner sehen das, was nach dem 13. August gekommen ist, als eine ernsthafte nationale Tragödie an, die sie persönlich in höchstem Maße betrifft. Helfen Sie mit uns gemeinsam, diesen Eindruck in Berlin zu überwinden und den Eindruck zu vermitteln, daß nur eine gemeinsame Politik und ein gemeinsames Zusammenstehen aus dieser Situation herausführen können.

Von Brentano: Ich möchte nur ein paar Worte antworten. Wir haben selbstverständlich Verständnis für eine Reaktion der Sorge und der Angst. Ich habe auch Verständnis dafür, daß man in Berlin ein wenig ungeduldig war.

Ich möchte jedoch – ich bitte, nicht mißverstanden zu werden – auch unsere Freunde von der CDU in Berlin bitten, sich nicht völlig in das Fahrwasser von Brandt zu begeben. Ich glaube, die CDU in Berlin hat etwas gutzumachen. Sie zitieren einen Artikel aus der „Times". Sie meinen, daß, wenn irgendwo in einer Zeitung der Welt etwas steht, was mit unseren Vorstellungen nicht übereinstimmt, man die Verbündeten anklagen müßte. Haben Sie den Eindruck, daß die deutschen Zeitungen immer die Regierungspolitik vertreten haben?

Warum sage ich denn das? Das, was in der „Times" steht, ist weniger, als der Deutschlandplan gewollt hat, der die Billigung von Brandt gefunden hat. Warum läßt man zu, daß Brandt im Bundestag nach der Erklärung des Bundeskanzlers eine Rede hält, die an Infamie und Frechheit nicht übertroffen werden kann?[51] Warum wehrt sich die CDU in Berlin nicht dagegen? Warum verlangt sie nicht, daß in einer solchen Erklärung auch das erwähnt wird, was die Bundesregierung zwölf Jahre lang für Berlin getan hat, wodurch Berlin heute noch so dasteht? Warum wehrt sich die CDU in Berlin nicht dagegen, daß Brandt in Berlin drei, vier Reden vor Johnson gehalten hat, in denen das Wort „Bundesregierung" überhaupt nicht vorkam? Ist es nicht eine Unverschämtheit, vor der Weltöffentlichkeit zu behaupten, die Freundschaft zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk sei in Berlin geschlossen worden? Sie ist geschlossen worden durch die Politik des Bundeskanzlers, die die Partei des Herrn Brandt und er selber bis vor einem Jahr leidenschaftlich bekämpften.

Ich habe diese Dinge in jeder Versammlung gesagt, und ich scheue mich nicht, jeden Tag aggressiver zu werden. Es geht nicht an, daß wir uns in einer falschen Loyalität gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin die Sicht vernebeln lassen. Auch in Berlin sollte man sichtbar unterscheiden zwischen dem Regierenden Bürgermeister und dem SPD-Kandidaten Willy Brandt, der zwölf Jahre lang die Politik zu verhindern suchte, die er heute beschwört. Man sollte Herrn Brandt sagen, daß es einfach eine Lüge ist, wenn er sich heute hinstellt und klatscht, wenn 1.500 Amerikaner einmarschieren. Hat er nicht alles dagegen getan, hat er nicht selber noch

51 18. August 1961 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9773–9777).

erklärt, wir müssen aus der NATO raus, die Wehrpflicht wird abgeschafft, und dann ist es aus mit dem Bündnis? Hat er sich nicht mit seiner Partei für eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen? Hat er nicht selber den Deutschlandplan vertreten? Ist es nicht ein Schwindel, was die Leute sich heute noch leisten? Da tritt Herr Behrisch[52] im Bundestag auf, und dann kommt Herr Neubauer[53] und beschimpft Herrn Behrisch, weil er jetzt der Deutschen Friedens-Union angehört. Als Herr Behrisch noch der SPD angehörte und die erschreckenden Ereignisse von Ungarn verteidigte, hat die SPD fein säuberlich geschwiegen.

Ich glaube, wir müssen in diesen Dingen etwas aggressiver werden. Es darf nicht so sein, daß das Wort „Berlin" ein Tabu wird und daß auf diese Weise verhindert wird, daß wir uns in eine politische Auseinandersetzung mit Herrn Brandt begeben. Brandt tritt hier nicht als Regierender Bürgermeister auf, sondern er wird von der SPD als der Kandidat herausgestellt, den man als Bundeskanzler präsentieren will. Deshalb können wir ihn nicht als Berliner Bürgermeister schonen, sondern wir müssen ihn als politischen Gegner angreifen.

Meyers: Zur DFU nur einige Worte! Ich würde meinen, eine derartige Partei sollten wir in unseren Erörterungen nicht erwähnen. Wir müssen dabei auch folgendes bedenken: Sie ist die größte Sorge der SPD. Das geht so weit, daß in einer Hochburg der SPD wie in Bielefeld, wo ich vorgestern war, in der vorigen Woche eine SPD-Versammlung in eine Wahlkundgebung umorganisiert werden mußte, weil die SPD massive Angriffe der DFU zu befürchten hatte. Ich habe gerade gestern einen Anruf bekommen, wo gefragt wurde, warum der Innenminister die DFU nicht verbiete. Das tut dieselbe SPD, die uns angriff, als wir Frau Riemeck[54] ihres Postens enthoben haben. Wir sollten hier genauso verfahren wie damals mit der Partei von Herrn Heinemann. Ich persönlich glaube, daß die DFU 3,5 bis 4 % bekommt. Das ist wahltechnisch gesehen nur erfreulich.

Nun noch etwas zu dem Problem Berlin! Ich wollte dem Vorstand einmal die Frage vorlegen, die an mich herangetragen worden ist: Soll die letzte Bundesratssitzung am 8. September in Berlin stattfinden oder nicht? Ich habe mit dem Herrn Bundeskanzler darüber schon nach der Bundestagssitzung gesprochen. Ich wollte aber diese Frage, weil sie für die ganze Entwicklung der Lage eine Bedeutung haben kann, noch einmal dem Vorstand vorgelegt haben und die Entscheidung nicht von mir aus treffen.

---

52 Arno Behrisch (1913–1989), 1946–1949 MdL Bayern (SPD), 1949–1961 MdB (Februar 1961 Parteiaustritt, dann als Mitglied der DFU fraktionslos).

53 Kurt Neubauer (geb. 1922), 1952–1963 MdB (SPD), 1963 Senator für Jugend und Sport des Landes Berlin, 1967–1977 MdA.

54 Dr. Renate Riemeck (geb. 1920), Juli 1960 Entlassung aus der Prüfungskommission für die von ihr ausgebildeten Lehramtsanwärter, 1960 erste Vorsitzende des deutschen Zweigs der Internationale der Kriegsdienstgegner, 1960/1961 Mitbegründerin und 1961–1964 Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedens-Union (DFU).

Johnen: Der Senator für Jugend und Sport in Berlin[55] hat alle Landtage angeschrieben, die Jugendausschüsse der Landtage nach Berlin zu schicken. Die Landtage von München und Stuttgart haben mich gebeten, heute diese Frage aufzuwerfen und gleichzeitig zu überlegen zu geben, ob es unter Berücksichtigung der auswärtigen Politik richtig ist, daß alle Landtagspräsidenten zusammen oder einzeln ostentativ nach Berlin fahren. Unter Berücksichtigung dessen, was Herr Strauß gesagt hat, ist das zu verneinen. Kollege Lorenz fordert uns nun auf, im Interesse der CDU doch nach Berlin zu kommen. Die Gewerkschaften haben auf die SPD-Landtagskollegen eingewirkt, dafür zu sorgen, daß eine Fahrt der Präsidenten und aller Fraktionsvorsitzenden nach Berlin stattfinden soll. Ich bin gebeten worden, hier zu klären, ob wir es im Sinne der Politik des Herrn Bundeskanzlers für richtig halten, einer solchen Fahrt näherzutreten.

Adenauer: Ich möchte dazu einige Worte sagen. Nehmen Sie bitte eine Karte von Deutschland und sehen Sie sich darauf bitte einmal an, wie Berlin von allen Seiten von der Zone umschlossen wird, die von der SED und den Russen beherrscht wird. Machen Sie sich einmal in aller Ruhe klar, daß jede Abschnürung Berlins von uns den Untergang Berlins bedeutet. Sie müssen sich völlig darüber im klaren sein, daß, wenn die Abschnürung kommt, der Auszug aus Berlin, der Auszug der Wirtschaft aus Berlin losgeht.

Die Berliner Wirtschaft macht mir überhaupt die größten Sorgen, nicht wegen des Mangels an Aufträgen, sondern wegen des Mangels an Arbeitskräften. Der Berliner Senat nimmt diese Sache nach meiner Meinung viel zu leicht. Ich habe in der Senatssitzung die Rede darauf gebracht.[56] Man hört dies und man hört jenes. Ich habe Herrn Brandt und Herrn Amrehn dringendst gebeten, dieser Frage die größte Bedeutung beizumessen. Berlin hat durch diese Abschnürung 62.000 Arbeitskräfte verloren. Wie soll Berlin die ersetzen? Ich glaube nicht – im Senat wurde diese Meinung geäußert –, daß man so leicht Arbeiter aus der Bundesrepublik nach Berlin bekommt. Man hat auch davon gesprochen, man wolle ausländische Arbeiter bekommen. Auch da glaube ich nicht an den Erfolg.

Was folgt daraus? Daraus folgt, daß man die Berlin-Sache nicht hochspielen soll. Betrachten Sie das bitte nicht als Feigheit oder als mangelndes Nationalgefühl, sondern sehen Sie das unter dem Gesichtspunkt der Sorge um Berlin an; die bewegt mich.

Ich habe auch bei dem, was die Amerikaner getan haben, das Gefühl – das Gefühl scheint jetzt auch in Washington zu sein –, daß man etwas zu weit gegangen ist. Die Russen – machen wir uns das doch klar – haben Berlin in der Hand, sie umgeben Berlin von allen Seiten. Lassen wir sie nicht provozieren. Sie sind nun mal am stärkeren Hebel, daran ist gar nicht zu zweifeln. Sie sind viel rücksichtsloser, und

55 Ella Kay (1895–1988), 1955–1962 Berliner Senatorin für Jugend und Sport, 1958–1968 MdA (SPD).

56 Adenauer nahm am 22. August 1961 an einer Sondersitzung des Berliner Senats teil (TERMINKALENDER).

das Bündnis von Demokratien funktioniert naturgemäß sehr viel langsamer und sehr viel schlechter als der Wille eines Diktators. Sie, meine Damen und Herren, müssen sehen, wie die Lage von Berlin wirklich ist. Deshalb bin ich auch nicht dafür, daß der Bundesrat jetzt nach Berlin geht. (*Weber:* Ich auch nicht!)

Nehmen Sie die letzte Note, die gestern gekommen ist[57], wo doch behauptet wird, der freie Luftverkehr nach Berlin werde nur dazu benutzt, um dort Unruhe usw. zu schaffen. Warum sollen wir das dann noch tun? Lassen wir lieber den Berlinern z.B. durch das helfen, was Frau Jochmus gesagt hat. Wir haben das alles schon erwogen. Herr Krone wollte gleich mit den Herren aus Berlin über diese Frage sprechen, damit wir den Arbeitern durch besondere Zahlungen bei ihren Wochenkarten Erleichterungen verschaffen können. Lassen Sie uns also an solche Sachen denken.

Denken Sie, meine Freunde aus Berlin, doch bitte daran, daß die eigentliche Prüfung für West-Berlin und damit auch für uns noch kommt und daß wir unsere Nerven nicht vorzeitig strapazieren wollen. Nehmen Sie bitte von mir folgendes an – ich bin doch jetzt zwölf Jahre hier letzten Endes verantwortlich: In all den Dingen ist die Frage der Nerven entscheidend und nicht die Frage des Gefühls. Sein Gefühl muß man in der Politik zurücktreten lassen, wenn es nötig ist, und man muß seinen Verstand fragen. Das ist doch das Wichtigste, meine lieben Freunde aus Berlin.

Was Herrn Brandt angeht, so möchte ich folgendes sagen: Ich war in der Senatssitzung. Er hat da eine Rede gehalten, nicht irgendwie mich oder sonstwen angegriffen. Aber in der ganzen Rede war nicht so viel von realen Vorschlägen drin. Gar nichts! Worte, Worte, die mit tönender Stimme wie von einem Prophet vorgetragen worden sind. Ich habe Herrn Amrehn auf die wirtschaftliche Lage hin angesprochen. Herr Brandt versteht ja leider von den wirtschaftlichen Fragen gar nichts. Ich bitte auch Sie, meine Herren von Berlin, denken Sie an die wirtschaftlichen Fragen. Die Aufträge kommen herein, aber die Wirtschaft muß Arbeitskräfte haben und Rationalisierungsmaßnahmen treffen. Das ist jetzt das Wesentliche.

Ich habe im Senat gefragt: Wie viele Leute aus dem Ostsektor von Berlin sind bei Siemens und wie viele bei AEG beschäftigt? Es wurde mir gesagt, bei jedem der beiden Konzerne etwa 4.000 Mann; aber man hoffe, daß man durch Rationalisierungsmaßnahmen diese 4.000 Mann einsparen könne. Gott gebe seinen Segen dazu. Das ist nicht so leicht, selbst wenn die Rationalisierung bisher zurückgeblieben ist. Eine Rationalisierung, um 4.000 Arbeitskräfte zu sparen, ist eine sehr komplizierte Sache, die sehr genau überlegt werden muß und nicht von heute auf morgen dasteht.

Das allerschlimmste wäre, wenn Berlin langsam anfinge, wirtschaftlich auszubluten. Darauf müssen wir uns konzentrieren. Zweitens müssen wir – damit komme ich auf das zurück, was Herr Johnen und Herr Meyers gesagt haben – dafür sorgen,

57 Druck der gleichlautenden Sowjetnote an die drei Westmächte vom 23. August 1961 in BULLETIN vom 26. August 1961 S. 1531.

daß den Russen gar keine Handhabe geboten wird, noch weitere Maßnahmen zu treffen, die sie jederzeit treffen können.

Wenn es wirklich zum Krieg kommt, dann wird Berlin das erste Opfer dieses Krieges werden. Mir läuft es bei dem Gedanken an einen Krieg wirklich den Rücken runter, weil ich daran denke, daß das erste Opfer des Krieges Berlin sein wird, und dann wird Deutschland folgen. Wenn Berlin und Deutschland aus der Welt sind – betrachten Sie das, was ich jetzt sage, nicht als ein Mißtrauen gegenüber unseren Verbündeten –, dann ist eines der Hauptstreitobjekte zwischen dem Westen und dem Osten aus der Welt, und dann ist eine Einigung zwischen Ost und West vielleicht möglicher als jetzt. Aber, Berlin ist weg, Deutschland – einschließlich der Zone – ist weg, alles ist weg.

Darum meine herzliche Bitte an Sie: Betrachten Sie alles das, was ich gesagt habe, unter dem Gesichtspunkt, mit heißem Herzen, aber mit kühlem Kopf. Die Lage Berlins ist so gefährdet, daß der Kopf nicht kühl genug sein kann.

Strauß: Zur DFU! Ich glaube, man muß die Dinge in größerem Zusammenhang sehen. Die DFU erfüllt eine heilsame Funktion; ich verschweige sie nicht. Ich sage, die Parolen der DFU von 1961 sind die Parolen der SPD von 1957. Der SPD-Wähler von 1957 muß sich 1961 als zum Narren gehalten vorkommen, wenn er hört und sieht, daß die Parolen der Partei, die er 1957 gewählt hat, im Jahre 1961 nach Meinung der SPD durch ein Verbot der DFU beseitigt werden sollen.

In dem Zusammenhang meine ich, daß die DFU den Gesundungsprozeß zu einer vernünftigeren Entwicklung der Sozialdemokratie einleiten könnte, indem die DFU das darstellt, was früher die USP[58] war. So kommt es vielleicht zu einer inneren Klärung in der Sozialdemokratie. Nach dem ganzen Wahlrummel scheiden sich dann vielleicht die, mit denen man wenigstens vernünftig sprechen und möglicherweise auch zusammenarbeiten kann, von denen, mit denen man aufgrund ihrer radikalen pazifistischen und linksextremen Einstellung einfach nicht sprechen kann.

Adenauer: Ich habe dieser Tage ein Wort von Carlo Schmid gelesen, der vor einigen Jahren einmal gesagt hat: „Ziehen wir nicht so über die SED her; denken wir daran, daß da auch deutsche Patrioten sind."[59]

Strauß: Die DFU vertritt 1961 die Parolen, die die SPD 1957 aufgestellt hat. Die SPD versucht 1961, die Wähler zu täuschen. Um die Spuren zu verwischen, schreit die SPD nach einem Verbot der DFU. Man müßte der Öffentlichkeit einmal klarlegen, daß die SPD – reprojiziert auf 1957 – damit eigentlich ihr Selbstverbot beantragt.

Noch ein Wort zu Berlin! Ich bin nach wie vor sehr unglücklich darüber, daß Johnson zusammen mit der Ankunft der 1.500 Mann amerikanischer Truppen dazu beigetragen hat, das Berlin-Problem zum Hauptthema des Wahlkampfes zu machen,

---

58 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die 1949/1950 in West-Berlin entstand als Versuch, neben SPD und KPD eine von den Besatzungsmächten unabhängige sozialistische Bewegung zu sein. Vgl. Stöss 2 S. 2361–2380.

59 Am 8. August 1961 (AdG 1961 S. 9276).

und zwar im Sinne einer einseitigen Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei. Darauf bauen nun Herr Brandt und die SPD ihren ganzen Wahlkampf auf.

Ich bin sachlich auch der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler mit seiner Anwesenheit in Berlin nicht viel ausgerichtet hätte. Im Gegenteil! Ich bin aber politisch der Meinung, daß er mit Johnson hätte hingehen sollen und daß das amerikanische Veto gegen seinen Besuch mit Johnson an sich eine Impertinenz darstellt. Wenn sich Herr Johnson mit Herrn Brandt hinstellt, dann hat der deutsche Bundeskanzler mehr Recht, sich mit Johnson hinzustellen. Darüber gibt es für mich keinen Zweifel.

In der letzten Sitzung des NATO-Rates[60] hat Norstad klar und offen erklärt, daß er vor der Durchführung der militärischen Sondermaßnahmen durch die Hauptverbündeten nicht in der Lage sei, die geringste Aktion auch nur zu riskieren. Er hat herausgestellt, daß er nicht in der Lage sei, seine Verteidigungsaufgabe zu erfüllen, solange er nur über die gegenwärtige militärische Stärke verfüge. Dabei hat er hinzugefügt, daß der militärische Aufbau beschleunigt werden müsse. Der kleinste Schritt könnte zu einer Aktion führen, der wir nicht gewachsen wären. Die NATO rechnet mit einer Zuspitzung des Konfliktes um das Jahresende herum. Wir haben allen Grund zu befürchten, daß die Zuspitzung des Konfliktes kommen wird. Der Westen baut seine militärischen Maßnahmen nur sehr behutsam auf, um an den Verhandlungstisch zu kommen und um Verhandlungen nicht den Weg zu verbauen. Wenn die gegenwärtige Stärke und die Stärke der nächsten Monate nicht ausreichen, auch nur kleinste Aktionen zu riskieren, bleibt uns nichts anderes übrig, als auf Zeitgewinn zu spielen und den Sowjets jeden Vorwand zu nehmen, die Krise zu beschleunigen. Ich könnte mehr dazu sagen, aber ich glaube, der Charakter der Nachrichten ist so.

Noch ein Wort zu den USA! Eigentlich müßten die USA jetzt eine Wiedergutmachung für uns im Wahlkampf leisten. Die amerikanische Regierung müßte etwas tun: eine Äußerung oder eine Dokumentation vorlegen, aus der hervorgeht, daß die Politik der Bundesregierung das deutsch-amerikanische Bündnis begründet hat und daß sie infolge dieses Bündnisses zu den Verpflichtungen für Berlin stehen. Wenn Johnson schon Brandt die Möglichkeit gegeben hat, sechs Stunden am Fernsehen vor zehn Millionen Menschen Wahlkampf zu machen – unter dem Vorwand Berlin –, dann bricht den Amerikanern keine Perle aus der Krone, wenn sie vor den Wahlen, noch völlig unabhängig vom Wahlkampf, politisch unparteiisch in einer feierlichen Erklärung zum Ausdruck bringen, daß die gemeinsame Politik die gemeinsame Sicherheit begründet. Daß wäre jetzt nicht zuviel verlangt, Herr Bundeskanzler. Da soll auch Herr Dowling[61] mal antreten, dem ich ohnehin von Tag zu Tag weniger traue. Dazu sollten sich auch die Herren in Washington einmal bereit erklären.

---

60 Nicht ermittelt.

61 Walter C. Dowling (1905-1977), 1959–1963 amerikanischer Botschafter in Bonn. Vgl. Nr. 11 Anm. 73.

Weber: Ein Wort über die Frauen! Ich habe die Erfahrung gemacht, daß man die Frauen am besten im sogenannten vorpolitischen oder vorparlamentarischen Raum erfaßt. In den CDU-Versammlungen haben Sie vielleicht 80 oder 100 Frauen; in den vorparlamentarischen Veranstaltungen können Sie bis zu 1.000 Frauen ansprechen. Man sollte gerade versuchen, über die Frauen auch die Männer mit zu beeinflussen. Vor ein paar Tagen hatten wir in Hildesheim eine Versammlung[62], wie sie selbst der Bischof nicht gehabt hat. Hier ist vieles gesagt worden, um die Frauen aufzuwecken und aufzurütteln.

Zweitens bitte ich sehr darum – bestimmte Kreise kommen dafür in Frage –, daß man etwas ganz Besonderes für die Flüchtlinge tut. Es ist auch wichtig, deren Stimmung kennenzulernen. Es ist bedauerlich, daß wir nicht so schnell in der Lage sind, für die Flüchtlinge das zu tun, was eigentlich notwendig ist.

Gradl: Entschuldigen Sie, ich sehe, daß Herr von Brentano weggeht. Ich wollte etwas zu dem sagen, was er über Berlin und die Berliner Partei ausgeführt hat. Ich möchte das aber nicht tun, wenn er weg ist. Ich wäre dankbar, wenn ich dazu noch die Möglichkeit hätte.

Adenauer: Sind Sie fertig, Frau Weber? – Dann kommt jetzt Herr Gradl.

Gradl: Herr von Brentano, Sie haben vorhin gesagt, die Berliner CDU solle sich nicht so sehr im Fahrwasser von Brandt halten. Ich verstehe durchaus, daß Sie über manches verbittert sind. Aber das hätten Sie nicht sagen dürfen.

Wir haben uns in den vergangenen Monaten in einer Härte, die nicht nur einmal, sondern etwa ein halbes dutzendmal die Koalitionsprobe in Berlin gebracht hat, mit Herrn Brandt auseinandergesetzt. Wir sind in Berlin soweit, daß Herr Brandt und die SPD nicht mehr die Position haben, die sie einmal gehabt haben. Wir hatten guten Grund anzunehmen, daß wir aufgrund dieser Parteipolitik, die wir in Berlin betrieben haben, bei den nächsten Wahlen in Berlin die echte Chance haben, dort die Mehrheit zu bekommen. So haben wir uns in Berlin von Herrn Brandt distanziert. Daß das angesichts der Situation, die vor uns war, nicht ganz leicht war, können Sie sich denken.

Das politische Risiko und der Einsatz, den die CDU dort erbracht hat, hat sich bewährt. Sie haben doch gesehen, daß trotz der Feindlichkeit der Presse in der Bundesrepublik und auch mancher Blätter in Berlin der Bundeskanzler, als er nach Berlin kam, in keiner Weise zu spüren bekommen hat, daß die Berliner Bevölkerung gegen ihn beeinflußt gewesen ist. Das geht auf die Arbeit und die Haltung der Berliner CDU zurück.

Sie haben dann gesagt – wohlgemerkt, ich verstehe Ihre persönliche Bitterkeit –, wir hätten uns beim Johnson-Besuch in Berlin von der Art des Auftretens des Herrn Brandt distanzieren sollen.

Von Brentano: Das habe ich nicht gesagt!

---

62 CDU-Wahlkundgebung am 23. August 1961. Vgl. „Hildesheimer Allgemeine Zeitung" vom 23. und 24. August 1961.

Gradl: Sie haben es nicht wörtlich so gesagt. Aber Sie haben ausgeführt, wir hätten Einspruch dagegen erheben müssen, daß Brandt immer nur von sich und nicht von der Bundesregierung gesprochen hat.

Von Brentano: Das habe ich gesagt! Haben Sie das am nächsten Tag getan?

Gradl: Selbstverständlich! Wir haben diese Auseinandersetzung laufend geführt. Aber wenn wir in dieser Situation, in den 48 Stunden des Johnson-Besuches, irgend etwas getan hätten, (*von Brentano:* Davon spricht doch niemand!) auch hinter den Kulissen, wäre das nicht geheim geblieben, und man hätte uns von der Berliner Bevölkerung und der gesamten Berliner Presse gesagt: Das ist ein kleinkariertes Parteiverhalten, dafür haben wir kein Verständnis.

Sie müssen, wenn Sie ein solches Urteil über die Berliner CDU aussprechen, sich vor Augen halten, daß die Hauptschwierigkeit in der psychologischen und politischen Situation besteht, in der wir uns jetzt in Berlin befinden.

Nun ein Wort zu dem, was geschehen ist, damit wir für die Zukunft daraus lernen. Ich glaube, daß wir in der Woche nach dem 13. August ein psychologisches Unglück gehabt haben. Ich will gar nicht danach fragen, wo die Verantwortung dafür liegt; vielleicht war es nicht zu verhindern. Aber über eines müssen Sie sich bei aller Rücksicht darauf, daß man nicht provozieren sollte, im klaren sein. Es ist in dieser Situation wichtig, daß der Mann, der in erster Linie die deutsche Politik auch vor unserem Volk repräsentiert, sich möglichst schnell an der Gefahrenstelle zeigt. Das muß nicht lange sein, aber es gehört dazu. Sie dürfen die psychologischen Wirkungen, die davon ausgehen, ob man das tut oder nicht, nicht unterschätzen. Wir haben in dieser Beziehung in den letzten acht Tagen Erfahrungen sammeln können und gemerkt, was es bedeutet, wenn darauf nicht genügend Rücksicht genommen wird. Ich habe mit Absicht das Wort vom „psychologischen Unglück" gebraucht.

Wie wir nach draußen zu reden haben, wissen wir alle. Aber es ist gut, wenn wir hier die verschiedenen Perspektiven dieser Dinge sehen und ansprechen. Sie sollten nicht vergessen, daß in den vergangenen Monaten, als die Berlin-Krise sich bereits wieder anheizte, lange Zeit in der deutschen Öffentlichkeit die Überzeugung bestärkt worden ist: Wir und der Westen sind auf alles vorbereitet. Sicher war es falsch, wenn die Leute den einfachen Schluß gezogen haben, wenn die das tun, dann kommt hier eine prompte Antwort. Sie kam nicht. Ich weiß genau, wie das mit den Stadtkommandanten gewesen ist. Aber so etwas, wie wir diesmal erleben mußten, darf nicht mehr passieren: die 60stündige Verzögerung des ersten Schrittes. Die Überreichung eines Stückes Papier durch die Stadtkommandanten hat 60 Stunden gedauert. Da können Sie sich nicht wundern, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, daß hier etwas nicht in Ordnung ist.

Adenauer: Herr Gradl, wissen Sie, daß es den Kommandanten verboten ist, irgend etwas ohne Genehmigung ihrer Regierung zu tun?

Gradl: Ja, Herr Bundeskanzler. Aber wenn man weiß, was gesagt worden ist – man sei auf alles vorbereitet –, dann kann man es der Bevölkerung nicht übelnehmen, wenn sie nachher erstaunt ist und ihre eigenen Schlüsse zieht.

Meine persönliche Meinung: Ich habe neulich selber gesagt, es ist kein Schaden gewesen, daß die deutsche Öffentlichkeit im ersten Schock so reagiert hat, wie sie es getan hat. Ich wette darum, die Antwort der Alliierten auf die Bedrohung der Luftkorridore wäre nicht so prompt und nicht so hart erfolgt[63], wenn man nicht an dem Beispiel vorher gesehen hätte, was in Deutschland psychologisch auf dem Spiel steht.

Wir haben uns weiter abgesprochen, daß wir in die Wahlkampftaktik uns nicht sehr kämpferisch hier einschalten wollen. Aber eines möchte ich doch zu bedenken geben bei der Richtung, in der Sie jetzt den Kampf mit der SPD führen. Es gefällt uns nicht, aber Herr Brandt hat durch die letzten zehn Tage und insbesondere durch die Tage um den Johnson-Besuch eine Art Gefühlspolster in der Öffentlichkeit gewonnen, daß Sie, wenn Sie den Kampf in der Hauptsache auf Herrn Brandt unmittelbar konzentrieren – wie ich fürchte –, viel Energie umsonst aufwenden. Hinter diesem Gefühlspolster stoßen Sie nun sofort auf das Ressentiment: Da haben die in dieser Zeit nun nichts weiter zu tun, als diesen Mann anzugreifen, den man doch auch als einen ersten Repräsentanten und einen kleinen Heros ansieht. Das ist nun einmal die psychologische Situation. Wir sollten deshalb den Angriff in der Hauptsache auf die Sozialdemokratie als solche richten, um diesem Gefühlsschutz, unter dem Herr Brandt steht, auszuweichen. Dann können wir in der Tat vieles sagen, was bei unseren Leuten gut ankommt.

Wenn man sich klarmacht, was in unserer Bevölkerung seit dem 13. August vor sich geht, dann stellt man fest, daß es im Grunde genommen zwei Dinge sind: Das eine ist das Gefühl einer nationalen Verletztheit. Daß etwas geschehen ist und daß es geschehen konnte mit all seinen menschlichen Furchtbarkeiten, mit der Unabsehbarkeit seiner Dauer – im Gegensatz zu allen Hoffnungen, die man hatte und sich immer noch erhalten hatte –, hat eine tiefe Wunde in der Bevölkerung geschlagen. Wenn es uns nicht gelingt, diese nationale Verletztheit gewissermaßen zu kanalisieren, wie es sein muß, dann kann das wieder zu einem neuen Nationalismus sondergleichen führen.

Das Zweite ist ein Gefühl der Angst, das in dem Menschen steckt. Die Angst hat zunächst ihre Wurzel in dem zögernden Reagieren auf die Vorgänge in Berlin. Die Leute haben sich gesagt: Du lieber Himmel, da haben wir so viel von Berlin gehört, und nun geschieht das! Die Leute halten doch West-Berlin und Berlin nicht auseinander. Sie sagten sich: Wie wird es, wenn es uns mal an den Kragen geht? Können wir uns auf die Versprechungen verlassen? Fragen Sie einmal die Abgeordneten aus dem Zonengrenzgebiet – ich war jetzt dort –, die werden wissen,

63 In einer Note vom 23. August 1961 drohte die Sowjetunion den drei Westmächten, die Luftkorridore nach Berlin zu sperren. Daraufhin veröffentlichten das britische und das amerikanische Außenministerium noch am selben Tag scharfe Erklärungen. Offiziell beantwortet wurde die Note erst am 26. August. Druck der Dokumente in BULLETIN vom 26. August S. 1531f. und vom 29. August 1961 S. 1537f.

wie gerade dort das lebendig war. Das ist nun noch hinzugekommen; man sieht, daß vielleicht der Friede selber in Gefahr ist.

Das sind die beiden Dinge, mit denen wir jetzt in diesen Wochen fertigwerden müssen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, wie wir das am besten machen. Es soll ja auch in der Resolution nachher drinstehen, daß wir bereit sind, wenn es zwischen den Großmächten zu Verhandlungen kommt, alles das zu tun, was vernünftigerweise und ehrenhaft möglich ist, um diese Verhandlungen zu unterstützen.

Ich will hier jetzt nicht eine Frage zur Diskussion stellen, die wir später, wenn der Wahlkampf vorbei ist, ganz sicher in diesem Kreise uns einmal stellen müssen, ob wir in der Vergangenheit nicht manches hätten anders machen sollen. Aber das ist das, was wir den Leuten gewissermaßen zum Trost in der Angst um den Frieden sagen können, daß wir das Unsere tun werden, um Verhandlungen zu einem guten Erfolge zu führen, die sich um eine gerechte Friedensregelung bemühen. Ich glaube, das muß einer der Schwerpunkte sein, auf die wir uns jetzt konzentrieren müssen.

Von Brentano: Ich will mich auf ganz wenige Bemerkungen beschränken. Ich kann mir nicht denken, daß Sie mich so mißverstanden haben, als ob ich etwa gesagt hätte, Sie hätten während des Johnson-Besuches irgendeine Demonstration unternehmen sollen!

Aber ich darf Sie ganz offen einiges fragen. Herr Brandt hat im Bundestag als Sprecher einer Koalitionsregierung eine Erklärung abgegeben. War diese Erklärung von der CDU gebilligt, war sie ihr überhaupt bekannt? Warum hat die CDU Berlins nach dieser Erklärung nicht sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß Herr Brandt als Sozialdemokrat und nicht als Regierender Bürgermeister einer Koalitionsregierung gesprochen hat? Diese Regierungserklärung des Herrn Brandt – das werden Sie zugeben – war eigentlich eine Infamie.

Krone: Diese Frage ist eigentlich an mich gerichtet. Ich bin bereit, sie zu beantworten.

Von Brentano: Darum geht es nicht. Wir wollten in der Bundestagssitzung keine außenpolitische Debatte führen. Ich frage, ob die CDU von Berlin es sich gefallen läßt, daß der Regierende Bürgermeister eine solche Erklärung abgibt und ob sie sich nicht in gehöriger Weise davon distanziert.

Gradl: Von welchem sachlichen Punkt hätten wir uns distanzieren sollen?

Von Brentano: Darf ich Ihnen einen kleinen Brief schreiben?

Gradl: Darf ich Sie bitten, daß Sie das in diesem Kreise sagen, das muß man doch hier wissen. Der Kerl ist doch satanisch geschickt. Ich habe keinen Punkt darin gefunden, der es hätte rechtfertigen können, daß wir in dieser Sitzung aufstanden.

Von Brentano: Nicht in der Sitzung. Warum hat die CDU in Berlin Herrn Brandt nicht gesagt: Wir als Koalitionspartner wünschen nicht, daß in Bonn eine Erklärung abgegeben wird, in der das Wort Bundesregierung nicht vorkommt?

Das Zweite, Herr Kollege Gradl! Herr Brandt hat einen Brief an Herrn Kennedy geschrieben. Die Tatsache, daß er diesen Brief geschrieben hat, steht – das gibt auch die Sozialdemokratie heute zu – in absolutem Gegensatz zu dem, was Brandt

selber immer verlangt hat, daß die völkerrechtliche Vertretung der Stadt Berlin bei der Bundesregierung liegt. Das hat er am 20. April im Abgeordnetenhaus laut betont.[64] Nun schreibt er einen Brief, den er der Bundesregierung nicht einmal zur Kenntnis gibt. Er schreibt einen Brief, in dem Vorschläge enthalten sind, die nicht nur mit der Bundesregierung nicht abgestimmt sind, sondern die im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung stehen, die auch von der amerikanischen Regierung abgelehnt worden sind. Hat die CDU in Berlin von diesem Brief gewußt? Herr Amrehn sagt mir, nein. Warum zieht man dann Herrn Brandt nicht zur Verantwortung und distanziert sich von ihm, indem man sagt: Wir haben gehört, daß Herr Brandt einen Brief geschrieben hat; wir stellen fest, daß er nicht die Zustimmung seines Koalitionspartners, der Christlich-Demokratischen Union, hatte. Herr Brandt hat dann auch einen Brief an Nehru geschrieben, von dem kein Mensch etwas weiß. Halten Sie es für möglich, daß eine Koalition so geführt wird, daß der Regierungschef solche Entscheidungen trifft, solche Erklärungen abgibt, ohne die Koalitionspartner zu hören?

Ich mute Ihnen nicht zu – ganz gewiß nicht –, sich dem Vorwurf auszusetzen, eine kleinkarierte Parteipolitik zu betreiben. Aber ich meine, man sollte sorgfältig achtgeben, daß man nicht durch eine falsche Loyalität ermöglicht, daß Herr Brandt großkarierte Parteipolitik treibt.

Ich wiederhole nochmals: Die Tatsache der Absendung des Briefes war der Bundesregierung nicht bekannt. Hinzu kommt, daß sein Inhalt mit der Politik der Bundesregierung nicht übereinstimmt. Ist es dann zuviel verlangt, wenn man fordert, daß die Berliner CDU, die den Brief auch nicht gekannt hat, sich ebenso von diesem Brief und seiner Absendung distanziert? Darum geht es, nicht um eine Demonstration im Abgeordnetenhaus, geschweige denn um eine Demonstration im Bundestag. Es geht um eine klare Distanzierung von den Dingen, die auch mit einer Koalition unvereinbar sind. Ich glaube, daß nicht der Eindruck erweckt werden darf, daß die Berliner CDU diese Dinge des Herrn Brandt widerspruchslos hinnimmt.

Krone: Wir sollten den Punkt nicht weiter vertiefen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der „Tag" als einzige Zeitung in Berlin von meiner Erklärung Kenntnis genommen hat[65], wo gewisse falsche Behauptungen gegen die Bundesregierung richtiggestellt wurden. Das geschah zu derselben Zeit, wo der „Tagesspiegel" sich bei Brandt bedankte, daß er Johnson hierher geholt habe.

In diesem Augenblick, wo die Dinge in Berlin so hoch gingen, war es psychologisch gar nicht möglich, sich gegen ein rasendes Pferd zu stellen. Ich bin überzeugt, daß die Fraktion drüben Herrn Brandt schon sagen wird, was nötig ist. Aber wir sollten das nicht weiter hochspielen. Das muß in Ordnung kommen, auch im Interesse unserer Politik.

---

64 Vgl. Sten.Ber. (Berliner Abgeordnetenhaus) III. WP, III. Bd. Nr. 9 S. 117–119.

65 „Der Tag" vom 22. August 1961 („Kanzler regte Besuch aus USA an; Erklärung Dr. Krones – Bonn beriet auch über Truppenverstärkung mit").

Gradl: Ich habe sofort, nachdem der Brandt-Brief bekanntgeworden ist, als Berliner Abgeordneter hier in einer Erklärung für die Fraktion Stellung genommen und habe den Dreier-Status, diesen verrückten Plan, mit äußerster Entschiedenheit zurückgewiesen[66], so daß sich Brandt genötigt sah, nachher davon abzurücken. Es ist nicht so, daß wir nichts getan hätten.

Adenauer: Das Schlimme an solchen Vorschlägen, wie sie Brandt sich mit der Konferenz der 52 Kriegsgegner, dem Rapacki-Plan und dem Dreimächtestatus erlaubt hat, ist, daß das alles Wasser auf die Mühlen der Russen ist. Wenigstens Chruschtschow zieht daraus die Folgerung: Die ganze Gesellschaft ist uneinig. Das hat er auch dem Ministerpräsidenten Fanfani gesagt[67]: „Die ganze Gesellschaft ist uneinig, die wird nichts gegen mich tun." Das ist sein Standpunkt, und aus diesem Standpunkt heraus handelt er. Deswegen ist die oberste Pflicht von uns allen absolute Einigkeit. Das ist der beste Schutz gegen die Russen. Wenn der eine das und der andere etwas anderes tut, dann nützt uns das nicht.

Ich sehe von der Qualität des Vorschlages mal ganz ab, aber daß er so etwas tut, das ist es, was die Russen amüsiert. Daß Brandt, ohne mit der Bundesregierung Fühlung zu nehmen, solche Briefe an Präsident Kennedy und Nehru schreibt, daß er den Rapacki-Plan aus der Schublade herauszieht, das ist alles Wasser auf die Mühlen der Russen. Darum – das muß auch ich sagen, Herr Gradl –, muß unsere Berliner CDU dafür sorgen, daß Herr Brandt keine Extratouren tanzt. Ach, Herr Brandt ist mir im Grunde genommen so gleichgültig, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Aber was mir nicht gleichgültig ist, ist der Eindruck, den Chruschtschow bekommt.

Wir sagen, der Westen ist stärker als der Osten. Es mag sein. Aber die Hauptsache ist, daß Chruschtschow das glaubt und daß Chruschtschow glaubt, der Westen hält zusammen. Das fehlt bisher. Er glaubt es einfach nicht, und darin besteht die große Gefahr.

Wenn jetzt hier so das Gespräch aufgekommen ist, meine Herren, dann glaube ich auch einmal folgendes sagen zu sollen: Unsere Partei in Berlin muß tatsächlich ... Ich meine jetzt nicht die letzten Wochen. Aber wir haben uns hier doch alle manchmal gefragt: Von Herrn Amrehn hört man nichts. Herr Amrehn arbeitet brav und fleißig, und der Herr Brandt reist rum und pflückt die Früchte. Es ist wirklich so, Herr Gradl. Ich meine jetzt nicht die Krise der letzten Wochen. Herr Brandt reist rum, er tritt auf, der Regierende Bürgermeister von Berlin kommt direkt hinter Gott Vater, er kommt noch vor dem Heiligen Geist. Dabei ist das doch eine Koalitionsregierung. Wir haben manchmal darüber den Kopf geschüttelt.

Aber, meine Herren, Einigkeit, auch in unserer Partei Einigkeit, aber Einigkeit gegenüber den Russen – das ist das Entscheidende!

---

66 Vgl. DUD vom 18. August 1961.

67 Der italienische Ministerpräsident Fanfani und sein Außenminister Segni waren vom 3. bis 5. August zu einem Staatsbesuch in der Sowjetunion. Vgl. AdG 1961 S. 9268.

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst etwas zu den Ausführungen unseres Freundes Strauß sagen. Ich bin in der Beurteilung der Johnson-Sache anderer Meinung. Wir alle haben mit Schrecken festgestellt, daß unser Volk geneigt ist, nicht über die Politik von vier, acht oder zwölf Jahren bei einer Bundestagswahl entscheidend nachzudenken, sondern über die letzten zwölf Tage und möglicherweise über eine Lächerlichkeit – im Verhältnis zur Gesamtpolitik – wie dem „alias" zu entscheiden, also emotionell zu denken. (*Strauß:* Der „alias" hat mich nicht aufgeregt!) Sie haben gesagt, es sei von Johnson und von den Amerikanern eine Impertinenz gewesen, von der Mitreise unseres verehrten Bundeskanzlers abzuraten, und Sie haben weiter gesagt, Sie hätten ein gewisses Mißtrauen und gewisse Bedenken. Ich möchte mich dagegen wenden, daß wir jetzt wegen einer Johnson-Reise hier unter uns Opfer emotioneller Regungen werden. (*Zuruf:* Rationale Erwägungen!)

Adenauer: Ich habe eben mit Herrn von Brentano gesprochen. Er hat sich den amerikanischen Botschafter schon bestellt. Ich meine, dem amerikanischen Botschafter sollte gesagt werden, es seien hier in unserer Sitzung Stimmen laut geworden, die in der ganzen Geschichte doch eine Beeinflussung der Wahlsituation sehen. Dann wäre mal zu hören, was da herauskommt.

Burgbacher: Ich wollte nur haben, daß kein Mißtrauen zu den Schutzmächten entsteht. Sie stellen doch die einzige Garantie für Berlin dar. Ich sehe den Rat von Johnson so an, daß er sagte: Ich kann nichts dafür, daß Herr Brandt Regierender Bürgermeister ist, ich bin als Vertreter der drei Schutzmächte da. Das ist doch eine staatsrechtliche Erklärung, die man geben kann.

Strauß: Hier unter uns sagen wir aber doch das, was wir uns denken.

Adenauer: Vorher war eine Nachricht aus Washington da, daß der Brief von Kennedy bzw. vom Weißen Haus an das State Department abgegeben worden sei und es dem State Department überlassen wäre, wann und wie es darauf antworte. Dann kam plötzlich dieser veritable Umschlag, so daß sich jeder fragte: Wie ist es denn plötzlich zu diesem Salto mortale gekommen? Ich möchte das auch gern wissen.

Die Herren Lorenz und Gradl haben bemängelt, daß die Amerikaner nicht viel schneller etwas getan haben. Haben Sie sich einmal die Frage vorgelegt, warum Kennedy all diese Milliarden Dollar zur Vergrößerung der Rüstung verlangt hat? Ziehen sie daraus nicht den Schluß, daß die amerikanische Rüstung z.Z. noch nicht soweit ist? Das liegt doch wohl nahe, das ist doch ganz selbstverständlich. Darum hat auch der Kongreß aus sich heraus noch eine Milliarde draufgesetzt. Diese Milliarden nun wirklich in Waffen im weitesten Sinne des Wortes umzusetzen erfordert Zeit. Das geht nicht in drei und nicht in sechs Monaten. Dazu sind zwei Jahre nötig. Man hat wohl recht, wenn man sich sagt, die Rüstung der Amerikaner ist im Jahre 1963 fertig. Das sagt sich auch Chruschtschow. Er ist genau unterrichtet, wie die Rüstung steht. Daher jetzt dieses fiebrige Vorgehen Sowjetrußlands in einer solchen Situation.

Deswegen – lassen Sie mich das noch einmal unterstreichen – ist die oberste Verpflichtung von uns: Kühlen Kopf bewahren!

Gradl: Damit zwischen uns kein Mißverständnis ist: Wir Berliner meinen nicht, den Amerikanern vorwerfen zu müssen, daß sie nicht schnell und nicht hart reagiert hätten. Sie haben selber neulich das schon gesagt, was Sie soeben ausgeführt haben – das ist auch klar –: Wir brauchen Zeit. Was wir bemängeln, ist folgendes: Wenn man schon nur Worte machen kann, jedenfalls in seiner Antwort, dann wäre es gut gewesen, wenn wenigstens diese Worte schnell gesprochen worden wären. Nur darum geht es.

Adenauer: Sehen Sie mal, da sind drei Stadtkommandanten. Die drei Kommandanten berichten an ihre Regierungen. Erst machen die Kommandanten einen Vorschlag, nehme ich an, der dann an die Regierungen geht. Dann haben diese drei Regierungen miteinander Fühlung genommen. Dann mußte jedes Wort beraten werden. Ich sehe doch immer wieder, wie lange die Arbeitsgruppen über einzelne Sätze beraten. Das ist Diplomatie, wie ich sie nicht gerne treibe und auch nicht gerne habe.

In der Zwischenzeit ist hier ein Telegramm gekommen. Der Herr Starke[68], der FDP-Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments, hat behauptet, daß die Tatsache kennzeichnend sei, daß das Hinnehmen des endgültigen Schnittes durch Deutschland mit der Beschränkung auf einen lahmen Protest vorher mit den Russen abgesprochen worden sei; auch der Bundeskanzler sei davon vorher unterrichtet worden. Jedes Wort, jeder Buchstabe davon ist gelogen. Aber ich will hier sagen, daß neulich der Herr Springer in der Auseinandersetzung mit demselben kam; er sagte, das sei ihm zugetragen worden. (*Zuruf:* Steht im „Spiegel"![69]) Ich habe dem Herrn Springer sofort gesagt, ich halte es für restlos ausgeschlossen, daß das mit den Amerikanern verabredet sei.

Das ist gemeine Brunnenvergiftung, die geeignet ist, unseren Widerstandswillen zu lähmen. Dagegen müssen wir alle mit größter Entschiedenheit angehen.

Gradl: Können Sie gegen diesen Mann nicht Strafantrag wegen Verleumdung stellen?

Adenauer: Der ist doch Abgeordneter! (*Zuruf:* Das ist doch eine Diffamierung!) Ich bin morgen mit Herrn Erhard zusammen den ganzen Tag in Ulm und um Ulm herum. (*Heiterkeit.*) Da werde ich das natürlich gebührend berichtigen.

Krone: Hier wird folgendes behauptet: Was in Berlin geschehen ist, ist ein Abkommen zwischen den Russen und den Amerikanern. (*Zuruf:* Laut „Spiegel"!) Nicht nur laut „Spiegel"; Springer glaubt, den Beweis führen zu können. Das hört man schon viel im Volk, das ist eine ernste Geschichte. Jetzt heißt es neuerdings: Davon wußte auch der Bundeskanzler. Das heißt doch Verrat an Deutschland! Hier

68 Heinz Starke (geb. 1911), 1953–1980 MdB (FDP, seit 1970 CSU), 1961–1962 Bundesfinanzminister, 1958–1979 MdEP. – Vgl. zu den Anschuldigungen Adenauers gegen Starke: dpa-Meldungen vom 25. August 1961; DUD vom 25. August 1961; „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 28. August 1961.

69 Vgl. „Der Spiegel" vom 23. August 1961 S. 15–18, bes. S. 17 (Gegenmaßnahmen), S. 18f. (Stadtkommandanten).

ist der Punkt, Herr Bundeskanzler, wo die Amerikaner sagen müssen, daß das nicht der Fall ist und sich zweitens auf Ihre Seite stellen müssen. Hier wird Gift gesprochen, das ist gefährlich.

Adenauer: Nun wollen wir einmal weiterkommen. Aus dem Hereinkommen der Herren sehe ich, daß sie die Erklärung fertig haben. Das Wort hat zunächst Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich glaube, wir sollten noch einmal klarlegen, wie die psychologische Situation ist. Das vorherrschende Motiv ist eine tiefe Angst um den Frieden und vor dem Krieg; das ist viel entscheidender als eine Einzelfrage. Zu dieser Angst, muß ich sagen, hat auch die Direktionslosigkeit unserer Wahlkampfführung seit dem 13. August beigetragen. Das soll kein Vorwurf sein; es ist ein Tatbestand. Es mußten Bänder von den Rundfunkstationen zurückgezogen werden. Es mußte eine ganze Menge von Dingen gewechselt werden, was einfach die Repräsentation unserer Partei auch der Öffentlichkeit gegenüber manchmal schwächer gemacht hat. Es scheint mir also notwendig, daß nach dem heutigen Tag schnellstens dafür gesorgt wird, daß diese drei, vier Tage überbrückt werden, die erforderlich sind, bis die entsprechenden Bänder usw. wieder da sind. Wir müssen also die Rundfunkstationen und die anderen Einrichtungen, z.B. auch die Presse, schnellstens wieder so versorgen, wie das im Wahlkampf notwendig ist.

Ich möchte aber auf den von mir schon angeschnittenen Punkt zurückkommen, die Angst um den Frieden oder vor dem Krieg. Ich bin der festen Auffassung, daß die Partei das Vertrauen des Volkes bekommen wird, die am glaubhaftesten nachweisen kann, daß sie am meisten für den Frieden getan hat. (*Zuruf:* Richtig!) Wir leben doch in einer Zeit, die zwei Kriege erlebt hat.

Ein Krieg ist dadurch entstanden, daß eine Seite geglaubt hat, sie sei so viel stärker als die andere Seite und sie könnte einen kurzen Krieg gewinnen. Dazu können wir als Partei sagen, daß wir bis jetzt, im Gegensatz zur SPD, alles getan haben, um ein derartiges einseitiges Übergewicht zu verhindern.

Der zweite Krieg, der länger zurückliegt, ist durch eine Mischung von Emotion und Automatik entstanden. Ich glaube, wir sollten ganz klar sagen, daß wir den Mut gehabt haben, auf Emotion und Popularität zu verzichten, weil wir eine solche Auslösung verhindern wollten. Wir müssen die entsprechenden Formulierungen finden und klar zum Ausdruck bringen, daß wir aus der Vergangenheit unserer Politik heraus und nach allen historisch noch übersehbaren Beispielen die Partei sind, die dem Wohl des deutschen Volkes am besten dient und die ihm den Frieden garantiert. Ich glaube, für 85 % der deutschen Wähler – vor allem für die, die beeinflußbar sind – wird das die entscheidende Frage sein.

Meine präzise Forderung geht also dahin, das klarzulegen und möglichst schnell auch dafür zu sorgen, daß das in unserer ganzen Publizität wieder klar herauskommt.

Adenauer: Ich bitte, dem Wort „Frieden" immer hinzuzusetzen „und Freiheit".

Blumenfeld: Ich bin mir bewußt, daß es schwierig ist, zu Ihnen zu sprechen, wenn man aus dem viel geschmähten Hamburg kommt, obwohl der Vorwurf nicht die CDU

betrifft, sondern im wesentlichen die Zeitungen. Ich möchte nur in aller Bescheidenheit auf eines aufmerksam machen. Wir in Hamburg haben in unserem Wahlkampf eine sehr schwierige Position, weil sich dort der massive Druck der gesamten Presse ausgewirkt hat. Sie können sich vorstellen, daß wir nicht gerade mit reiner Freude die letzten acht Tage haben über uns ergehen lassen. Ich möchte sagen – ich glaube, Herr Dr. Krone ist dafür Zeuge und kann das bekräftigen –, daß es immerhin der intensiven Arbeit von einigen wenigen in Hamburg von der CDU-Seite mit gelungen ist, zumindest die „Bild"-Zeitung wieder etwas umzustellen. Die Überschrift in der „Bild"-Zeitung anläßlich des Besuchs des Kanzlers in Berlin, die meiner Meinung nach sicher gelungen war: Vopo-Wasserstrahler auf Bundeskanzler gerichtet[70], war eine gemeinsame Arbeit der „Bild"-Redaktion und meiner Wenigkeit. Ich habe – das möchte ich sehr deutlich sagen – in den letzten Tagen ununterbrochen mit der Redaktion der „Bild"-Zeitung und der „Welt" und mit Herrn Springer persönlich über diese ganzen Fragen gesprochen. (*Zuruf:* Und der „Stern"?) Man kann sich nicht um alle Zeitungen kümmern. Der „Stern" hat immerhin eines zuwege gebracht: Auf seine Veranlassung sind jetzt 39 aus Afrika kommende Hauptschriftleiter in Berlin. Das ist eine ungeheuer wichtige Sache. Wenn sie mit ihren Eindrücken zurückkehren, werden sie all das vermitteln, was in Berlin geschehen ist.

Adenauer: Ich hätte es lieber gesehen, wenn der „Stern" auf unsere Wähler Eindruck machte.

Blumenfeld: Das tut er auch. Für mich war es eine besondere Aufgabe, unseren Parteifreund und Verleger Bucerius entsprechend zu beeinflussen. Daß das manchmal schwierig ist, wissen Sie, denn Sie kennen ihn ja. Ich möchte nur gesagt haben, daß es nicht immer so ist, wie man manchmal über die Bundesgeschäftsstelle und andere Kanäle hört: Blumenfeld und die Hamburger CDU versuchen, den Bundeskanzler zu stürzen.

Weber: Das gelingt ihnen aber nicht!

Adenauer: Das ist mir ganz neu!

Blumenfeld: Sie hören so etwas manchmal etwas später als ich. Wir sind jedoch heute nicht zusammengekommen, um auf der einen Seite Streit hervorzubringen und uns auf der anderen Seite Mut zuzusprechen. Wir müssen vielmehr nüchtern und kritisch für die nächsten Wochen einiges erarbeiten. Ich möchte dabei nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist. Ich stimme mit dem überein, was Herr Dr. Gradl hinsichtlich der politischen Situation gesagt hat.

Meiner Meinung nach wäre es sehr gefährlich, wenn in dieser Situation die Äußerungen unseres Freundes Strauß über die Instinktlosigkeit der Presse und andere Dinge, die zu der Pressekampagne gesagt worden sind, herausgelangen würden. Das würde zweifellos das Klima nicht verbessern. Wir sind auf die Presse als eines der Publikationsmedien außerordentlich stark angewiesen. Es wäre gut, wenn das

70 „Bild"-Zeitung vom 23. August 1961 („Ost-Berliner winkten dem Bundeskanzler zu; Vopo richtet Wasser-Werfer auf Adenauer").

beachtet würde. Wir sollten die Presse nicht ständig wegen irgendwelcher Äußerungen und Leitartikel angreifen; wir sollten uns vielmehr in Kontaktgesprächen bemühen, diese Dinge aufzufangen und unsere Maßnahmen dann gezielt in die Presse zu bekommen.

Ich möchte dann Herrn Strauß und Herrn Dufhues widersprechen, die vorgeschlagen haben, Willy Brandt aus allen Rohren direkt anzugreifen. Ich meine, wir sollten die SPD wegen ihres zwölfjährigen Neinsagens angreifen, wir haben sehr gute Grundlagen. Es wäre psychologisch falsch, Willy Brandt persönlich anzugreifen, weil das Gefühlvolle bei den Wählern auch eine Rolle spielt. Aus rein wahltaktischen und aus psychologischen Erwägungen sollten wir Berlin aus dem Wahlkampf heraushalten. Ich meine damit nicht, daß wir die Maßnahmen, die von der Bundesregierung für Berlin vorgesehen sind und die hier angesprochen worden sind, nicht mit aller Gezieltheit erwähnen bzw. in die politische Tagesarbeit hineinbringen müssen. Aber Berlin als solches sollten wir aus dem Wahlkampf heraushalten.

Noch eine Bitte! Es geht hier um die Frage, die Herr Krone gerade angeschnitten hat, nämlich das Interview oder die Rede von Herrn Starke, diese ungeheuerliche Behauptung, die im übrigen seit Mitte vergangener Woche bekannt ist. Diese Sache kommt unter anderem von ausländischen Journalisten, die hier in Bonn akkreditiert sind. Diese Äußerung könnte benutzt werden, um mit den Amerikanern darüber zu sprechen. Ich warne aber davor, den Johnson-Besuch in Berlin den Amerikanern als eine Wahlunterstützung für Willy Brandt vorzuhalten oder ihnen so etwas zu unterstellen. Herr Bundeskanzler, Sie wissen selber, mit welch großer Sympathie, ja sogar Verehrung Johnson Ihnen gegenübersteht. Sie wissen selber, was er für Sie während seines Wahlkampfes in Texas inszeniert hat. Ich warne davor, etwa über den amerikanischen Botschafter die Reise Lyndon Johnsons nach Berlin als eine einseitige Bevorzugung von Willy Brandt hinzustellen. Ich warne nachdrücklich davor und widerspreche meinem Freund Strauß ganz energisch. Ich meine, daß das, was Herr Krone gerade gesagt hat, Ihnen Gelegenheit gibt, das ganze Thema von einem ganz anderen Aspekt aus anzusprechen.

Dann bitte ich sehr darum – ich habe mit Herrn Kraske darüber schon ein längeres Telefongespräch geführt –, daß die Fernsehsendungen noch einmal auf die aktuelle Situation hin überprüft werden. In unseren Fernsehsendungen muß sich jetzt auch ein mutiger und entschlossener Blick nach vorne, in die Zukunft, niederschlagen. Die saubere und handwerklich gute Arbeit über unsere Leistungen in den letzten zwölf Jahren soll weiterlaufen. Wir müssen aber dynamischer werden. Wir müssen jetzt auch im Fernsehen improvisieren, und zwar im Sinne dessen, was vorhin gesagt worden ist.

Herr Bundeskanzler, ich bitte dann sehr, mit den Herren des Kabinetts zu überlegen, ob Sie nicht in der Lage sind, für unseren Wahlkampf auch eine spezielle Sache zu tun. Ich stimme dem, was Sie über die Berliner Wirtschaftssituation und das Arbeitspotential gesagt haben, hundertprozentig zu. Die Verlagerung von Aufträgen in die Bundesrepublik seitens der großen Firmen – ich sprach gestern auch mit Herrn

Blank schon darüber – vollzieht sich schon. Ich frage, ob da nicht die Möglichkeit besteht – ich spreche jetzt Herrn Finanzminister Etzel an –, über neue steuerliche Dinge etwas zu tun. Das bitte ich zu prüfen. Wenn das möglich wäre, könnte ich mir vorstellen, daß man nicht nur deutsche, sondern auch internationale Unternehmen nach Berlin ziehen könnte. Es müßten in dieser gefährdeten Lage zusätzliche steuerliche Vorteile gewährt werden. Sie mögen das als illusionär bezeichnen. Ich bitte jedoch, das zu prüfen. Ich betrachte das nämlich als eine der realistischen Maßnahmen, die man ins Auge fassen muß. Es gibt einen ganzen Fächer. Wenn das Arbeiterpotential abwandert, dann wirkt hier eine der gefährlichsten politischen und psychologischen Waffen, und zwar wirkt sie dann für Chruschtschow und Ulbricht und gegen uns. Darum muß hier von unserer Seite aus etwas Zusätzliches getan werden. Ich bitte, das in den Wahlkampf mit hineinzubringen.

Noch eine rein technische Angelegenheit. Ich merke, das habe ich auch mit anderen Kollegen besprochen, daß bei diesem Wahlkampf – nicht bei den großen Kundgebungen von Herrn Strauß, Herrn Schröder, dem Bundeskanzler usw., aber bei den vielen, vielen Wahlversammlungen, die alle um 20 Uhr beginnen – der Strom der Besucher immer dünner wird, weil das Fernsehen in dieser Zeit die Tagesschau bringt und die Leute sich dort informieren wollen. Ich meine, daß man die kleineren Wahlversammlungen, die die Kandidaten draußen abhalten, am Abend zeitlich etwas vorverlegen muß, damit die Leute dorthin kommen. Ich bitte die Bundesgeschäftsstelle, das zu prüfen.

Adenauer: Darf ich folgendes zum Besuch Johnsons sagen. Ich habe Herrn Kennedy telegraphisch dafür gedankt, daß er Johnson geschickt hat. Ich glaube, es war richtig, daß ich das getan habe. *(Zustimmung.)* Ich habe von Kennedy, ohne daß ich das der Menschheit mitgeteilt habe, darauf ein sehr herzliches Telegramm bekommen. Ich habe auch Herrn Johnson telegraphisch gedankt. Ich glaube, nichts wäre falscher, als wenn man jetzt Johnson und Kennedy sagte: Ihr macht böse Sachen.

Das schließt aber nicht aus, daß Herr von Brentano Herrn Dowling zu sich bittet und auf dieses vorhin erwähnte Telegramm und darauf hinweist, daß in unserer Vorstandssitzung auch Meinungen laut geworden seien, die Vereinigten Staaten hätten in den Wahlkampf durch die Art des Besuches von Johnson – nicht durch die Tatsache des Besuches, sondern durch die Art des Besuches – etwas eingegriffen.

Schröder: Eine optische Einseitigkeit herbeigeführt.

Adenauer: Meine Damen und Herren, das muß Herr von Brentano ihm sagen. Optische Einseitigkeit – ob das verstanden wird, weiß ich nicht. Da muß man schon – in aller Ruhe – klareres Deutsch sprechen.

Ein Wort zu Johnson! Ich kann mir, soweit ich Johnson kenne, vorstellen – ich kenne ihn schon seit Jahr und Tag –, daß er, wenn er sich auf einmal in einer solchen Menge sieht und mit solchem Geschrei empfangen wird, hochgeht. Ich habe mit ihm gesprochen: Haben Sie Freude an einem Wahlkampf? – „Große Freude!" Er hätte in dem Wahlkampf in Amerika, ich weiß nicht, wieviel hundert Reden gehalten. Das ist Johnson. Er wird von der Atmosphäre, in der er gerade ist, gepackt. Aber an sich

halte ich ihn für einen zuverlässigen Freund; das möchte ich ausdrücklich sagen. – Doch nun zu unserem Kommuniqué!

Kraske: Darf ich einen Satz vorausschicken. Wir haben nach einer allgemein gehaltenen Einleitung ganz bewußt im zweiten Teil in einzelnen Punkten die Thesen festgelegt und ausdrücklich durch Punkte aufgezählt, die für den Wahlkampf wichtig sind, weil wir glauben, daß der Beschluß so am weitesten und sichersten Eingang in die Presse finden wird. „Unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich der Vorstand der CDU heute ..."

Adenauer: Da ist schon ein Fehler! Es muß heißen: „... des ersten Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer".

Kraske: „... hat sich der Bundesvorstand der CDU heute ausführlich mit der durch den Berlin-Vorstoß Chruschtschows ausgelösten Krise beschäftigt. Die totale Abschnürung der Sowjetzone ist ein weiterer Anschlag des weltweiten Bolschewismus gegen Frieden und Freiheit."

Adenauer: Auch hier muß ich Sie wieder unterbrechen. Sie müssen unterscheiden zwischen dem Sektor von Berlin und der Zone. Das ist ein großer Unterschied. Es bestehen auch besondere Abmachungen bezüglich des Verkehrs von Sektor zu Sektor.

Kraske: „... der Sowjetzone und des sowjetischen Sektors von Berlin ..."

Adenauer: Sind Sie mir nicht bös, wenn ich Sie dauernd unterbreche. Der Sektor kommt an erster Stelle.

Kraske: „Der Bundesvorstand der CDU, unzertrennlich verbunden mit allen Deutschen in Berlin und in der Zone, dankt den Berlinern für ihr mutiges Bekenntnis zur Freiheit."

Adenauer: Daß der Bundesvorstand unzertrennlich mit allen Deutschen verbunden ist, das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Kraske: Dieses war, ehrlich gesagt, das Ergebnis unserer Bemühung um Kürzung.

Adenauer: Ich bitte, das zu streichen.

Kraske: Da sind wir der Meinung, daß ein Wort an die Zonenbevölkerung gesagt werden muß.

Adenauer: Das ist doch klar. Aber Sie wollen es doch gedruckt bekommen. Es sind über zwei Schreibmaschinenseiten.

Kraske: Das letzte ist eine Alternative.

Gradl: Man muß es viel härter sagen: Wir werden uns nicht damit abfinden!

Adenauer: Vielleicht hören wir uns jetzt erst einmal den Entwurf an.

Kraske: „... dankt den Berlinern für ihr mutiges Bekenntnis zur Freiheit. Er dankt der Bundesregierung für ihre feste und besonnene Haltung und dankt unseren Verbündeten für ihre Solidarität mit dem deutschen Volk.

Für die Auseinandersetzung im Wahlkampf bekräftigt er folgende Grundsätze:

1. Nur das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt sichert Freiheit und Frieden.
2. Die CDU wird in den kommenden Wochen die deutsche Bevölkerung immer wieder

vor die Frage stellen, ob eine Partei und ein Politiker Vertrauen verdienen, die diese Außen- und Sicherheitspolitik zwölf Jahre mit allen Mitteln bekämpft haben. Die SPD hat in diesem Jahre den Wehrhaushalt abgelehnt. Sie hat noch vor drei Tagen gegen das Bundesleistungsgesetz, das dringende Erfordernisse unserer Verteidigung regelt, geschlossen mit Nein gestimmt. Sie ist deshalb nicht regierungsfähig.
3. Nur Besonnenheit und Nüchternheit, nicht aufgeregte Reden und unüberlegte Forderungen nach Aktionen erhalten den Frieden.
4. Die CDU wendet sich mit Nachdruck und Schärfe gegen diejenigen, die jahrelang ihre Politik zur Sicherung der Freiheit als Kommunistenschreck und Panikmache diffamiert haben, die Neutralisierungs-, Rapacki- und sogenannte Deutschlandpläne verfolgt haben und die es wagen, der CDU und der Bundesregierung ausgerechnet in diesem Augenblick Mangel an Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung vorzuwerfen. Haben sie bis zur Stunde die Sicherung unserer Freiheit zu sabotieren versucht, wollen sie jetzt leichtfertig die Erhaltung des Friedens gefährden.
5. Nur ein einiger und starker Westen kann aussichtsreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion führen. Das Ziel unserer Politik ist und bleibt die allgemeine kontrollierte Abrüstung und die Entspannung, die allein zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit führen können.
6. Der kommunistische Osten hofft auf einen Ausgang der Bundestagswahlen am 17. September, der die Regierung der CDU/CSU ablöst durch eine wegen ihrer inneren Gegensätze schwache Koalition. Er will den Sieg der Neutralisten und den Zusammenbruch des Vertrauens des deutschen Volkes zur freien Welt. Der Bundesvorstand stellt deshalb fest: Deutschland braucht keine neue, Deutschland braucht weiterhin eine starke Regierung."

Adenauer: Wollen wir erst einmal darüber sprechen, oder wollen wir zunächst den Alternativkatalog hören?

Kraske: Die Alternative bezieht sich nur auf den Einleitungssatz. Die Punkte bleiben dann genauso erhalten:
„Der Bundesvorstand der CDU hat sich heute mit der internationalen Lage befaßt, die durch die unmenschliche Abschnürung des sowjetischen Sektors von Berlin und damit der Zone durch die Kommunisten erneut verschärft wurde. Das nordatlantische Verteidigungsbündnis, das besonnene und entschiedene Vorgehen unserer Verbündeten und der Bundesregierung und die klare Haltung der Bevölkerung Berlins und der Zone haben die drohende Kriegsgefahr gebannt. Das deutsche Volk muß damit rechnen, daß die Kommunisten ihren Kampf um Berlin in den nächsten Monaten und Jahren mit allen Mitteln fortsetzen werden.

Der Bundesvorstand der CDU stellt deshalb folgendes fest: ..."

Und dann kommen die sechs Punkte.

Süsterhenn: Ich bitte, überall da, wo in diesem Entwurf die SPD und Herr Brandt gemeint sind, sie beim Namen zu nennen und nicht zu sagen „diejenigen, welche", sondern zu sagen „die SPD, die dieses oder jenes getan hat". Wenn wir soeben in der

Aussprache schon gesagt haben, wir müssen den Kampf mit aller sachlichen Schärfe führen, dann müssen wir auch Roß und Reiter nennen und dürfen kein Preisrätsel herausgeben.

Adenauer: Herr Süsterhenn hat nach meiner Meinung hundertprozentig recht.

Dann heißt es hier: „Nur das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt sichert Freiheit und Frieden." Das sagen die Sozialdemokraten auch. Da gehört rein: „... und die Übernahme aller damit verbundenen Lasten ..."

Dann heißt es im folgenden Absatz: „Die SPD hat in diesem Jahre den Wehrhaushalt abgelehnt." Es muß heißen: „... hat auch in diesem Jahre den Wehrhaushalt in namentlicher Abstimmung abgelehnt".[71]

Sie haben den ganzen Haushaltsplan abgelehnt, das ist ihr gutes Recht. Dann hat unsere Fraktion verlangt, daß über den Verteidigungshaushalt in namentlicher Abstimmung besonders abgestimmt werden soll. Das ist geschehen, und da haben sie alle dagegengestimmt.

Strauß: Ich würde sagen: „... und noch am 22. August 1961 das Bundesleistungsgesetz ..."

Adenauer: Darf ich vorschlagen, daß wir jetzt mal eine Pause machen.

Pause

Adenauer: Es tut mir leid, daß die Pause etwas länger geworden ist. Aber es waren wirklich ernste Fragen aufgetaucht.

Zunächst einmal darf ich folgendes mitteilen: Es wird gemeldet, daß Ulbricht heute um 17 Uhr eine Rundfunkansprache hält. In diesem Zusammenhang gewinnt eine soeben eingegangene, bisher noch unbestätigte Meldung an Interesse, die besagt, daß in Verbindung mit einem Staatsakt – Ulbricht-Ansprache? – die Anfahrten nach Berlin für acht bis 14 Tage gesperrt werden sollen. Das hängt nun wieder damit zusammen, daß der „Tag der Heimat" in Berlin gefeiert werden soll und daß unser Wunsch, daß der „Tag der Heimat" in diesen gespannten Verhältnissen nicht in Berlin gefeiert werden soll, keine Zustimmung gefunden hat.[72]

Krüger: Es ist so, daß der „Tag der Heimat" eine Berliner Angelegenheit ist. Die Berliner Heimatvertriebenen haben jetzt regelmäßig in der Waldbühne ihren „Tag der Heimat" gehabt. Der alte Verband der Landsmannschaften hat alle fünf Jahre den „Tag der Heimat" abgehalten. Er ist dann im vorigen Jahr, als die Intervention kam, nicht durchgeführt worden. Es hat lediglich eine andere Veranstaltung mit Landtagsabgeordneten stattgefunden. Der „Tag der Heimat" selber, der in der Waldbühne durchgeführt wird, ist eine rein Berliner Angelegenheit, wozu aus Westdeutschland nur ganz wenige Leute kommen.

---

71 Am 15. März 1961 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 48 S. 8589–8643).

72 Der Tag der Heimat fand am 3. September 1961 in West-Berlin statt. Vgl. „Die Welt" und FAZ vom 3. September 1961; BULLETIN vom 6. September 1961 S. 1585f.

Krone: Soweit ich weiß, liegt eine Nachricht aus Washington von der Viermächte-Arbeitsgruppe vor, worin darauf hingewiesen wird, daß das erneut ein Anlaß sein könnte, von seiten der Sowjets etwas mehr zu tun, was sie bereits gestern im Zusammenhang mit der Reise der Fraktionsvorsitzenden angekündigt haben. Es wird darauf hingewiesen, daß es schwer sei, bei einem solchen Anlaß Gegenmaßnahmen einzusetzen. Wenn es feststünde, daß es eine rein Berliner Angelegenheit ist, bei der die Flugzeuge nicht benutzt werden, wäre das anders.

Krüger: Es war daneben ein Treffen mit den Patenschaften vorgesehen. Das ist eine interne Veranstaltung von etwa 200 Personen, die am Tag vorher sein sollte. Vielleicht könnte man diese Frage nachher noch einmal erörtern und überlegen, ob man dann nach der Richtung hin irgend etwas macht.

Gradl: Ich fürchte folgendes: Wenn wir uns auf eine solche Maßnahme von Ulbricht einlassen – unterstellen wir, er sagt heute abend, die Verbindung ist für 14 Tage zu – und wenn wir irgendwie darauf Rücksicht nehmen, dann bedeutet das, daß wir und die Alliierten Herrn Ulbricht das Recht zugestehen, Zensur darüber auszuüben, wer nach Berlin geht und was in Berlin geschieht. Das ist der Anfang.

Adenauer: Ich will Ihnen noch einmal das sagen, was ich diesen Vormittag schon gesagt habe. Denken Sie bitte an die geographische Lage Berlins. Das ist doch das Entscheidende vorab. Hätten die Westalliierten damals, als sie Thüringen, Pommern und Sachsen gegen Teile von Berlin austauschten, die Sache so gemacht, daß sie ein Land behalten hätten, durch das sie immer nach Berlin kommen konnten, dann wäre die ganze Schweinerei nicht da. Sie sind zu dumm gewesen, das zu tun.

Nun ist es doch so, daß diese arme Stadt Berlin wirklich im Kessel drinsitzt. Gehen Sie bitte auch davon aus, daß es sehr zweifelhaft ist, ob – sie mögen noch so starke Worte gebrauchen – wegen Berlin ein Weltkrieg entfesselt wird. Das muß man doch sehen, namentlich, da anscheinend z.Z. Amerika in gewissen Waffen aufholen muß. Das war meine Sorge.

Ich darf hier mal folgendes sagen in der sicheren Annahme, daß das nicht in die Presse kommt. Das war meine Sorge schon seit vielen Monaten, nicht etwa seitdem das jetzt passiert ist. Ich habe einmal unserem Botschafter gesagt: Ich habe ein unsicheres Gefühl, ob die Amerikaner gleichgeblieben sind. Neulich kam er und sagte: Ihr Gefühl war richtig. Wenn der amerikanische Präsident diese ungeheure Summe – ich habe es heute morgen gesagt, bitte denken Sie einmal darüber nach – dem amerikanischen Volk auferlegt, das bisher noch genauso viel Arbeitslose hat, wie es hatte, als Kennedy ans Ruder kam, dann zeigt das, daß damit Dinge gemacht werden, die von außerordentlicher Bedeutung sind und die eben jetzt nicht da sind.

Ich will mal sagen, Herr Gradl, welchen Eindruck ich in Berlin hatte. Ich hatte in Berlin den Eindruck, daß viele Leute durch den Besuch von Johnson nicht beruhigt waren. Ich habe eine ganze Anzahl weinender Frauen gesehen, die sagten: Helfen Sie doch, den Frieden zu bewahren. Es waren auch andere da – namentlich jüngere Leute –, die anderer Stimmung waren. Aber ein guter Teil von den Menschen, die ich aus allernächster Nähe gesehen habe, hatte Sorgen, große Sorgen. Die waren

durch den Besuch Johnsons noch nicht getröstet. Ich hatte das unangenehme, bittere Gefühl, die Leute hier fühlen sich unsicher. Sie sind nicht so hundertprozentig davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten und die anderen Verbündeten sie schützen werden. (*Weber:* Das stimmt auch, Herr Kanzler!) In Marienfelde war dasselbe. Es wurde mir da gesagt: Die Leute wollen nicht in Berlin bleiben, sie wollen weiter nach dem Westen; in Berlin ist ihnen der Boden zu unsicher. Keiner von denen, die ich gesprochen habe, hat gesagt: Ich möchte in Berlin bleiben. Sie wollten alle weiter.

Nehmen Sie doch die Dinge nicht so, wie man sie gern sehen möchte, sondern nehmen Sie sie doch so, wie sie wirklich sind. Wir müssen bis auf weiteres – Herr Strauß hat das gesagt, und er hat vollkommen recht – auf Zeit spielen. Wir müssen etwas runterschlucken, in Gottes Namen. Wir müssen es runterschlucken, es ist noch nicht soweit.

Als wir seinerzeit die Wehrpflicht einführten, wollten wir die 18 Monate, und zwar rein aus technischen Gründen, weil bei der heutigen Technisierung einer Streitmacht ein Soldat nach zwölf Monaten gerade anfängt, fertig zu werden. Sie haben gehört, was Herr Strauß über das berichtet hat, was Norstad gesagt hat, daß, wenn die Russen jetzt loslegten, [die] NATO nicht in der Lage wäre, den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. Das ist doch für uns eine ganz außerordentlich schwere und ernste Situation. Man kann doch nicht sagen, Ulbricht hat bei uns zu kommandieren. Nein, unser eigenes Interesse ist maßgebend, das Interesse der Menschen, für die wir sorgen müssen, und nicht das, was Ulbricht sagt.

Krüger: Herr Bundeskanzler, es ist auch folgendes zu bedenken. Ich habe mir überlegt, ob ich vorige Woche nach Berlin fliegen sollte. Da ich am 1. September bei der Einweihung des Europa-Hauses dasein muß, habe ich das aufgeschoben. Nun habe ich gerade heute die „Landsmannschaftliche Zeitung" zugeschickt bekommen, in der das Thema „Konzentrationslager DDR" behandelt wird. Da ist mein Kollege im Präsidium des Bundes der Vertriebenen, Vizepräsident Jaksch[73] – in der Mannschaft von Brandt –, abgebildet, der dorthin geflogen war. Er ist fünf, sechs Mal an der Zonengrenze fotografiert.

Die Frage ist hier wirklich auch mal von unserer Partei aus zu sehen. Der Landesvorsitzende von Berlin ist unser Parteifreund Mathee[74]. Dieser „Tag der Heimat" wird jetzt seit elf Jahren vom Berliner Landesverband durchgeführt. Die Berliner selber würden es wahrscheinlich gar nicht verstehen, wenn der Tag abgeblasen würde. Es kann sich jetzt nur um die Frage handeln, ob wir von hier aus dazugehen. An sich wären das sowieso nicht viele gewesen, weil ein großer Teil von

73 Wenzel Jaksch (1896–1966), 1958–1966 Vorstandsmitglied und Vizepräsident, ab 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften, 1959–1966 Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft; 1953–1966 MdB (SPD).

74 Dr. Hans Mathee (geb. 1899), 1951–1957 MdA Berlin (CDU), 1957–1967 Direktor des Entschädigungsamtes Berlin.

uns nicht da ist. Es fragt sich aber, ob es für die CDU gut wäre, wenn ich nicht nach Berlin ginge an diesem Tag. Das erscheint mir persönlich in höchstem Grade zweifelhaft. Die Rückwirkung auf die Vertriebenen im Bundesgebiet könnte so stark sein, daß das einen Auftrieb für die GDP gäbe, den wir heute nicht voraussehen können.

Aus dieser Sicht heraus, aus der Parteisicht heraus, glaube ich nicht, daß ich es verantworten könnte, an diesem Tage nicht in Berlin zu sein. Das schließt nicht aus, daß außer meiner Person die Reise aller anderen abgeblasen werden könnte. Wir könnten uns auf ein Minimum beschränken, und vielleicht könnte außer mir niemand hinfliegen. Ich glaube jedoch nicht, daß wir angesichts der Gesamtsituation darauf verzichten können.

Krone: Es geht dem Bundeskanzler nicht darum, daß wir einen Beschluß fassen: Der Tag findet nicht statt. Er hat diesen Punkt nur angeführt, um die Situation zu kennzeichnen. Ich bin der Meinung, daß die Regierung verpflichtet ist, auf diese Bedenken hinzuweisen, die sicherlich bestehen und auf die auch von drüben hingewiesen wird. Der Senat ist damit auch behaftet. Sagt er ja, dann übernimmt er ein Risiko für Berlin.

Wir sollten hier keinen Beschluß nach der Richtung fassen. Es geht nur darum, daß man die Bedeutung dieser Zusammenhänge sieht, die sie für eine Entwicklung haben, die vielleicht dann weitere Dinge nach sich ziehen wird.

Adenauer: Meine Damen und Herren, dann habe ich soeben einen Brief bekommen vom Parteivorstand der SPD, unterschrieben von Herrn Wehner.[75] Ich lese ihn am besten vor:

„Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der ernsten internationalen Lage befaßt. Nach eingehenden Beratungen stellt der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer für das Präsidium fest:

Der Gewaltakt vom 13. August war nicht eine einmalige und isolierte Maßnahme. Es hat sich in den folgenden Tagen gezeigt, daß die Sowjetregierung und die Sowjetzonenmachthaber permanent versuchen, die westliche Position in Berlin und in der Deutschlandfrage zu schwächen und zu beeinträchtigen, bevor überhaupt Verhandlungen begonnen haben. Angesichts dieser Situation ist das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Auffassung, daß unverzüglich alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine gemeinsame westliche Verhandlungsposition herbeizuführen. Diese Aufgabe duldet keinen Aufschub. Die geplante westliche Außenministerkonferenz darf nicht erst am 19. September nach den Bundestagswahlen stattfinden, sondern sie muß unverzüglich zusammentreten, um eine gemeinsame Haltung der Westmächte zu erreichen.

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands appelliert an die Bundesregierung, sich bei unseren Verbündeten dafür einzusetzen, daß eine solche

75 Beschluß des SPD-Parteivorstandes und Anschreiben Wehners vom 25. August 1961 in StBKAH 12.28.

Konferenz so schnell wie möglich stattfindet. Es ist der Auffassung, daß jede weitere Verzögerung der Sowjetregierung und Ulbricht nur neue Gelegenheit bietet, einseitige Akte zu verüben. Sie daran zu hindern kann nur erreicht werden, wenn unverzüglich eine geschlossene westliche Verhandlungsposition aufgebaut wird, die nicht vor sowjetischen Forderungen kapituliert, sondern deren erste Zielsetzung es sein muß, in Verhandlungen zu erreichen, daß der Stacheldraht und die Betonmauern, die Berlin teilen, wieder abgebaut werden. Allein eine solche unverzügliche diplomatische und politische Aktivität ist geeignet, die Kriegsgefahr zu bannen, während jedes weitere Zögern den Frieden ernsthaft gefährdet. Bei allen diesen Verhandlungen muß das Datum der Bundestagswahl ohne jeden Betracht bleiben.

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dankt in diesem Zusammenhang dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und seinem Kanzlerkandidaten Willy Brandt, dem Senat der Stadt Berlin und der Berliner Bevölkerung für die besonnene und feste Haltung, die sie in den letzten Tagen gezeigt haben. Diese Besonnenheit und Festigkeit haben wesentlich dazu beigetragen, die Freiheit der Westberliner Bevölkerung und damit auch die Freiheit der Bevölkerung der Bundesrepublik zu bewahren und dem Frieden zu dienen."

Herr Wehner schreibt dazu folgendes:

„An den Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bonn.

Sehr geehrte Herren! Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich heute vormittag mit der ernsten internationalen Lage beschäftigt und die beiliegende Erklärung ihres Vorsitzenden beschlossen. Der Unterzeichnete erlaubt sich, Sie von diesem Beschluß unmittelbar zu informieren und Sie zu bitten, diesen Beschluß in Ihre Erwägungen einzubeziehen."

Ich habe in der Zwischenzeit schon mit Herrn von Brentano gesprochen; er mußte weg nach Cuxhaven zu einer Wahlrede. Herr von Brentano sagte mir, daß er schon den Botschafter Grewe angewiesen hätte, dafür zu sorgen, daß beschleunigt eine Verhandlung stattfindet.

Ich schlage Ihnen vor, daß auch wir einen derartigen Beschluß fassen, daß alles geschehen muß, damit Verhandlungen möglichst bald beginnen, und daß Herr von Brentano entsprechend vorstellig wird, damit auch wir bei unseren Verbündeten vorstellig werden. Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)*

Dann kämen wir also wieder zu unserem Schlußkommuniqué. Da bin ich nun der Auffassung, daß wir aller Wahrscheinlichkeit nach vielleicht in der nächsten Woche wieder zusammenkommen müssen. Wir wissen nicht, was Ulbricht heute sagen wird; wir wissen nicht, was die Leute da machen werden. Aber es ist sehr wohl möglich, daß sie wieder etwas anderes tun und daß wir dazu Stellung nehmen müssen. Die Situation ist zu schwankend, zu spannungsgeladen. Wir sollten also heute einen entsprechenden Beschluß fassen. Herr Krone, Sie haben etwas überlegt, vielleicht sagen Sie etwas dazu.

Krone: Die Sozialdemokraten erheben in diesem Brief ganz konkrete Forderungen, zu denen wir von der Sache her ja sagen können und ja sagen müssen. Von Herrn

von Brentano sind aber entsprechende Schritte bereits eingeleitet. Wir müssen jetzt konkret etwas sagen.

Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst berichten: Der Vorstand trat zusammen und hörte den Bericht des Bundeskanzlers zu der bisherigen Situation in Berlin und der Welt an. Dann sollten wir betonen, daß sich die Prinzipien unserer Außenpolitik bewährt haben und daß die NATO Berlin sichert. Also ist die Fortsetzung der Politik notwendig. Dann kann man auf das eingehen, was bereits von seiten der Regierung gemacht worden ist. Schließlich kann ein Satz hinzugefügt werden, daß der Vorstand zu einer erneuten Besprechung baldigst zusammentritt. Ich glaube, daß eine solche Darstellung des Faktischen besser ist als eine Proklamation dessen, was wir wollen. Man kann auch noch hinzufügen, wir hätten uns über den Wahlkampf und über das unterhalten, was notwendig ist; das würde in Form von Arbeitsunterlagen und Arbeitsanweisungen an das Land rausgehen.

Adenauer: Ich sehe an Ihrem Gesicht, Herr Dufhues, daß Ihnen das nicht genug ist. Sie haben aber auch den letzten Satz gehört. Ich meine, die Bundesgeschäftsstelle muß das, was hier heute vormittag über den Wahlkampf gesprochen worden ist, in das Große hineinstellen. Die Sünden der SPD, die sie in der Vergangenheit begangen hat, dürfen ihr nicht geschenkt werden. Das muß in Form von Sonderschreiben an die Landesvorsitzenden, an die Kreisgeschäftsführer usw. gegeben werden, damit der Wahlkampf mit voller Stärke weitergeht.

Weber: Darf ich mal eine Frage stellen? Stimmt es, was in der Presse geschrieben worden ist, daß Herr Krone, Herr Mende und auch Herr Ollenhauer die Westzonen Berlins nicht mehr besuchen dürfen? (*Zurufe:* Nein, nein!) Es ist gut, wenn man weiß, daß das nicht stimmt.

Dufhues: Ich habe eine große Sorge, Herr Bundeskanzler. Jetzt hat sich der Vorstand oder das Präsidium der SPD Gedanken über das gemacht, was Gegenstand unserer heutigen Beratungen ist. Die Situation ist dabei eindeutig. Die SPD hat in ungewöhnlich geschickter Weise – wenn sie so gedacht hat – einen Vorschlag gemacht, der uns auf die Linie der von ihr immer wieder verlangten gemeinsamen Politik bringen soll. Die CDU ist im Wahlkampf, ich will nicht sagen in einer schwachen Situation, aber in einer Situation, die noch nicht völlig verarbeitet ist. In manchen Kreisen und Verbänden ist doch eine sehr zögernde Haltung zu erkennen, die sehr viel von jenem Angriffsgeist vermissen läßt, der in den Jahren 1953 und 1957 zum Erfolg geführt hat.

Wenn wir in der jetzigen Situation nach dieser Erklärung einen so scharf formulierten Beschluß herausgeben, wie Sie ihn, Herr Bundeskanzler, in der neuesten Fassung hier vorliegen haben, dann laufen wir zwar Gefahr, daß die Öffentlichkeit sagt: Auf ein Angebot nach gemeinsamer Politik antwortet die CDU mit sehr scharfen parteipolitisch orientierten Erklärungen. Aber ich frage mich, ob wir nicht einfach um der Politik willen, die wir betrieben haben, um der Fortsetzung dieser Politik willen erreichen müssen, daß der Wahlkampf so geführt wird, daß wir die absolute Mehrheit

auch behalten. Dazu gehört eine sehr starke und eindeutige Ermunterung unseres gesamten Wählervolkes.

Deshalb fürchte ich, daß die Herausgabe einer Arbeitsanweisung, wie Herr Krone es formuliert hat, durch die Geschäftsstelle – die sicherlich am 18. September bei den einzelnen Ortsunionen ankommt *(Heiterkeit)* – ihr Ergebnis nicht haben wird. Vor allem geht die öffentliche Diskussion dann über diese Dinge hinweg, und man vermißt die Auswirkung, die eine solche Erklärung in der Öffentlichkeit haben könnte. Ich verkenne nicht, daß uns eine solche formulierte Erklärung durch den Gegenzug erschwert wird; ich fürchte, es ist ein solcher. Aber wir stehen vor der unbedingten Notwendigkeit eines klar und aktiv geführten Wahlkampfes. Diese Notwendigkeit dürfen wir angesichts der Situation, die wir doch haben, bei Gott nicht zu gering einschätzen.

Krone: Es ist nicht allein der Brief der SPD ausschlaggebend. Es könnte auch etwas geschehen, was Ulbricht heute ankündigt. Wir wissen es nicht. Was dann? Das sind diese unwägsamen Dinge. Auch für den Fall muß man ein richtiges Wort gesagt haben. Das ist das, was uns in der Mittagsstunde bewegt hat. In dem Inhalt kann ja dann das andere – NATO-Politik, Sicherheitspolitik, gegen die SPD durchgesetzt usw. – auch drinstehen.

Adenauer: Wenn ich das sagen darf: Die neue Fassung, die ich soeben hier übergeben bekommen habe – ich weiß nicht, wer dafür verantwortlich ist –, ist sehr gut. Ich würde ihr ohne weiteres zustimmen. Vielleicht verlesen wir sie noch einmal.

Dufhues: „Der Bundesvorstand der CDU hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der internationalen Lage beschäftigt, die durch die unmenschliche Abschnürung des sowjetisch besetzten Sektors von Berlin und der Zone durch die Kommunisten erneut verschärft wurde. Das nordatlantische Verteidigungsbündnis, das besonnene und entschiedene Vorgehen unserer Verbündeten und der Bundesregierung und die klare Haltung der Bevölkerung Berlins und der Zone haben die drohende Kriegsgefahr gebannt. Das deutsche Volk muß damit rechnen, daß die Kommunisten ihren Kampf um Berlin in den nächsten Monaten und Jahren mit allen Mitteln fortsetzen werden.
Der Bundesvorstand der CDU stellt dazu folgendes fest:
1. Nur das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt sichert Freiheit und Frieden. Dazu muß das deutsche Volk einen Beitrag leisten, der seiner bedrohten Lage entspricht."

Adenauer: Ich würde sagen: „... der seinen Kräften und seiner bedrohten Lage entspricht."

Dufhues: „Besonnenheit und Nüchternheit, nicht aufgeregte Reden und unüberlegte Forderungen nach Aktionen erhalten den Frieden.
2. Das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt ist gegen den erbitterten Widerstand der SPD zustande gekommen. Auch in diesem Jahr hat die SPD geschlossen in namentlicher Abstimmung den Verteidigungshaushalt abgelehnt. Trotz der aggressiven Maßnahmen des Kommunismus in Berlin hat sie vor wenigen Tagen das Bundesleistungsgesetz und damit wichtige Maßnahmen zur Verteidigung abgelehnt. Die CDU wird in den kommenden Wochen die deutsche Bevölkerung immer wieder vor die

Frage stellen, ob eine Partei und ein Politiker Vertrauen verdienen, die die Außen- und Sicherheitspolitik zwölf Jahre lang mit allen Mitteln bekämpft haben. Die SPD ist daher nicht regierungsfähig.
3. Die CDU wendet sich gegen die SPD und alle Politiker, die jahrelang die Politik der Sicherung der Freiheit als Kommunistenschreck und Panikmache diffamiert haben, die Neutralisierungs-, Rapacki- und sogenannte Deutschlandpläne verfolgt haben und die es wagen, der CDU und der Bundesregierung ausgerechnet in diesem Augenblick Mangel an Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung vorzuwerfen.
4. Nur ein einiger und starker Westen kann aussichtsreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion führen. Das Ziel unserer Politik ist und bleibt die allgemeine kontrollierte Abrüstung und die Entspannung, die allein zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit führen können.
5. Der kommunistische Osten hofft auf einen Ausgang der Bundestagswahlen am 17. September, der die Regierung der CDU/CSU ablöst durch eine schwache Koalitionsregierung. Er will den Sieg der Neutralisten und den Zusammenbruch des Vertrauens des deutschen Volkes in das Bündnis mit der freien Welt. Die Bundestagswahl des 17. September entscheidet über die Wohlfahrt unseres Volkes, seine Sicherheit, die Freiheit und den Frieden. Die Entscheidung fällt zwischen CDU und SPD. Jede Zersplitterung schwächt unser Volk. Deutschland braucht keine neue Regierung, Deutschland braucht weiterhin eine starke Regierung."

Fricke: Können wir nicht das Wort „Wohlfahrt" rauslassen und schreiben „die Zukunft unseres Volkes"?

Dufhues: „Wohlfahrt" ist ein solch allgemeines Wort, das Sicherheit und alles umfaßt.

Burgbacher: Ich würde vorschlagen, die Worte „in den nächsten Wochen und Monaten" zu streichen und einfach zu sagen „fortsetzen".

Dann müßten wir noch einen zweiten Beschluß fassen des Inhaltes, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, die Bundesregierung zu bitten, darauf hinzuwirken, daß die Außenminister bald zusammentreten.

Barzel: Sagen wir doch: Der Bundesvorstand hat der Initiative von Bundesaußenminister Dr. von Brentano zugestimmt.

Burgbacher: Oder: Der Bundesvorstand hat die Initiative des Außenministers begrüßt.

Adenauer: Erstens einmal: Dem SPD-Vorstand wird mitgeteilt, daß seitens des Bundesministers des Auswärtigen auch angeregt worden sei, daß die Außenminister möglichst bald zusammentreten. Wir begrüßten auch die Zustimmung der SPD und würden weiter nach der Richtung hin wirken.

Das Zweite wäre dann dieser Beschluß.

Scheufelen: Wir haben Tatsachen festgestellt, die absolut untermauert sind. Einen Satz möchte ich jedoch zur Diskussion stellen: „Die SPD ist nicht regierungsfähig." Unterstellen wir, die SPD würde die Wahl gewinnen. Dann würden wir sagen, eine

demokratisch gewählte Regierung ist nicht regierungsfähig. Ich möchte deshalb zur Diskussion stellen, ob der Satz nicht gestrichen werden soll.

Burgbacher: Sagen wir: „Die SPD garantiert deshalb nicht die Fortsetzung dieser Politik."

Schröder: Ich glaube, den Satz kann man weglassen. Die Behauptung davor ist so stark, daß wir auf den Satz ruhig verzichten können.

Barzel: Sagen wir einfach: „Die SPD ist daher so ..." *(Widerspruch.)*

Schröder: Lassen wir den Satz doch weg. Ich möchte aber vermieden sehen, daß es so aussieht, als ob unser Parteivorstand dem SPD-Vorstand dankbar sei. Vielleicht kann deshalb auch ein Regierungssprecher, unabhängig vom Parteivorstand, sagen, was Brentano getan hat. Darauf kann sich dann auch die CDU in ihrem Brief an die SPD berufen, damit es nicht so aussieht, als ob schon ein Stück Zusammenarbeit stattfinde.

Adenauer: Das Schreiben der SPD ist an den Vorstand gerichtet. Ich würde vorschlagen zu antworten, daß der Bundesminister des Auswärtigen schon Schritte getan habe, damit die Zusammenkunft der Außenminister früher stattfinde. Wir seien durchaus der Auffassung, daß Verhandlungen möglichst bald in Gang kämen.

Gradl: Ich würde vorschlagen, daß nicht gesagt wird: „... die drohende Kriegsgefahr gebannt". Man sollte vielmehr sagen: „... den Frieden bewahrt".

Dufhues: Es ist vielleicht klüger zu schreiben: „... haben den Frieden bewahrt".

Fricke: Ich möchte mir eine Frage erlauben. Ist es nicht möglich, daß wir dem engeren Bundesvorstand und den hier in der Nähe sitzenden Herren Vollmacht zu weiteren Stellungnahmen zu gegebenen Situationen geben? Wir verlieren durch jede Sitzung eine oder zwei Kundgebungen. Jetzt ist jeder Tag voll besetzt.

Adenauer: Lieber Herr Fricke, ich verstehe das durchaus. Es ist aber unmöglich, daß hier eine Auswahl getroffen wird, wer eingeladen wird und wer nicht eingeladen wird. Es müssen alle eingeladen werden. Es muß dann Ihrem Ermessen überlassen bleiben, ob Sie kommen oder absagen.

Etzel: Wenn das passiert, was hier angedeutet worden ist, also Unterbrechung des Luftverkehrs für 14 Tage, dann ist das doch ein neuer Tatbestand. Er würde dann wieder eine Riesenemotion auslösen. Dazu müßte etwas gesagt werden.

Scheufelen: Ich kann mir trotz allem nicht vorstellen, daß so etwas ohne weiteres passieren wird. Es ist doch ein Recht der Alliierten.

Burgbacher: Die SED hat veröffentlicht, das sei eine Konzession und nicht ein Recht, und Nehru hat erklärt, das sei nicht garantiert.

Scheufelen: Auch wenn das angekündigt wird, würde da eine Situation eintreten, die wir dann alle miteinander nicht übersehen könnten.

Adenauer: Dann müssen Sie es vielleicht uns überlassen, daß in einem kleinen Kreise dazu Stellung genommen wird.

Gradl: Wie lautete die Information genau? Daß die Zugänge nach Berlin ...

Adenauer: Daß die Zufahrten nach Berlin für acht bis 14 Tage gesperrt werden. Die Nachricht ist noch nicht verbürgt.

Gradl: Das müßte also nicht heißen: die Luftwege!

Adenauer: Die Zufahrten!

Dann darf ich zum Schluß kommen. Zuerst darf ich Ihnen herzlich danken, daß Sie ausgehalten haben. Wir werden aus allem, was wir gehört haben, und aus dem, was sich in der Welt ereignet, die eine Folgerung ziehen müssen, die auch in dem Schlußkommuniqué steht: daß die bisherige Politik fortgesetzt werden muß, damit Deutschland in Wahrheit gerettet wird. Das setzt voraus, daß wir innerhalb der CDU/CSU die letzte Kraft bis zum letzten Tag und zur letzten Stunde einsetzen, um alle Wähler an die Wahlurne zu bringen, damit wir einen möglichst großen Erfolg haben. (*Zuruf:* Sehr richtig!)